

Samuel Salzborn (Hg.)
Antisemitismus – Geschichte und Gegenwart

Samuel Salzborn (Hg.)

**Antisemitismus –
Geschichte und Gegenwart**

NBKK

Schriften zur politischen Bildung, Kultur und Kommunikation
Band 2

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

<http://www.nbkk.de>

ISBN 978-3-00-028584-4

© Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation e.V., Giessen
Zweite Auflage, Dezember 2009

Unveränderter Nachdruck der Ersten Auflage von 2004.

Inhalt

Samuel Salzborn

Einleitung 7

Gudrun Hentges

Das Janusgesicht der Aufklärung 11

Antijudaismus und Antisemitismus in der Philosophie
von Kant, Fichte und Hegel

Wolfgang Benz

Antisemitismus: Zum Verhältnis von Ideologie und Gewalt 33

Werner Bergmann

Antisemitismus in Deutschland von 1945 bis heute 51

Gerhard Scheit

Von Rainer Werner Fassbinder zu Martin Walser 81

Antisemitismus in der deutschen Literatur nach 1945

Charlotte Kohn

Antisemitische Mütter – Antizionistische Töchter 103

Thomas Haury

Von der linken Kritik des Zionismus zum 127

antisemitischen Antizionismus von links

Die Autor(inn)en 161

Einleitung

In den letzten Jahren ist es immer wieder zu Diskussionen über Antisemitismus in Deutschland gekommen, wie zuletzt beispielsweise anlässlich der Äußerungen bzw. Publikationen von Jürgen W. Möllemann, Martin Walser, Ted Honderich oder Martin Hohmann. Mal waren es kleinere Debatten, mal größere Kontroversen.

Bemerkenswert an der Entwicklung der diskursiven Verarbeitung antisemitischer Invektiven in jüngerer Vergangenheit ist neben einer sinkenden Skandalisierungsbereitschaft von antisemitischen Positionen durch die Medien vor allem eine relativ geringe öffentliche Sensibilität für die Ideologie des Antisemitismus. Antisemitisches Denken scheint erst an dem Punkt als ernsthaftes gesellschaftliches Problem wahrgenommen zu werden, an dem der Antisemitismus vom latenten zum manifesten, ja vor allem gewaltförmigen Phänomen wird.

Eine solche Sichtweise bagatellisiert Antisemitismus, da dieser nicht als substanzielles Problem der bundesdeutschen Gesellschaft wahrgenommen wird, sondern als politische Marginalie, der man aus Gründen medialer Verwertbarkeit nur punktuelle und konjunkturelle Bedeutung zuspricht. Damit wird Antisemitismus nicht als genuiner Angriff auf aufgeklärte, zivilisatorische und universelle Gesellschaftsvorstellungen

begriffen, wobei die daraus resultierende Ignoranz gegenüber antisemitischem Denken und Handeln zugleich die Ausgrenzung Menschen jüdischen Glaubens aus der bundesdeutschen Gesellschaft zur Folge hat, die in letzter Konsequenz bis zu deren physischer Verfolgung geht.

Dass die Ursachen für Antisemitismus jedoch ebenso wenig in der jüdischen Religion wie im realen Verhalten von Jüdinnen und Juden zu suchen sind, sondern der Antisemitismus dem Wahn des Antisemiten bzw. der Antisemitin entspringt, folglich der Antisemitismus auch ein politisches und gesellschaftliches Problem mit den Antisemit(inn)en ist, ist dabei eine ebenso oft formulierte wie bisher weitgehend folgenlos gebliebene gesellschaftstheoretische Erkenntnis.

Um den gegenwärtig in Deutschland und Europa wieder massiv zunehmenden Antisemitismus wirksam bekämpfen zu können, bedarf es einer genauen Analyse seiner historischen Entwicklung und damit auch der Wandlungen und Veränderungen antisemitischer Argumentationsfiguren. Gleichermäßen notwendig ist die Hinterfragung der gesellschaftlichen Voraussetzungen für Antisemitismus und die Auseinandersetzung mit den politischen wie kulturellen Rahmenbedingungen, in denen antisemitische Ideologie gesellschaftlich und politisch wirksam wird. Einen kleinen Beitrag dazu soll dieser Sammelband leisten.

Die in diesem Buch versammelten Aufsätze gehen zurück auf eine Veranstaltungsreihe, die das NETZWERK FÜR POLITISCHE BILDUNG, KULTUR UND KOMMUNIKATION im Sommersemester 2003 und im Wintersemester 2003/2004 an der Universität Giessen durchgeführt hat. Die Vortragsreihe hätte ohne die Unterstützung verschiedener Partnerinnen und Partner nicht realisiert werden können. Insofern ist es mir eine Freude, an dieser Stelle stellvertretend für das NETZWERK FÜR POLITISCHE BILDUNG, KULTUR UND KOMMUNIKATION der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, der Ernst-Ludwig-Chambré-Stiftung zu Lich, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Giessen-Wetzlar sowie dem AStA und der Fachschaft Sozial- und Kulturwissenschaften der Universität Giessen sehr herzlich für ihre Unterstützung einzelner Veranstaltungen oder der gesamten Reihe zu danken.

Dem NETZWERK FÜR POLITISCHE BILDUNG, KULTUR UND KOMMUNIKATION war es bei der Vorbereitung der Vortragsreihe ein wichtiges Anliegen, Referentinnen und Referenten zu gewinnen, die sich aus unterschiedlicher fachlicher Perspektive, mit differenten theoretischen Ansätzen und variierenden empirischen Zugängen mit der Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus befasst haben. Dieses Bemühen resultierte aus der Einsicht, dass neben der inhaltlich-analytischen Ebene eine Kritik des Antisemitismus auch die von dessen Argumentationsstrukturen und Methoden umfassen sollte, die vor allem in einer binären Kodierung der Welt und einer völkischen Vereinheitlichung des Denkens zu sehen sind. Die weiterhin dringend gebotene Debatte über Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus ist somit folglich auch eine, bei der zu hoffen bleibt, dass nicht zuletzt die Pluralität der gegen den Antisemitismus gerichteten Positionen dazu beitragen mag, antisemitisches Denken und Handeln weiter zu bekämpfen.

Samuel Salzborn

Giessen, im Februar 2004

Das Janusgesicht der Aufklärung

Antijudaismus und Antisemitismus in der Philosophie von Kant, Fichte und Hegel

„Was ist Aufklärung?“ fragte Immanuel Kant im Jahre 1784 und beantwortete die Frage folgendermaßen: *„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Muthes liegt, sich seiner ohne Leitung eines andern zu bedienen. Sapere aude! Habe Muth dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“*¹

Kants Bestimmung des Begriffs der Aufklärung stellt den Kampf gegen die Unmündigkeit und damit den Verstand in das Zentrum seiner Betrachtung und er benennt damit den entscheidenden Anspruch der Aufklärung: die Befreiung vom Irrationalismus, vom religiösen Wahn, von Mythen und vom Aberglauben. Die Theologie – im europäischen

¹ Immanuel Kant: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: Karl Vorländer: Philosophie der Neuzeit. Die Aufklärung. Geschichte der Philosophie V, Reinbek 1967, S. 246.

Mittelalter das zentrale Bezugssystem und die entscheidende Legitimationsgrundlage – verlor zunehmend an Bedeutung. An ihre Stelle traten das moderne Natur- bzw. Vernunftrecht sowie naturwissenschaftliche Erklärungsmodelle. Tradierte Formen der Begründung von Ungleichheit oder Ungleichwertigkeit und überkommene Vorstellungen einer strikten Hierarchie wurden radikal in Frage gestellt.

Eine der zentralen Forderungen der Aufklärungsphilosophie war die nach Gleichheit aller Menschen. In der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte aus dem Jahre 1789 wurde postuliert „Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im gemeinen Nutzen begründet sein.“² Jedoch war die Konkretisierung und praktische Umsetzung des Gleichheitspostulats äußerst umstritten: Wie ist Gleichheit zu verstehen? Als soziale, politische oder lediglich als rechtliche Gleichheit? Beinhaltet die Forderung nach Gleichheit also die Forderung nach einer Umverteilung des Reichtums? Impliziert die Gleichheitsforderung lediglich das Recht Aller auf politische Partizipation, also das Wahlrecht, Versammlungsrecht, Recht auf Meinungsfreiheit? Oder erschöpft sich die Umsetzung des Gleichheitsprinzips etwa darin, dass alle den gleichen Gesetzen unterliegen und vor dem Recht gleich sind? Welche Personengruppe kann die Menschen- und Bürgerrechte für sich beanspruchen? Aus den hier skizzierten Dimensionen des Gleichheitsprinzips wurden seit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft verschiedene miteinander konkurrierende Politikkonzepte und Gesellschaftsmodelle abgeleitet.

Es wäre jedoch voreilig, aus diesen hier skizzierten Entwicklungen den Schluss ableiten zu wollen, dass sich im Zuge der Entstehung moderner Gesellschaften das Prinzip der Gleichheit aller Menschen durchgesetzt habe. Vielmehr entstanden – so meine These – unter Bezugnahme auf neue Referenzsysteme neue Formen der Begründung von Ungleichheit

² Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (26.8.1789), zit. n. Walter Grab (Hg.): Die Französische Revolution. Eine Dokumentation, München 1989, S. 48.

und Ungleichwertigkeit. Diese Ideologien artikulierten sich in der Konstruktion eines polaren Geschlechterverhältnisses, in der Rassenkonstruktion sowie im traditionellen Antijudaismus und modernen Antisemitismus.³ Anhand ausgewählter Beispiele soll diese These belegt und illustriert werden.

Kants Vorwürfe gegen Juden und die jüdische Religion

Vorwurf I: Der jüdische Glaube – ein bloß „statutarischer“

Der zentrale Begriff, den Kant zur Charakterisierung des jüdischen Glaubens anführt, ist der des „Statutarischen“. Grundsätzlich verwendet er zur Charakterisierung des jüdischen Glaubens die gleiche Kategorie, die er auch zur Beschreibung des Kirchenglaubens verwandt hat. Jedoch seien die statutarischen Gesetze des jüdischen Glaubens die einer politischen Verfassung, und zwar derjenigen, auf der der erste israelische Staat begründet gewesen sei. Demnach könne man die „jüdische Nation“ auch nicht als ethisches Wesen bezeichnen oder ihr eine Religion zusprechen; sie sei lediglich ein juridisches Wesen, eine bloße Vereinigung von Menschen, die weder durch eine Religion noch durch eine Kirche zusammengehalten werde, sondern nur durch politische Gesetze vereint sei. Die religiöse Praxis, die aus dem jüdischen Glauben erwachse, sei der „Religionswahn“, der in einen „Afterdienst“, eine nur vermeintliche Verehrung Gottes, münde.

³ Vgl. Gudrun Hentges: Die Schattenseiten der Aufklärung. Die Darstellung von Juden und „Wilden“ in philosophischen Schriften des 18. und 19. Jahrhunderts, Schwalbach i. T. 1999. Siehe hierzu auch Micha Brumlik: Deutscher Geist und Judentum. Das Verhältnis des philosophischen Idealismus zum Judentum, München 2000; Shulamit Volkov: Das jüdische Projekt der Moderne, München 2001.

Kants Dilemma ist typisch für das eines christlichen Antijudaisten: Einerseits kontrastiert er Judentum und Christentum als Antithesen, als zwei miteinander unvereinbare Glaubensrichtungen, andererseits kommt er nicht umhin, jene Elemente zu benennen, die eine Entstehung des Christentums aus dem Judentum überhaupt möglich gemacht haben. Letztlich ist der Widerspruch dieser beiden Thesen, der Kants Schrift *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* durchzieht, unlösbar, da Kant einerseits einer historischen Realität Rechnung tragen muss, andererseits einen Antijudaismus begründet, der die Anhänger des jüdischen Glaubens als moralisch minderwertig darstellt.

In der allgemeinen Anmerkung *Von Religionssecten* gesteht Kant zwar der „Verschiedenheit der Kirchensekten“⁴ ihre Berechtigung zu, dieses Plädoyer gegenüber verschiedenen Kirchensekten gilt jedoch *nicht* für den jüdischen Glauben, da dieser nach Meinung Kants keine Kirche zu bilden vermöge und zu keiner Religion fähig sei. Kant plädiert demnach für eine substantielle Reform – wenn nicht sogar Aufhebung – des jüdischen Glaubens. Kants Nachdenken über eine Überwindung des jüdischen Glaubens artikuliert sich folgendermaßen: „Die Euthanasie des Judenthums ist die reine moralische Religion mit Verlassung aller alten Satzungslehren, deren einige doch im Christentum (als messianischen Glauben) noch zurück behalten bleiben müssen: welcher Sectenunterschied endlich doch auch verschwinden muß und so das, was man als den Beschluß des großen Drama des Religionswechsels auf Erden nennt, (die Wiederbringung aller Dinge) wenigstens im Geiste herbeiführt, da nur ein Hirt und eine Heerde Statt findet.“⁵

⁴ Immanuel Kant: Der Streit der Fakultäten, in: Kants Werke, Akademie-Textausgabe, Bd. VII, Berlin 1968 [1798], S. 52.

⁵ Ebd.

Nathan Rotenstreich behauptet, dass der Begriff „Euthanasie“ einen Bedeutungswandel erlebt habe.⁶ Dies lässt sich jedoch mit Blick auf das *Universal-Lexikon* nicht bestätigen. Der 1734 erschienene achte Band definiert „Euthanasia“ als „ganz leichter und geringer Tod, welcher ohne schmerzhaftte Conuulsiones geschiehet. Das Wort kommt von [...] wohl [...] und [...] Tod.“⁷ Die semantische Lage ist also eindeutig: Die Übernahme der reinen moralischen Religion, die Überwindung der statutarischen Gesetze, kommt nach Kant einem angenehmen Tod des Judentums gleich.

Vorwurf II: „Die Geschicklichkeit, Andere zu betrügen“ – eine jüdische „Gemüthsschwäche im Erkenntnißvermögen“

Kant behandelt in seiner *Anthropologie* den „Charakter des Volks“, welches definiert wird als „die in einem Landstrich vereinigte Menge Menschen, in so fern sie ein Ganzes ausmacht. Diejenige Menge oder auch der Theil derselben, welcher sich durch gemeinschaftliche Abstammung für vereinigt zu einem bürgerlichen Ganzen erkennt, heißt NATION (gens).“⁸ Offenbar treffen diese Bestimmungsmerkmale nach Kant auch auf die „jüdische Nation“ zu, denn Kant betrachtet „die unter uns lebenden Palästinenser“ als Gegenstand der *Anthropologie*.

⁶ Vgl. Nathan Rotenstreich: *Jews and German Philosophy. The Polemics of Emancipation*, New York 1984, S. 5. In einer älteren Veröffentlichung Rotenstreichs findet sich noch nicht der Hinweis auf den angeblichen Bedeutungswandel des Begriffs „Euthanasie“. Vgl. Nathan Rotenstreich: *The Recurring Pattern. Studies in Anti-Judaism in Modern Thought*, London/New York 1963, S. 38.

⁷ Großes vollständiges *Universal-Lexikon aller Wissenschaften und Künste*, welche bißhero durch menschlichen Verstand und Witz erfunden und verbessert worden, 64 Bde., Leipzig/Halle 1732-1750, Bd. 8, 1734.

⁸ Immanuel Kant: *Anthropologie in pragmatischer Hinsicht*, in: *Kants Werke*, Akademie-Textausgabe, Band VII, Berlin 1968 [1798], S. 311, Hervorhebung im Original. Während Kants „*Anthropologie*“ die „Race der Weißen“ zum Gegenstand hat, berichtet die „*Physische Geographie*“ von den nicht-weißen „Racen“ und von den Differenzen zwischen den menschlichen „Racen“ unterschiedlicher Hautfarbe.

Zunächst soll der Kontext, in dem diese soziale Gruppe charakterisiert wird, näher erläutert werden: Gemütsschwächen und -krankheiten der Seele beeinträchtigen nach Kant das Erkenntnisvermögen. Er benennt folgende Gemüts- und Charakterschwächen: der stumpfe Kopf, die Dummheit, die Albernheit, die Unwissenheit, die Einfalt. Folgende Aussage gewinnt in Zusammenhang mit Kants Judenverachtung an Bedeutung: „Die *Verschlagenheit*, Verschmitztheit, Schlaugigkeit [...] ist die Geschicklichkeit, andere zu betrügen.“⁹

Kant konstruiert in einer längeren Anmerkung den jüdischen Charakter folgendermaßen: Die Palästinenser seien aufgrund ihres Wuchergeistes in den Ruf des Betrugs geraten, es handele sich bei ihnen um eine „Nation von Betrügern“¹⁰ und Kaufleuten, die nicht etwa nach bürgerlicher Ehre strebten, sondern deren Handeln darauf gerichtet sei, das Volk, das sie aufgenommen habe und ihnen Schutz biete, zu überlisten. Sie gehörten zum nicht-produzierenden Teil der Gesellschaft und unterstünden einer alten Verfassung, die nicht so leicht aufgehoben werden könne. Vergeblich seien Versuche, das jüdische Volk in moralischer Hinsicht zu verbessern.

Die hier von Kant vertretene Skepsis gegenüber einer moralischen Verbesserung des jüdischen Volks steht in Widerspruch zu seiner oben skizzierten Vorstellung bezüglich der substantiellen Reform bzw. Aufhebung des jüdischen Glaubens. Während Kant in Zusammenhang mit Glaubensfragen von der Prämisse der Veränderbarkeit religiöser Praxen und Einstellungen ausgeht, also die Möglichkeit einer „Euthanasie des Judentums“ in Betracht zieht, konstatiert er in einem anthropologischen Kontext die Konstanz und Unveränderbarkeit (vermeintlich) jüdischer Charaktermerkmale. Religiöse Einstellungen und Haltungen werden als variabel, anthropologische Merkmale als konstant dargestellt. Hier deutet sich nicht nur der Übergang von einem religiösen zu einem Rassendiskurs an, sondern erkenn-

⁹ Ebd., S. 205, Hervorhebung im Original.

¹⁰ Ebd.

bar sind bereits die Implikationen unterschiedlicher Reichweite, die aus den jeweiligen Zugehörigkeiten abgeleitet werden.

Vorwurf III: Der jüdische „Menschenhaß“

Kant wirft Juden nicht nur vor, sie verfügten über einen „statutarischen“ Glauben und die „Geschicklichkeit, Andere zu betrügen“,¹¹ sondern unterstellt ihnen einen Hass auf das gesamte Menschengeschlecht – ein Vorwurf, der im selben Jahr, in dem Kants Schrift erschienen ist, ebenfalls in dem von Fichte verfassten *Beitrag zur Berichtigung der Urtheile des Publicums über die französische Revolution* (im folgenden als *Revolutionsschrift* bezeichnet) erhoben wurde. Kants Vorwurf gegen die Juden lautet, dass das jüdische Volk „das ganze menschliche Geschlecht von seiner Gemeinschaft ausschloß, als ein besonders vom Jehovah für sich auserwähltes Volk, welches alle anderen Völker anfeindete und dafür von jedem angefeindet wurde.“¹²

In derselben Schrift postuliert Kant, die Glaubensarten der Völker hätten sich zu einem Charakter verfestigt. Unabhängig davon, ob Temperament und Charakter auf alle Angehörigen der Glaubensrichtung zuträfen, würde dieser Nationalcharakter dem gesamten Kollektiv zugeschrieben. Kant entwickelt hier in Ansätzen Überlegungen zur Funktionsweise von Rassenkonstruktionen, wendet jedoch diese Erkenntnisse an keiner Stelle an. Vielmehr referiert er den gegen Juden gerichteten Vorwurf des Menschenhasses, ohne kritische Distanz einzunehmen oder diesen Vorwurf gar zu entkräften: „So zog sich der *Judaism* seiner ersten Einrichtung nach, da ein Volk sich durch alle erdenkliche, zum Theil peinliche Observanzen von allen andern Völkern absondern und aller Vermischung mit ihnen vorbeugen sollte, den Vorwurf des *Menschenhasses* zu.“¹³ Aus vorangegangenen Äuße-

¹¹ Ebd.

¹² Immanuel Kant: Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft, in: Kants Werke, Akademie-Textausgabe, Bd. VI, Berlin 1968 [1793], S. 127.

¹³ Ebd., S. 184, Hervorhebung im Original.

rungen ist zu schließen, dass dieser Vorwurf nach Meinung Kants die Juden keineswegs zu Unrecht trifft.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Kant keineswegs dazu bereit ist, die jüdische Religion zu tolerieren. Im Gegenteil: Seine Abhandlungen verfolgen die Intention, den jüdischen Glauben zu reformieren bzw. zu eliminieren. Zu diesem Zweck diskutiert und erörtert Kant in seinen Schriften verschiedene Strategien zur Herstellung einer „moralischen Religion“. Wenngleich die Thematisierung der jüdischen *Religion* in seinen Schriften vorherrscht, so finden sich doch auch Passagen, in denen er sich mit den „Gemüts- und Charakterschwächen“ der „jüdischen Nation“ befasst. Jüdische Religion und „jüdische Nation“ werden in jeweils unterschiedlicher Weise behandelt. Die Konstruktion der „jüdischen Nation“ bereitet einen Rassendiskurs vor.

Fichtes Konzeption eines deutschen Nationalstaates unter Ausschluss von Juden

Johann Gottlieb Fichtes Schriften dokumentieren nicht nur den Übergang von traditionellen zu modernen Formen des Antijudaismus, von einer religiösen zu einer politisch verbrämten Feindschaft; seine Schriften enthalten darüber hinaus Versatzstücke einer antisemitischen Argumentation. Dieser Übergang von einer religiös zu einer politisch ausgerichteten Feindschaft lässt sich sehr gut anhand zweier Schriften dokumentieren: einer Predigt aus dem Jahre 1786¹⁴ und der 1793 anonym veröffentlichten *Revolutionschrift*.¹⁵

¹⁴ Vgl. „Über Gnadenwahl und die sittliche Pflicht zu handeln“, in: Predigten von Johann Gottlieb Fichte, hg. v. Maximilian Runze, Leipzig 1918 [1786], S. 21f.

¹⁵ Vgl. Johann Gottlieb Fichte: Beiträge zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die Französische Revolution, in: Johann Gottlieb Fichte's sämtliche Werke, hg. v. I. H. Fichte, Bd. 6, Berlin 1845 [1793].

Predigt versus Revolutionsschrift

Monierte Fichte in seiner Predigt, dass die Juden an einen blinden Gott glaubten, so avanciert der jüdische Glaube in seiner *Revolutionsschrift* zum Ausgangspunkt für die Konstruktion eines Feindbildes und Bedrohungsszenarios: die Bedrohung durch den jüdischen „Staat im Staate“, durch den jüdischen Hass auf das gesamte Menschengeschlecht, durch deren angebliche Heuchelei und körperliche Degeneration. Während Fichte in seiner Predigt andeutet, dass den Juden Möglichkeiten zur Verbesserung offen stünden (gemeint ist die christliche Taufe), bleibt in seiner *Revolutionsschrift* eine freiwillige „bürgerliche Verbesserung“ lediglich einzelnen „Ausnahmejuden“ vorbehalten. Innerhalb eines Zeitraums von nur sieben Jahren – dazwischen liegen die mit der Französischen Revolution verbundenen Umwälzungsprozesse – sind Elemente eines „aufgeklärten“ Antijudaismus sowie eines modernen Antisemitismus an die Stelle eines christlichen Antijudaismus getreten.

Gefährdet sei der anzustrebende homogene Nationalstaat, so Fichte, einerseits durch politische Formationen innerhalb seines Territoriums, also durch den „Staat im Staate“, andererseits durch das vermeintlich spezifisch Jüdische dieses „Staats im Staate“: den Hass gegen das Menschengeschlecht und das nicht vorhandene Rechtsbewusstsein der Juden. Das Streben nach einer nationalen Homogenität geht in Fichtes Argumentation einher mit der Entwicklung von antisemitischen Elementen.

Eine nationalistische Utopie

In einem bislang nicht veröffentlichten Entwurf einer nationalistischen Utopie, in der Fichte eine Konzeption entwickelt hat für „Die Republik der Deutschen zu Anfange des zwei u. zwanzigsten Jahrhunderts unter ihrem fünften Reichsvogte“,¹⁶ finden sich Äußerungen Fichtes über die

¹⁶ Fichte, zit. nach Richard Schottky: Fichtes Nationalstaatsgedanke auf der Grundlage unveröffentlichter Manuskripte von 1807, in: Fichte Studien. Beiträge zur Geschichte und Systematik der Transzendentalphilosophie, Bd. 2: Kosmopolitismus

Vergabekriterien von Bürgerrechten sowie über die politische Stellung der Juden in einem deutschen Zukunftsstaat. Über Bürgerrechte äußert sich Fichte folgendermaßen: „Es ist Hauptgrundsatz, daß nur der *Deutsche Bürger* seyn könne.“¹⁷

Ein weiteres Kriterium, das über die Vergabe der Bürgerrechte entscheidet, ist die Religion. So entwirft Fichte folgende Utopie für eine homogene und „judenfreie“ Republik der Deutschen: „Juden; entweder verschmolzen, oder ausgewandert. Sie besitzen einen höchst interessanten Staat in *Palästina*. Denn andere europäische Nationen sind nachgefolgt. Die gebliebenen sind alle Mitglieder der neuen Kirche.“¹⁸

Fichtes Utopie lässt deutlich werden, dass er von einer Unvereinbarkeit zwischen „Juden“ und „Deutschen“ ausgeht, so dass „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“ für ihn ein Widerspruch in sich sind. Die kulturelle und religiöse Assimilation der Juden ist in seinen Augen weniger Ergebnis einer *individuellen* Hinwendung einzelner Juden zum Christentum, sondern eher Produkt eines Prozesses der gewaltsamen Unterwerfung der jüdischen Bevölkerung unter die deutsche Sprache und Kultur. Diejenigen Juden, die sich gegen eine Assimilation sperren, sollen versklavt oder vertrieben werden.

Über die Abwesenheit der Juden in den „Reden an die deutsche Nation“

Nach der Niederlage Preußens gegen die französischen Armeen wurde Fichte zu einem erklärten Gegner Napoleons, ging mit der preußischen Regierung nach Königsberg und lehrte an der dortigen Universität. Im französisch besetzten Berlin hielt Fichte die *Reden an die deutsche Nation*

und Nationalidee, hg. v. Klaus Hammacher/Richard Schottky/Wolfgang H. Schrader, Amsterdam/Atlanta 1990, S. 111. Die Manuskripte, auf die ich mich im folgenden beziehe, sind im Mai/Juni 1807 in Königsberg entstanden, lagern in der Staatsbibliothek in Berlin und wurden für einen Nachlassband entziffert.

¹⁷ Fichte, *Die Republik der Deutschen*, zit. n. ebd., S. 115, Hervorhebung im Original.

¹⁸ Ebd., S. 116, Hervorhebung im Original.

(1807/08),¹⁹ die ein Jahr später veröffentlicht wurden. Mit diesen propagandistischen Schriften verfolgte er das Ziel, ein deutsches Nationalbewusstsein zu schaffen, um die Bewohner der deutschen Territorialstaaten gegen die napoleonische Besatzung zu mobilisieren.

In diesen *Reden* bezieht sich Fichte an keiner Stelle auf die innerhalb der deutschen Territorialstaaten lebende jüdische Bevölkerung. Die Ausgrenzung der Juden aus der deutschen Nation erfolgt – im Gegensatz zur *Revolutionsschrift* – nicht explizit, sondern implizit. Da Fichte lediglich den Deutschen (und den Skandinaviern) das fragwürdige Privileg vorbehält, sich zum „Volk der lebendigen Sprache“ rechnen zu dürfen, da diese für sich in Anspruch nehmen könnten, die germanische Sprache über die Jahrhunderte hinweg beibehalten zu haben, bleibt die jüdische Bevölkerung aus dieser Gruppe des „Volks der lebendigen Sprache“ ausgeschlossen.

Der Übergang vom traditionellen zum modernen und politischen Antijudaismus, der Anklänge an eine antisemitische Rhetorik aufweist, ist zu erklären vor dem Hintergrund der Ereignisse, die auf das Revolutionsjahr 1789 folgten: Zunächst (1793) war Fichte noch ein Anhänger der Jakobiner und gestand Juden zumindest Menschenrechte zu, später – vor dem Hintergrund der Niederlage Preußens gegen die napoleonische Armee (1806) – entwickelte Fichte das Konzept eines homogenen deutschen Nationalstaats, der von jeglichen fremden Elementen – also auch von Menschen jüdischer Glaubensrichtung – bereinigt werden sollte.

Antijudaismus in den Schriften Hegels

Hegels Antijudaismus setzt sich aus traditionellen und modernen Elementen zusammen: Die volkstümlichen Elemente seiner Argumentation und auch Aspekte seiner Religionskritik entspringen dem christlichen Antijudaismus. Die Ausformulierung der Kritik am Judentum er-

¹⁹ Vgl. Johann Gottlieb Fichte: *Reden an die deutsche Nation*, in: Johann Gottlieb Fichte's sämtliche Werke, hg. v. I. H. Fichte, Bd. 7, Berlin 1846 [1808].

folgt jedoch mittels philosophischer Kategorien, die in dieser Weise nie zuvor auf das Judentum angewandt worden sind. Auch die Kritik an der jüdischen Staatskonzeption und Eigentumsordnung ist eine spezifisch moderne Kritik, die implizit Stellung bezieht zu den gesellschaftlichen und ökonomischen Umwälzungsprozessen, die sich infolge der Französischen Revolution im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert in Frankreich und Deutschland vollzogen haben. Hegels Antijudaismus geht weder im traditionellen religiösen Antijudaismus des christlichen Mittelalters auf, noch antizipiert er den Rassenantisemitismus des 19. Jahrhunderts. Es handelt sich also bei Hegels Antijudaismus demnach um eine spezifische Form des Judenhasses, die dem Geist der (christlichen) Aufklärung entspringt.

Judentum in den Theologischen Jugendschriften Hegels

„Der Löwe hat nicht Raum
in einer Nuß, der unendliche
Geist nicht Raum in dem
Kerker einer Judenseele“²⁰

Die Geschichte des israelischen Volkes – in den *Theologischen Jugendschriften* personifiziert durch Abraham, Moses und Jacob – präsentiert Hegel als Geschichte von Nomaden, die aufgrund eines bloßen Zufalls sesshaft wurden, deren Geist aber noch vagabundiert. Diese Vorstellung deckt sich mit der Legende des „Ahasver“, des ewigen Juden, der zu ruheloser Wanderschaft verurteilt wurde, weil er Christus auf seinem Kreuzweg nach Golgatha angeblich Rast und Erquickung versagt haben soll. Die Beziehung der sesshaft gewordenen Israeliten/Hebräer zu anderen Völkern sei – so die Darstellung Hegels – geprägt durch Feindschaft und Verachtung. Trotz ihres sklavischen Bewusstseins sei es Moses gelungen, die Israeliten aus der ägyptischen Knechtschaft zu befrei-

²⁰ Hegels theologische Jugendschriften, nach den Handschriften der Kgl. Bibliothek in Berlin, hg. von Hermann Nohl, Tübingen 1907, unveränd. Nachdruck 1966, S. 312.

en. Er habe sie jedoch seinen *eigenen* Gesetzen unterworfen und damit die ursprüngliche Abhängigkeit von den Ägyptern lediglich durch eine Abhängigkeit von Moses und Jehova ersetzt. Der jüdische Geist, der sich mit der Sesshaftwerdung noch stärker ausgeprägt habe, um gegen die benachbarten Völker eine Barriere zu errichten, zeichne sich aus durch einen Mangel an Freiheitsstreben, Vernunft, Menschenliebe, durch ein starkes Besitzstreben sowie dadurch, dass – abgesehen von Gott – alles als Materie, als bloßer Stoff betrachtet werde. Das jüdische Prinzip neige dazu, lebendige Zusammenhänge zu vereinseitigen und sie damit zu zerreißen. All dies spreche für eine Missbildung des jüdischen Volkes. Es sei eine passive Nation, und die Gesetze, denen es gehorche, seien ihm auferlegt worden. Die Gleichheit aller jüdischen Staatsbürger dürfe nicht mit einer republikanischen Gleichheit verwechselt werden, sondern sei eine Gleichheit Aller im Sinne einer Abhängigkeit von einem Regenten. Aus den hier entwickelten Bestimmungsmerkmalen leitet Hegel ab, dass die Beziehung der Juden zur übrigen Menschheit als die der Feindschaft und Verachtung begriffen werden müsse. Jüdische Religion und jüdischer Geist konstituieren das Judentum bzw. die jüdische Nation.

Die zentrale Referenz der theologischen Jugendschriften Hegels sind die Überlieferungen des Alten Testaments. Ausgehend von den biblischen Erzählungen skizziert Hegel hier seine Vorstellungen des Geists des Christentums und des Geists des Judentums.

Hegels Plädoyer für die politische Emanzipation der Juden

In der Rechtsphilosophie, die zirka zwei Jahrzehnte nach der Schrift *Der Geist des Christentums und sein Schicksal* fertiggestellt worden ist, spielen weder die alttestamentarischen Geschichten noch die Gegenüberstellung von Christentum und Judentum eine Rolle. Hegel legt im Kapitel *Die Sittlichkeit* ein Bekenntnis zu den universellen Menschenrechten ab: „Es gehört der Bildung, dem *Denken* als Bewußtseyn des Einzelnen in Form der Allgemeinheit, daß Ich als *allgemeine* Person aufgefaßt werde, worin *Alle* identisch sind. *Der Mensch gilt so, weil er Mensch ist,*

nicht weil er Jude, Katholik, Protestant, Deutscher, Italiener u.s.f. ist, dieß Bewußtseyn, dem der *Gedanke* gilt, ist von unendlicher Wichtigkeit, – nur dann mangelhaft, wenn es etwa als *Kosmopolitismus* sich dazu fixiert, dem konkreten Staatsleben gegenüber zu stehen.“²¹

Gegen die Forderung nach dem Recht der Juden auf die Staatsangehörigkeit ihres jeweiligen Landes ließe sich einwenden, so Hegel, dass sie nicht nur einer „besondere(n) Religionspartei“, sondern auch einem „fremden Volke“²² angehörten, jedoch habe dieses „Geschrei“²³ übersehen, „daß sie zu allererst *Menschen* sind und daß dieß nicht nur eine flache, abstrakte Qualität ist [...]“.²⁴

Darüber hinaus gibt Hegel zu bedenken, dass die Staatsangehörigkeit das Selbstbewusstsein der jeweiligen Person oder Personengruppe stärkt, da diese fortan als rechtliche Person in der bürgerlichen Gesellschaft gelte. Die „Ausgleichung der Denkungsart und Gesinnung“,²⁵ das heißt in moderner Terminologie die kulturelle Homogenisierung der Bevölkerung eines Territoriums, werde auf diese Weise ermöglicht. Eine Verweigerung der bürgerlichen Emanzipation der jüdischen Minderheit führe dazu, dass sich die Trennung vom Staat, die man ihnen vorwerfe, noch weiter verfestige.

²¹ Georg Wilhelm Friedrich Hegel: *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*, in: Ders.: *Sämtliche Werke. Jubiläumsausgabe* in zwanzig Bänden, Bd. 7, neu herausgegeben von Hermann Glockner, Stuttgart 1952, 3. Auflage [1820], § 209, S. 286, Hervorhebung im Original.

²² Ebd., S. 354.

²³ Möglicherweise spielt Hegel an dieser Stelle auf Jakob Friedrich Fries an, gegen den er auch in der Vorrede seiner *Grundlinien der Philosophie des Rechts* polemisiert. Fries, der Verfasser der Flugschrift *Über die Gefährdung des Wohlstandes und Charakters der Deutschen durch die Juden* (1816), ist auch als Redner auf dem Wartburgfest (1818) aufgetreten.

²⁴ Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*, a.a.O., S. 354, Hervorhebung im Original.

²⁵ Ebd.

Hegels positive Bezugnahme auf die Menschenrechte ist unbestritten. Was seine Position zur bürgerlichen Judenemanzipation betrifft, so ist unverkennbar, dass er Pro- und Contra-Argumente gegeneinander abwägt. Für die bürgerliche Emanzipation der Juden spricht in seinen Augen die damit verbundene Aussicht auf die Stärkung der Rolle des Staates und die Herstellung einer kulturellen Homogenität; gegen die rechtliche Gleichstellung der Juden spreche hingegen deren Angehörigkeit zu einer „besonderen Religionspartei“ und zu einem „fremden Volk“.

Das Judentum als „Religion der Erhabenheit“ in Hegels Religions- und Geschichtsphilosophie

Im Vordergrund der Vorlesungen, die einige Jahre nach Hegels Tod veröffentlicht worden sind (1832 bzw. 1837), steht die Entwicklung des Geistes.²⁶ Generell unterscheidet Hegel in der Religionsphilosophie drei verschiedene Religions-Gattungen: die „Naturreligion“, die „Religion der geistigen Individualität“ sowie die „absolute Religion“. Unter die „Gattung“ der „Religion der geistigen Individualität“ subsumiert Hegel die „Religion der Erhabenheit“ (jüdische Religion), die „Religion der Schönheit“ (Religion der Griechen) sowie die „Religion der Zweckmäßigkeit oder des Verstandes“ (Religion der Römer).

Während in der „Naturreligion“ die Natur als das Erste und als Grundlage allen Seins betrachtet worden sei, so die Ausführungen Hegels, seien in der jüdischen und auch der griechischen Religion – der

²⁶ Vgl. Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Religion, in: Ders.: Sämtliche Werke. Jubiläumsausgabe in zwanzig Bänden, Bd. 15 und Bd. 16., neu hrsg. v. Hermann Glockner, Stuttgart 1959 [1832]; Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, in: Ders.: Sämtliche Werke. Jubiläumsausgabe in zwanzig Bänden, Bd. 11, neu hrsg. v. Hermann Glockner, Stuttgart 1949, 3. Auflage [1837]. Hegel betrachtet – in Analogie zu der Bedeutung, die er dem Geist in seiner Religionsphilosophie beigemessen hat – die unterschiedlichen Entwicklungsstufen des menschlichen Geistes als Voraussetzung für die Entstehung und hierarchische Ausdifferenzierung von „Rassen“.

„Religion der Erhabenheit“ und der „Religion der Schönheit“ – die Natur, die Materie, der Stoff oder das Sinnliche von dem erhabenen Geist unterworfen worden. In beiden Fällen zeichneten sich die Religionen dadurch aus, dass es ihnen an einer Vermittlung des Geistes mit der Natur mangle: Im Falle der „Naturreligion“ herrsche die Natur als erstes und einziges Prinzip vor; in der jüdischen und griechischen Religion sei es der Geist, der alles Natürliche unterworfen habe.

Die Entstehung der jüdischen Religion betrachtet Hegel als eine Stufe innerhalb eines Prozesses der Herausbildung des Geistes: Der Geist arbeitet sich aus der Sphäre des Natürlichen und Sinnlichen heraus, indem er sich zunächst absolut gegen die Natur richtet und die Einheit mit ihr aufkündigt. Erst in einer späteren Entwicklungsphase des Geistes – in Ansätzen schon in der „Religion der Zweckmäßigkeit und des Verstandes“ (Religion der Römer), vollständig jedoch erst in der „absoluten Religion“ – werden Natur und Geist wieder die ihnen gebührende Stellung erhalten.²⁷

Resümee

Worin besteht der Konsens zwischen Kant, Fichte und Hegel? Neben den jeweils spezifischen Argumentationsmustern und Argumentationszusammenhängen, die oben dargestellt worden sind, seien die Gemeinsamkeiten benannt: Der christlichen Religion gebührt gegenüber der jüdischen Religion – so die von Kant, Fichte und Hegel vertretene Position – eindeutig der Vorzug. Das Christentum gilt als die „natürliche Religion“ (Kant), als die „einzig wahre Religion“ (Kant) und schöpferisches und leitendes Prinzip eines neuen Staates (Fichte) und firmiert in den Schriften Hegels als „absolute Religion“, das Christentum wird also als in der Religions- und Geschichtsphilosophie als jene Religion betrachtet, die die höchste Stufe der Herausbildung des Geistes erreicht hat.

²⁷ Vgl. Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, a.a.O., S. 261.

Die jüdische Religion fungiert als negative Projektionsfläche – als Religion, deren statutarische Gesetze denen einer politischen Verfassung gleichkommen (Kant) oder als „Religion der Erhabenheit“ (Hegel), die sich zwar gegenüber den Naturreligionen als überlegen erweist, jedoch noch nicht die Stufe der „absoluten Religion“ erreicht hat. Die jüdische Religion ist somit in den Augen Hegels erst der Anfang der Wahrheit.

Das zentrale Merkmal, das von Kant und Fichte zur Konstruktion des jüdischen Charakters und der jüdischen Nation herangezogen wird, ist der Menschenhass. Fast wortgleich behaupten Kant und Fichte, Juden hegten einen Hass auf das gesamte Menschengeschlecht, Hegel postuliert in seinen Theologischen Jugendschriften, Feindschaft und Verachtung prägten das Verhältnis der Juden gegenüber dem Rest der Menschheit.

Einigkeit besteht ferner in der von Kant, Fichte und Hegel geteilten Einschätzung, dass Juden nicht problemlos in die aufkommende bürgerliche Gesellschaft zu integrieren seien. Kant plädiert für eine Überwindung (in seinen Worten „Euthanasie“) des Judentums. Fichte macht in seiner *Revolutionsschrift* eine gewaltsame Liquidierung der jüdischen Ideen zur Voraussetzung, um Juden die Bürgerrechte zuzugestehen; in der von ihm entworfenen nationalistischen Utopie gesteht er Juden nicht nur keine Bürger-, sondern auch keine Menschenrechte zu. Lediglich Hegel räsoniert darüber, ob man Juden, obwohl sie seiner Meinung nach einer besonderen Religionspartei und einem fremden Volk angehörten, nicht doch die Staatsangehörigkeit verleihen solle, denn dies stärke das Selbstbewusstsein der jeweiligen Person oder Personengruppe und trage zum inneren Zusammenhalt bei.

Fichtes Schriften sind paradigmatisch für den Übergang vom Antijudaismus zum Antisemitismus. Zunächst plädiert er dafür, Juden Menschenrechte (wenngleich keine Bürgerrechte) zuzugestehen, in späteren Schriften distanziert er sich von dieser Forderung und räumt sogar die Möglichkeit ein, dass Juden versklavt und nicht-christliche Staaten überfallen und unterworfen werden können.

Kontinuitäten und Diskontinuitäten

Rufen wir nochmals in Erinnerung, mit welchen Postulaten die Philosophie der Aufklärung angetreten ist: Erstens forderten die Aufklärungsphilosophen die Überwindung der Unmündigkeit und plädierten für die Anwendung der menschlichen Vernunft, und zweitens postulierten sie die Gleichheit aller Menschen.

Die hier untersuchten philosophischen Schriften entstammen einer Periode, deren wesentliches Charaktermerkmal das Aufeinandertreffen von Altem und Neuem, von traditionsgebundenem und modernem Denken ist. So war es möglich, dass religiöse Begründungszusammenhänge, wie beispielsweise die Bezugnahme auf das Alte Testament, nach wie vor weit verbreitet waren, dass aber auch zeitgleich neue Aspekte hinzukamen, beispielsweise *spezifische* Vorstellungen von „Rasse“, Nation, Volk oder Staat. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass im Übergang von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft nicht gänzlich neue Begriffe entstanden sind, sondern bereits vorhandene einen Bedeutungswandel durchlaufen haben. Dies soll im folgenden skizziert werden.

Der älteste schriftlich fixierte Versuch, die Aufspaltung der Menschheit zu erklären, findet sich im 1. Buch Mose. Demnach wurden die drei Söhne Noahs als Stammväter der „Rassen“ betrachtet, die im Alten Orient bekannt waren: Japhet („Weiße“ = Europäer), Sem (Semiten) und Ham (Negriden).²⁸ In dem Maße, wie die Theologie an Wirkungsmacht verlor, traten naturwissenschaftliche Erklärungsmuster an ihre Stelle. Die Existenz von „Rassen“ wurde fortan nicht mehr aus biblischen Erzählungen und Überlieferungen abgeleitet, sondern im Vordergrund stand das Bemühen um eine möglichst naturwissenschaftliche Erklärung der Existenz von Menschen unterschiedlichen Aussehens. Körpermerkmale (Hautfarbe, Haarfarbe, Augenform, Schädelform, Gesichtswinkel) oder die Zusammensetzung des Blutes und der Körpersäfte (Säure- und Phlogistongehalt) galten als Kriterien zur Kategorisie-

²⁸ Vgl. Imanuel Geiss: Geschichte des Rassismus, Frankfurt a. M. 1988, S. 23.

rung von „Rassen“. Diese ersten Anfänge der Abkehr von biblischen und die beabsichtigte Hinwendung zu naturwissenschaftlichen Argumentationsmustern markieren den Übergang von traditionellen zu modernen Vorstellungen und Legitimationsmustern von Ungleichheit.

Ebenso wie der Rassenbegriff unterlag auch der Begriff der Nation einem Bedeutungswandel. Vor 1884 definierte das Wörterbuch der Königlich-Spanischen Akademie „nación“ als „die Gesamtheit der Einwohner einer Provinz, eines Landes oder eines Königreichs“.²⁹ Erst in der 1884 erschienenen Neuauflage wird „nación“ bestimmt als „ein Staat oder eine politische Körperschaft, die eine höchste gemeinsame Regierungsinstanz anerkennt“ und auch als „das durch diesen Staat und seine einzelnen Einwohner in ihrer Gesamtheit gebildete Territorium“.³⁰ Die Verwendung des Nation-Begriffs im deutschen Sprachraum weist spezifische Merkmale auf, die ihn von seiner Bedeutung in romanischen Sprachen unterscheiden. Am deutlichsten kommt dies in Fichtes *Reden an die Deutsche Nation* zum Ausdruck. Nation und Volk werden in dieser propagandistischen Schrift zu einer Einheit verschmolzen. Nation wird nicht als politische Willensgemeinschaft gefasst (wie im benachbarten Frankreich), sondern als ethnische Abstammungsgemeinschaft. In dieselbe Richtung weist auch das Verständnis von Nation, das sich bei Kant finden lässt: auch er versteht Nation als Abstammungsgemeinschaft und weist ausdrücklich darauf hin, dass der angeborene, natürliche Charakter der Nation in der Blutmischung der Menschen begründet liege.

Wurde den in Frankreich lebenden Hugenotten vorgeworfen, sie bildeten einen „Staat im Staate“, so erlebt dieses Schlagwort in den Reden und Schriften von Fichte eine neue Aktualität.³¹ Juden bildeten, so die von

²⁹ Zit. n. Eric Hobsbawm: *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt am Main/New York 1991, S. 25.

³⁰ Ebd.

³¹ Vgl. Jacob Katz: *Vom Vorurteil bis zur Vernichtung: Der Antisemitismus 1700-1933*, Berlin 1990 [1980], S. 62 sowie seine ausführliche Darstellung der Begriffs-

ihm heraufbeschworene Gefahr, einen „Staat im Staate“, der auf dem Hass gegen das ganze Menschengeschlecht basiere. Dieser von Fichte geäußerte Vorwurf legitimiert eine Politik, welche die Zerstörung der vermeintlich staatszersetzenden und subversiven Strukturen verfolgt.

Die Egalitätsvorstellungen der Repräsentanten des deutschen Idealismus sind folgendermaßen zu charakterisieren: Kant und Hegel treten in ihren Schriften für die Menschenrechte ein. Was die Frage der Bürgerrechte betrifft, so treten Differenzen zwischen Kant und Hegel zutage: Kant macht sich nicht für die bürgerliche Emanzipation der jüdischen Bevölkerung stark, Hegel hingegen zeigt die für den Staat positiven Effekte der bürgerlichen Emanzipation der Juden auf und liefert somit Argumente für die bürgerliche Gleichstellung von Juden. In Fichtes Schriften wird die Forderung nach einer uneingeschränkten Gültigkeit der Menschen- und Freiheitsrechte teilweise wieder zurückgenommen. Bürgerrechte für Menschen jüdischer Herkunft oder Glaubens kann er nicht befürworten. Eine staatliche Vergesellschaftung kann sich Fichte nur unter dem Vorzeichen einer Unterwerfung unter die christliche Religion und einer Homogenisierung vorstellen. Die Tatsache, dass Frauen und Besitzlosen keine Bürger(innen)rechte zugestanden wurden, blieb innerhalb des deutschen Idealismus unwidersprochen.

Gleichheit wird jedoch auch noch in anderen Hinsicht auf ideologischer Ebene in Frage gestellt: Charakteristisch für Kant, Fichte und Hegel ist die Hierarchisierung – sowohl die von Christentum und Judentum als auch die Kategorisierung und Hierarchisierung von Menschen unterschiedlicher Sprache (Fichte), Herkunft und Hautfarbe (Kant, Hegel) sowie die Hierarchisierung der Entwicklungsstufen des menschlichen Geistes und deren Kopplung an Religionen (Hegel).

geschichte des „Staats im Staate“: Jacob Katz: A State within a state. The History of an Anti-Semitic Slogan, in: Ders.: Zur Assimilation und Emanzipation der Juden. Ausgewählte Schriften, Darmstadt 1982, S. 124ff.

Die Untersuchung konnte somit zeigen, dass der Übergang vom Antijudaismus zum Antisemitismus parallel verläuft zur Entstehung moderner Nationalstaaten und Rassentheorien. In den hier rezipierten Schriften wurde nicht nur der jüdischen Religion (als Gegenspielerin zur christlichen Religion) Aufmerksamkeit geschenkt, sondern konstruiert und negativ bewertet wurden: die jüdische Philosophie, das jüdische Volk, die jüdische Nation, der jüdische Nationalcharakter und der so genannte jüdische „Staat im Staate“. Demnach wurde die „jüdische Frage“ mit philosophischen, politischen und so genannten anthropologischen Fragen verknüpft. Jüdische Religion und Philosophie galten in den Augen von Kant, Fichte und Hegel als der christlichen Religion und dem Geist der Aufklärung unterlegen. Die jüdische Nation wurde von ihnen als homogene Gruppe entworfen, deren Zusammenhalt nicht nur auf die gemeinsame Religion, sondern auch auf spezifische Charaktere zurückzuführen sei. Die Zuschreibung eines vermeintlich jüdischen Nationalcharakters und jüdischen Geistes und die Zuschreibung körperlicher Eigenschaften sind – so meine These – Vorboten einer nach und nach entstehenden Affinität zwischen dem Judenhass, dem (Rassen-)Antisemitismus und dem modernen Rassismus.

Der Ausflug in die deutsche Geistesgeschichte hat zeigen können, dass in den Schriften des deutschen Idealismus die Grenzen der Gleichheit recht eng gesteckt sind und in dieser Periode neue, der bürgerlichen Gesellschaft angemessene, moderne Begründungsformen von Ungleichheit und Ungleichwertigkeit entwickelt wurden.

Vielleicht ist es an der Zeit, nicht nur für Schiller, Goethe und Beethoven, sondern auch für Kant, Fichte und Hegel Verantwortung zu übernehmen – nicht in dem Sinne eines unreflektierten Rückgriffs auf die positiven Traditionen der deutschen Geistesgeschichte, sondern durchaus im Sinne einer kritischen Rezeption ihrer Schriften und Analyse ihrer Rezeptions- und Wirkungsgeschichte.

Für eine kritische Rezeption des Projekts Aufklärung bietet beispielsweise das 2004 aus Anlass seines 200. Todestages (am 12. Februar) begangene Kant-Gedenkjahr hinreichend Gelegenheiten. Der zu Beginn

des Jahres erschienene *Spiegel*-Titel „Das reine Gold des Denkens“³² – gleichsam als Auftakt zum Kant-Jahr zu verstehen –, lässt jedoch Kants Antijudaismus völlig unerwähnt und verpasst somit die Chance einer kritischen Rezeption des Philosophen, „der, als Einziger von den deutschen Idealisten, sowohl das 19. als auch das 20. Jahrhundert unbeschädigt überlebt hat.“³³

³² Vgl. Johannes Saltzwedel/Mathias Schreiber: Das reine Gold des Denkens, in: *Der Spiegel*, H. 1/2004, S. 116ff.

³³ „Die Arbeitsmoral des Handwerkers“. Kant-Biograf Manfred Geier über das Privatleben und die Aktualität des Philosophen, in: *Ebd.*, S. 122.

Wolfgang Benz

Antisemitismus: Zum Verhältnis von Ideologie und Gewalt

Auf der Leserbriefseite der *Süddeutschen Zeitung* konnte man im Herbst 2003 Plädoyers für den Humoristen Wilhelm Busch finden. Ein Antisemit sei er nicht gewesen, auch wenn er antisemitische Klischees verbreitete und deren Gebrauch einüben half. Aus ihm habe nur der Zeitgeist gesprochen, wie aus vielen anderen. „Sie alle waren beileibe keine Antisemiten. In ihnen findet nur eine Epoche, das späte 19. Jahrhundert, ihren Ausdruck“. Und weiter: „Zu den Antisemiten, die dann konsequent in den Nationalsozialismus führen, gehörte Busch sicher nicht“.

Hier wird eine Denkfigur offenbar, die auch in der Möllemann-Debatte 2002 vorgeführt wurde, die Vorstellung nämlich, es sei zwischen harmlosen Ressentiments gegen Juden – Zeitgeist, verbreitete Stimmung, von der Minderheit selbst verursachte Vorbehalte – und gewalttätigem Antisemitismus zu unterscheiden. Damit bleibt Antisemitismus als unmittelbare Vorstufe zum Völkermord von alltäglicher Judenfeindschaft abgegrenzt. Das eine ist verabscheuungswürdige Gewalt, das andere bleibt marginal und entschuldbar. Offensichtlich soll das eine, die Ideologie der Judenfeindschaft, mit dem anderen, der gewaltsamen

Manifestation des Antisemitismus, nichts zu tun haben. Unabhängig davon ist es für viele schwierig, das Phänomen der Judenfeindschaft zu definieren. Deshalb soll zuerst versucht werden, das Phänomen Antisemitismus einzugrenzen.

Zur Definition eines komplexen Phänomens

Nicht alles ist Antisemitismus, was als verbale Entgleisung, als unsensibles Verhalten, als Taktlosigkeit, als Ahnungslosigkeit gegenüber jüdischen Empfindungen und Empfindsamkeiten daher kommt. Aber vieles ist nicht so harmlos, wie es erscheinen soll.

Antisemitismus, Judenfeindschaft im weitesten Sinn, konfrontiert Betroffene wie Betrachter mit Definitions- und Wahrnehmungsproblemen. Zu unterscheiden sind vier Grundphänomene: Erstens der christliche Antijudaismus, die religiös motivierte, aber auch kulturell, sozial und ökonomisch determinierte Form des Ressentiments gegen Juden vom Mittelalter bis zur Neuzeit. Zweitens der scheinbar wissenschaftlich, anthropologisch und biologisch argumentierende Rassenantisemitismus, der im 19. Jahrhundert entstand und im Holocaust mündete.

Die dritte Version des Vorbehalts, Judenfeindschaft nach dem Holocaust, ist aktuell. Die Annahme, der Holocaust habe – weil die Juden ausschließlich als bemitleidenswerte Opfer erkennbar waren – das Ende aller Judenfeindschaft bedeuten müssen, war von allem Anfang an eine Illusion. Das beweist der Pogrom von Kielce in Polen 1946 ebenso wie das Ressentiment gegen Displaced Persons, die auf deutschem Boden in DP-Lagern bis in die 1950er Jahre hinein lebten. Neben traditioneller Judenfeindschaft, wie sie außerhalb Deutschlands artikuliert wurde, bildete sich im westlichen Nachkriegsdeutschland eine neue Form des Ressentiments, der sekundäre Antisemitismus. Er ist eine eigenständige Erscheinung mit wenig manifester Ausprägung, aber erheblicher Latenz. Dieses, das dritte, Phänomen der Judenfeindschaft, speist sich aus Gefühlen der Scham und Schuldabwehr: Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz werden Ressentiments gegen Juden mobilisiert, die sich an

Entschädigungsleistungen und Wiedergutmachungszahlungen kristallisieren (wie lange man noch büßen müsse, ob die unschuldigen Enkel noch für den Holocaust zahlen müssten, lauten die Schlachtrufe, und die Vermutung, „die Juden“ würden sich am Völkermord bereichern, weil sie eben mit allem Geschäfte machen würden, gehört ins Arsenal der Abwehr und der Selbstbeschwichtigung).

Der sekundäre Antisemitismus ist ursprünglich ein westdeutsches Phänomen, da er sich an Restitutionsleistungen festmacht, wie sie von der DDR nicht gezahlt wurden. Dafür war eine andere Erscheinungsform antijüdischer Ressentiments, der Antizionismus, als viertes Grundphänomen entscheidender Bestandteil von Politik, Propaganda und folglich auch der Sozialisation der DDR-Bürger. Diese vier Grundphänomene – religiöser Antijudaismus, Rassenantisemitismus, sekundärer Antisemitismus und Antizionismus – bilden den Rahmen aller Betrachtung von Judenfeindschaft. Zu differenzieren ist aber auch hinsichtlich der Intensität des Auftretens von Judenfeindschaft. Wir unterscheiden manifesten Antisemitismus, der sich in Attacken gegen Personen, in Sachbeschädigungen und Propagandadelikten äußert sowie einen latenten Antisemitismus, der sich im Alltagsdiskurs allenfalls als stillschweigendes Einverständnis über „die Juden“ zeigt, der aber überwiegend auf der Einstellungsebene bleibt, also vor allem bei Meinungsumfragen in Erscheinung tritt.

Manifester Antisemitismus ist wegen der Regeln politischer Kultur in Deutschland selten. Die meisten zur Verfolgung kommenden Straftaten sind Akte von Volksverhetzung. Unter den anderen Delikten sind es die Friedhofschändungen und nächtliche Anschläge auf Synagogen. Die Friedhofschändungen, die mit steigender Tendenz, aber äußerst geringer Aufklärungsquote geschehen, dienen häufig auch als Hintergrund ausländerfeindlicher und rassistischer Bekundungen. Dasselbe gilt für die Schändung von Gedenkstätten und Kultureinrichtungen. Die Parolen, die in der KZ-Gedenkstätte Dachau an eine Baracke geschmiert wurden, legten über eindeutig judenfeindliche Parolen xenophobische und rassistische Slogans und ließen damit ein diffuses Spektrum rechtsextremer Anschauungen der Täter erkennen.

Ideologie und Gewalt

Um die Zusammenhänge von ideologischem Konstrukt – Judenfeindschaft als Einstellung, als Haltung, als Überzeugung – und gewaltsamer Aktion zu verstehen, müssen wir einen Blick in die lange Geschichte des Antijudaismus und die jüngere Tradition des „modernen“ Antisemitismus werfen. Ein Wesenselement des christlichen Mittelalters war die Diskriminierung und Segregation der Juden, die sich immer wieder zu Massakern steigerte. Der Judenhass wurzelte theologisch in Identitätsproblemen des jungen Christentums, das sich als „wahres Israel“ gegenüber den Juden verstand, die die Erlösung durch den Messias Jesus ablehnten. Der Vorwurf des Christismordes war Ausdruck des christlichen Bewusstseins, Empfänger der biblischen Verheißungen zu sein, wogegen die Juden als Verweigerer des göttlichen Heilsplanes als gottlos, amoralisch, verbrecherisch wahrgenommen und mit Heiden, Ketzern und Häretikern auf die gleiche Stufe gestellt wurden.

Die in theologischen Disputen und Schriften ausgetragene Auseinandersetzung hatte Folgen im Alltag. Seit dem 4. Jahrhundert sind Ausschreitungen der christlichen Bevölkerung gegenüber Juden in vielen Orten des Römischen Reiches belegt. Oft waren Diener der Kirche die Anstifter, Mönche und Bischöfe riefen zum Kampf gegen die Juden. In die religiösen Gründe der Ablehnung des Judentums mischten sich von Anfang an aber auch soziale und ökonomische Motive. Im ausgehenden Mittelalter und in der frühen Neuzeit kamen neue Formen der Abneigung hinzu, die schon auf die rassistischen Ressentiments verwiesen, wie sie im 19. Jahrhundert entwickelt und begründet wurden.

Die Vorbehalte gegen Juden waren, seit sich das Christentum im 3./4. Jahrhundert als Staatsreligion im Römischen Reich durchgesetzt hatte, zunächst auch im Mittelalter ausschließlich religiöser Natur. Allerdings bestimmte der Glaube in existentiellern Umfang den Alltag, und religiöse Differenzen hatten entsprechend einschneidende Bedeutung. Die Verweigerung der Taufe, das Festhalten am eigenen Ritus, das Unverständnis der Juden für die Erlösungsidee durch Christus machte die Ju-

den in christlichen Augen zu „Verstockten“. Aus dem religiösen Unverständnis zwischen Minderheit und Mehrheit folgte die Forderung nach äußerer Trennung (erhoben sowohl durch Kirchenlehrer wie durch Rabbiner) zwischen den Anhängern des Alten Testaments, die sich als erwähltes Volk verstanden und denen, die, erlöst durch Jesus Christus, an die Überwindung des Alten Testaments glaubten und als christliche Gemeinschaft die Mehrheit bildeten.

Am Ende des 11. Jahrhunderts verdichteten sich religiöse Gegensätze und soziale Ressentiments und entluden sich in Gewaltakten gegen die jüdische Minderheit in Europa. Der erste Kreuzzug (1096) – der Intention nach ein Krieg gegen „Ungläubige“ zur Befreiung des Heiligen Landes – wurde von fanatisierten Christen, die als Angehörige der Unterschichten, verarmte Bauern, Abenteurer und Mittellose aus Sozialneid handelten, zunächst gegen Juden in ganz Mitteleuropa geführt, etwa in den Städten des Rheinlandes. Von den Kreuzfahrern bedrängt standen die Juden vor der Wahl, getötet zu werden oder den christlichen Glauben durch den Empfang der Taufe als richtiges Bekenntnis anzuerkennen. Die Verfolgung der Juden endete mit dem Moment der geglückten Mission, da ja religiöse Ressentiments die Verfolgung motivierten. Die meisten Juden wählten jedoch den Tod.

Die Gewaltaktionen hatten wie auch bei den späteren Kreuzzügen, die alle judenfeindlich waren, den Charakter von Pogromen (der Begriff gehört in spätere Zeiten, er wurde im 19. Jahrhundert dem Russischen entnommen). Das heißt, die Gewalt richtete sich nicht gegen einzelne, sondern gegen alle Angehörige der Minderheit und, die religiös-christliche Motivation sprengend, Plünderungen, Diebstahl und Raub gehörten untrennbar zum gewalttätigen Geschehen.

Zur Begründung der aggressiven Judenfeindschaft wurden seit dem 13. Jahrhundert Legenden und Erzählungen verbreitet, die Ritualmorde und Hostienfrevl zum Gegenstand hatten. In der Tradition in die Antike zurückreichend tauchte erstmals 1144 in der Gestalt des William von Norwich das Opfer eines angeblich von Juden begangenen Ritualmordes auf. Der Legende nach begehen Juden alljährlich aus Hass auf

Christus und die Christen unter Anleitung ihrer Rabbiner in der – von christlicher Seite religiös-emotional besonders sensiblen Passionswoche – einen Mord in ritueller Form an einem unschuldigen christlichen Knaben, um das Leiden Christi zu verhöhnen. Nach dem Laterankonzil von 1215, in dem die Transsubstantiationslehre zum Dogma erhoben wurde, kam als zweites Motiv die Blutlegende hinzu, nach der die Juden ihren Opfern zur Bereitung von Mazzen oder zu medizinischen bzw. magischen Zwecken Blut entziehen. Die Unhaltbarkeit solcher Anschuldigungen ergibt sich schon aus den rituellen Geboten der jüdischen Lehre ohne weiteres, nach der jede Art von Blut als unrein für Juden sanktioniert ist. Das haben Kirchenlehrer und Päpste immer wieder konstatiert, und Kaiser und Könige haben die Juden gegen die Blutbeschuldigungen verteidigt, jedoch ohne Erfolg. Die Blutlegenden waren, von Interessenten wie Predigern oder fanatisierten Bettelmönchen im Missionseifer verbreitet, bis ins 20. Jahrhundert wirksam als Anlass zur Verfolgung der Juden.

Die Ritualmordbeschuldigung verbreitete sich von England aus nach Frankreich und Spanien, an den Rhein und an den Bodensee, in den Alpenraum und nach Franken, und schließlich im 16. Jahrhundert auch nach Polen. Die judenfeindlichen Anschuldigungen wurden in zahllosen Chroniken, Geschichten, Liedern, Predigtsammlungen überliefert, und wie das Beispiel des Anderl von Rinn in Tirol zeigt, war der Kult bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts amtskirchlich geduldet. Wie gefährlich die Ritualmord- und Blutlegenden für die Juden waren und wie lange damit zu Ausschreitungen stimuliert werden konnte, zeigt der Pogrom von Kielce in Polen, bei dem noch 1946 die Vermutung, ein verschwundenes Kind sei von Juden getötet worden, Anlass zu tagelangem Aufruhr und zum Mord an mindestens 42 Juden, die den Holocaust überlebt hatten, bieten konnte.

Ein anderer Vorwurf bestand seit dem 12. Jahrhundert in der Unterstellung des Hostienfrevels durch Juden, dem die Anschuldigung zugrunde liegt, das Volk der „Gottesmörder“ ritualisiere den antichristlichen Affekt durch die Wiederholung der Leiden, die einst Jesus zugefügt wurden am Leib Christi in Gestalt der geweihten Hostie. Im reziproken Verhältnis zu

den Hostienwundern, die sich nach vielfältiger Überlieferung ereigneten – die von Juden mit Messern, Dornen, Nägeln gemarterten Hostien sollen zu bluten begonnen haben oder wunderbare Erscheinungen hätten sich gezeigt – wurden die Juden dämonisiert als Anhänger des Satans, als Verkörperungen des Antichrist. Die Hostienfrevelllegenden zeitigten einerseits Wallfahrten (wie die „Deggendorfer Gnad“, die bis 1992 begangen wurde) und eine reiche Erbauungsliteratur, die das religiös motivierte feindselige Judenbild tradierte, andererseits waren sie oft Anlass zu Pogromen gegen Juden, am weitreichendsten im „Rindfleischaufruhr“ von 1298, bei dem in Franken 5.000 Juden getötet wurden und in der „Armleder-Verfolgung“ 1336 bis 1338, bei der in ganz Süddeutschland, im Elsass, in Böhmen, Mähren und Kärnten 6.000 Menschen ermordet wurden. Bei der bis in die Neuzeit wirkenden negativen Stereotypisierung waren die Juden Ketzer, Hexen, später Freimaurern und Jakobinern als Feinde des Christentums gleichgestellt.

Den klerikalen Judenbildern folgten nicht weniger gefährliche säkularisierte Zuschreibungen von Übeln an die Juden als deren Verursacher. Die Pestepidemie in Europa Mitte des 14. Jahrhunderts bot Anlass zur Spekulation, die Juden hätten die Brunnen vergiftet, die jüdische Minderheit war dabei an die Stelle anderer Stigmatisierter getreten, denen bei früheren Katastrophen die Schuld zugemessen wurde, etwa den Aussätzigen (Südfrankreich 1321) oder Muslimen als Ungläubigen. Auch aus ökonomischen Gründen (Beseitigung von Gläubigern) wurde die Pest zum Verfolgungsgrund, obwohl Papst Clemens VI. in einer Bulle die Anschuldigung der Juden zurückwies. Erstmals auf einen weltlichen Vorwurf hin kam es 1358 bis 1360 zu mehreren Pogromwellen, in denen die meisten jüdischen Gemeinden zerstört wurden.

Bei der nun folgenden Marginalisierung der Juden durch weltliche Obrigkeiten, durch Städte und Fürsten als Inhabern der Territorialherrschaft in Mitteleuropa, hatte die Kirche Schrittmacherdienste geleistet: Das Laterankonzil 1215 hatte auch die Absonderung von Juden und Christen beschlossen. Die „Ungläubigen“ sollten durch eine eigene Tracht erkennbar sein (gelber Fleck, Judenhut) und von den Christen

abgesondert leben. Das war der Beginn der Gettoisierung in den Städten und der Regelung der beschränkten Teilnahme der Juden am öffentlichen Leben durch eine Unzahl von diskriminierenden Vorschriften. Lion Feuchtwanger hat in seinem Roman *Jud Süß* die Situation der Juden im späten Mittelalter eindringlich beschrieben: „Im 14. Jahrhundert waren sie hier in mehr als 350 Gemeinden erschlagen, ertränkt, verbrannt, gerädert, erdrosselt, lebendig begraben worden. Die Überlebenden waren zumeist nach Polen ausgewandert. Seitdem saßen sie spärlich im Römischen Reich. Auf 600 Deutsche kam ein Jude. Unter raffinierten Plackereien des Volkes und der Behörden lebten sie eng, kümmerlich, dunkel, hingegeben jeder Willkür. Untersagt war ihnen Handwerk und freier Beruf, die Vorschriften der Ämter drängten sie in verwickelten und verwinkelten Schacher und Wucher. Beschränkten sie im Einkauf der Lebensmittel, ließen sie den Bart nicht scheren, steckten sie in eine lächerliche, erniedrigende Tracht. Pferchten sie in engen Raum, verrammelten die Tore ihres Ghettos, sperrten sie zu, Abend um Abend, bewachten Ein- und Ausgang.“

Im 13. Jahrhundert wandelte sich das Kreditsystem. Die christlichen Zinsrestriktionen wurden gelockert, dadurch wurden Juden im Geldgeschäft zu Konkurrenten, bei denen gegen hohen Zins nur noch borgte, wer sonst nirgendwo Kredit bekam. Als antijüdische Stereotype verfestigte sich nun das Bild des jüdischen Wucherers, und die jüdischen Minderheiten in den Städten waren insgesamt, ihrer bisherigen ökonomischen Funktion weithin ledig, dämonisiert und standen wie andere Randgruppen der Gesellschaft unter ständigem Verfolgungsdruck. Juden wurden seit der Mitte des 14. Jahrhunderts mit unterschiedlichen Begründungen aus den Städten vertrieben, und zwar meist auf Betreiben der Bürger. Religiöse, soziale und wirtschaftliche Gründe bildeten ein Geflecht von Animositäten gegen die Juden, die mit Ausnahme von Prag und Frankfurt am Main am Ende des Mittelalters in Mitteleuropa aus den Städten verschwunden waren. Sie lebten, soweit sie nicht nach Osten abgewandert waren, als Dorfjuden kümmerlich von Kleinhandel (Hausierhandel, Altwaren).

Die Autoritätskrise der Kirche am Ausgang des Mittelalters war neuer Anlass für Gewalt gegen Juden. Das Konstanzer Konzil, auf dem 1415 Jan Hus als Ketzer verbrannt wurde, institutionalisierte die Hussitenverfolgung; 1420 rief Papst Martin V. zum Kreuzzug gegen die Hussiten auf. In diesem Klima gediehen auch die Beschuldigungen gegen die Juden, die oft in Gewalt mündeten.

Moderner Antisemitismus: Die Konstruktion der „Judenfrage“

Die Emanzipation der Juden, also ihre Befreiung aus den sozialen und rechtlichen Schranken war in Deutschland und Österreich kein revolutionärer Akt wie in Frankreich (1791), sondern Ergebnis einer langwierigen Debatte, die sich vom Beginn bis Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts hinzog. Als Gegenbewegung gegen die rechtliche Gleichstellung der Juden kam es 1819 zu pogromartigen Ausschreitungen wie im Mittelalter. Beginnend in Würzburg strahlten die „Hep-Hep-Verfolgungen“ über ganz Deutschland bis nach Dänemark aus. Gefördert durch soziale Krisen, aber eindeutig als Abwehr des Integrationsanspruchs durch die Mehrheitsgesellschaft kam es an vielen Orten zu aggressiven Auseinandersetzungen mit der jüdischen Minderheit. Judenfeindschaft war aber auch eine Form von sozialem Protest, bei dem Aggressionen verschoben und gegen Juden gerichtet wurden.

Die „Judenfrage“ war seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ein feststehender Begriff, der (ursprünglich nur als sozialer Terminus gebraucht) zur Chiffre wurde, die einerseits politisches, kulturelles, ökonomisches Unbehagen zusammenfasste und andererseits Existenz- und Überfremdungängste artikulierte. Durch die neue Lehre vom Rassenantisemitismus erhielt die „Judenfrage“ eine Richtung gewiesen. Erst einmal zum Gegenstand öffentlicher Erörterung gemacht, drängte die „Judenfrage“ nach einer „Lösung“. Das scheinbare Problem basierte auf der Überzeugung von der konstitutionellen Andersartigkeit der Juden als Rasse.

Das unterschied die Feindschaft gegen Juden ab Mitte des 19. Jahrhunderts von den älteren Ressentiments gegen die Minderheit, dem religiös motivierten Antijudaismus. Alle älteren Judenverfolgungen im christlichen Europa waren religiös begründet und endeten mit der Bereitschaft der Juden, Christen zu werden. Natürlich waren seit dem Mittelalter bei der Abneigung gegen die Juden auch immer andere Gründe mit im Spiel gewesen, wenn Juden das Ziel von Massakern, Vertreibungen, Plünderung, Beraubung waren, und zwar Sozialneid und wirtschaftliche Faktoren, die in traditionellen Stereotypen Ausdruck fanden wie dem aus der Geldleihe gegen Zinsen resultierenden Vorwurf des Wuchers.

Ein neues Moment unterschied jetzt die alte, religiös motivierte Judenfeindschaft vom modernen rassistisch begründeten Judenhass: Der religiöse Vorbehalt war mit der Taufe beendet gewesen, der „rassistisch“ begründete Makel war jedoch nicht kurierbar. „Lösung“ der „Judenfrage“ im neuen Sinne konnte deshalb nur noch Vertreibung oder Vernichtung bedeuten. Der Nationalsozialismus hat folgerichtig Jahrzehnte später daraus die „Endlösung“ gemacht. Im 19. Jahrhundert war zu den traditionellen Motiven der Judenfeindschaft ein weiterer Anlass gekommen: Die Forderung nach Emanzipation. Als bürgerliche Gleichberechtigung, unter dem Druck der Französischen Revolution propagiert, war sie 1870/71 in Deutschland erreicht. Die Forderung nach Rücknahme der Gleichstellung der Juden folgte, von vielen Interessenten vorgetragen, der spät erlangten Emanzipation der Minderheit jedoch auf dem Fuße.

Die Übereinstimmung der antisemitischen Theoretiker bestand darin, dass jede „Rasseneigenschaft“ der Juden negativ definiert war. In der Diskussion über die „Judenfrage“ spielte die Metaphorik, die die Juden als Schmarotzer und Parasiten im „Gastland“ gegenüber dem „Wirtsvolk“ definierte, eine zunehmende Rolle, ungeachtet der Tatsache, dass die anti-emanzipatorische Judenfeindschaft auch und vor allem eine Bewegung gegen die Modernisierung der Gesellschaft und gegen den politischen Liberalismus war. Der „Übergang vom religiösen Hass zur rassistischen Ablehnung“ war indessen nicht abrupt, die Traditionen des

religiösen Antijudaismus blieben wirkungsmächtig und verstärkten die neuen pseudo-rationalen Argumente des Rassenantisemitismus.

Mit dem Machterhalt der NSDAP wurde dieser moderne Antisemitismus, der auf den zweifelhaften Erkenntnissen einer unwissenschaftlichen „Rassenlehre“ basierte, 1933 Staatsdoktrin. Durch legislatorische Akte wie das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* (1933) und vor allem die *Nürnberger Gesetze* von 1935 wurde die rassistische Ideologie des Antisemitismus in die Tat umgesetzt.

Zu fragen bleibt, wie radikal die Postulate der bildungsbürgerlichen Rassisten des 19. Jahrhunderts im Vergleich zu denen der pöbelhaften Nationalsozialisten waren. Tatsächlich, das zeigt die Analyse der älteren Texte, waren die Gewalt- und Vernichtungsphantasien im 19. Jahrhundert schon vorhanden, allerdings verborgen unter abstrakten Formulierungen: „Unschädlichmachung“, „Entjudung“, „Entfernung“, „Ausmerzung“ sind Begriffe aus der antisemitischen Literatur des 19. Jahrhunderts. Dühring, einer der Ideengeber Hitlers, schreibt „Die Judenhaftigkeit läßt sich aber nicht anders als mit den Juden beseitigen“. Ein Vertreter des Sozialdarwinismus empfahl schon 1875 „Die Schmarotzer ausrotten, oder doch ihr Wuchern verhindern“, um das dumpfe Dunkel zu verscheuchen, „in welchem der Schmarotzer gedeiht und in welchem der germanische Volksgeist verkümmert“. Die Nationalsozialisten nahmen die Anregungen der frühen antisemitischen Ideologen auf, sie setzten die von Antisemiten im 19. Jahrhundert aufgestellten Postulate der Diskriminierung und Ausgrenzung in Taten um und gingen dabei bis zur letzten Konsequenz, dem Völkermord an den Juden Europas.

So lächerlich die Argumente und „Beweise“ der Antisemiten dem aufgeklärten Leser erscheinen, so wirkungsvoll und nachhaltig waren die Pamphlete und Traktate der Judenfeindschaft. Viele der Stereotypen und Vorurteile finden sich, als tradierte Gewissheit und längst nicht mehr hinterfragte Überzeugung, auch noch im aktuellen Alltagsdiskurs. Den Untergang des NS-Staats hat gerade die judenfeindliche Ideologie überdauert; auch wenn die Argumente des Rassenantisemitismus keine oder nur noch geringe Überzeugungskraft im deutschen Publikum ha-

ben, so ist das Feindbild vom geschäftstüchtigen, rachsüchtigen, übermächtigen Einfluss in Politik, Kultur und Wirtschaft anstrebbenden Juden in vielen Facetten noch wirksam.

Der Höhepunkt der judenfeindlichen Ideologieproduktion, die zugleich als Aufbäumen gegen die Modernisierung von Staat und Gesellschaft zu verstehen ist und „die Juden“ als Inkarnation alles Bedrohlichen und zur Erklärung aller Weltübel instrumentalisierte, lag im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Die Wirkung erfolgte später. Mit den akademisch oder radaumäßig, demagogisch oder wissenschaftlich auftretenden Schmähschriften der Inkubationszeit der neuen, rassistisch argumentierenden Judenfeindschaft war der Grund gelegt für die Agitation der Antisemiten nach dem Ersten Weltkrieg, die nach dem Aufstieg der NSDAP im Völkermord endete.

Antisemitismus nach dem Holocaust

Eine Erklärung für die Erscheinungsformen judenfeindlicher Ressentiments in Deutschland nach dem Holocaust soll abschließend versucht werden. Der sekundäre Antisemitismus, also der Antisemitismus, der aus Schuldgefühlen gegenüber Juden artikuliert wird, kann sich aufladen zu einem Erlösungsantisemitismus. Gemeint ist die erstrebte Befreiung vom Schuld- und Leidensdruck, der durch das Bewusstsein vom Völkermord verursacht ist. Voraussetzung der Erlösung ist eine Schuld der Juden (wie sie bei den Auschwitzleugnern auf plumpe Art konstruiert wird). Die Opferfunktion der Juden muss außer Kraft gesetzt werden; Juden, die als Täter wahrgenommen werden, erlauben es, Gefühle der Empathie, des Schuldbewusstseins, des Unbehagens durch Parteinahme gegen die Juden zu ersetzen. Dazu braucht es Gründe: etwa die Politik Israels. Da individuelles Fehlverhalten von Juden nicht ungestraft als kollektive Schuld „der Juden“ hochgerechnet werden kann, ist die Politik Israels gegenüber den Palästinensern ein willkommener Ansatzpunkt für Ablehnung, für den Entzug von Empathie, für Zuwendung an die arabische Seite. Israelkritik, eine für sich genommen so legitime Sache wie eine kritische Ein-

stellung zur US-Außenpolitik, wird für viele zum Ventil, mit dem – ohne Sanktionen befürchten zu müssen – antijüdische Emotionen abgelassen werden. Die falschen Zungenschläge entlarven die wahre Absicht, die schiefen Vergleiche und der Griff ins Nazivokabular („Opfer der Opfer“, „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, „hemmungsloser Vernichtungskrieg“ etc.) machen deutlich, worum es geht.

Mit der Parteinahme für die Feinde Israels werden vermeintlich bestehende Tabus und Denkverbote umgangen. Das erklärt die neue Konjunktur des Antisemitismus. Einen anderen Weg beschritt der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann. Als Jürgen W. Möllemann beim Stimmenfang Judenfeindschaft stimulierte, plagten sich Leitartikler, Moderatoren, Diskussionsrunden mit der Frage, was denn Antisemitismus eigentlich sei. Das Bestreben ging in der Regel dahin, die Schwelle zwischen dem „was man doch wohl endlich einmal sagen dürfe oder gar müsse“ und dem, was als manifester Antisemitismus zu ächten sei – nach den Geboten der *political correctness* oder ganz schlicht nach Anstand und Humanität – möglichst hoch anzusetzen. In zwei Lager spalteten sich die Auguren. Während die einen allezeit bereit sind, die Alarmglocken zu läuten, schienen die anderen verabredet zu haben, dass Antisemitismus erst dann existiert, wenn er als Auftakt zum Völkermord oder wenigstens als deutlich erkennbares Brachialdelikt wahrzunehmen ist.

Der Sorge um die Definition der Judenfeindschaft hat uns der Abgeordnete Martin Hohmann enthoben. In seiner patriotischen Rede zum 3. Oktober 2003 hat er nicht nur vorgeführt, wie Hass gegen Juden instrumentalisiert wird, er hat auch das lupenreine Exempel statuiert, was Antisemitismus ist und wie er funktioniert.

Einzigartig und neu am jüngsten antisemitischen Skandal ist die Tatsache, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine geschlossene judenfeindliche Argumentation von einem Politiker einer demokratischen Partei vorgetragen wurde, die nicht als rhetorische Entgleisung oder als missglückte Phrase im Eifer des Gefechtes mit einer Entschuldigung abgetan wäre. Die Rede ist elaboriert und mit

Fleiß erarbeitet, dahinter steht Gesinnung und Literaturstudium, der Verfertiger fügt anscheinend bewiesene Fakten aneinander und stellt eindeutige Bezüge her.

Die Quellen, aus denen er schöpft, sind freilich trübe, ihrer haben sich schon Goebbels und Hitler bedient: Es sind uralte antisemitische Stereotype und Klischees, mit denen seit 80 Jahren Verängstigte und Ratlose auf kommunistische Revolution, Räteherrschaft und anderes Ungemach reagiert haben. „Juden waren es, die den Marxismus erfanden, Juden sind es, die mit ihm seit Jahrzehnten die Welt zu revolutionieren versuchen“. Verfasser dieses Wochenspruchs der NSDAP, der im September/Okttober 1941 galt, war Joseph Goebbels. „Viele der für den Bolschewismus engagierten Juden fühlten sich sozusagen als gläubige Soldaten der Weltrevolution“, sagte Hohmann am 3. Oktober 2003. Dann bewies er mit Zahlen und Zitaten, dass Juden in den revolutionären Gremien Sowjetrusslands überproportional vertreten waren und legte den Schluss nahe, niedere Beweggründe hätten sie zum Bolschewismus getrieben.

Damit die Beweisführung stimmt, muss freilich das Judentum nach den *Nürnberger Gesetzen* der Nationalsozialisten definiert und die Argumentation durch die Behauptung justiert werden, „der überaus hohe Anteil von Juden bei den kommunistischen Gründervätern und den revolutionären Gremien beschränkte sich keineswegs auf die Sowjetunion“. Damit sind Weltverschwörungsphantasien und Furcht vor überstaatlichen Mächtschaften angeregt. In Wien seien, so Hohmann, von 137 führenden Austro-Marxisten 81 und somit 60 Prozent jüdisch gewesen. Ein anderer, nämlich Adolf Hitler, hatte den gleichen Schluss gezogen: „Im Bolschewismus haben wir den im 20. Jahrhundert unternommenen Versuch des Judentums zu erblicken, sich die Weltherrschaft anzueignen.“

Eingeübt wurde diese Weltsicht im Dritten Reich mit anhaltendem Erfolg. Die parteiamtliche Propaganda-Schau *Der ewige Jude*, 1937 erst im Bibliotheksbau des Deutschen Museums gezeigt, dann auf Tournee, flankiert von Vorträgen und szenischen Darbietungen, hämmerte die Botschaft in die Gehirne: „Überall herrschen die Juden mit einer Brutalität, die jeden Widerstand, jede Auflehnung der selbstbewußten völk-

schen Kräfte des russischen Volkes im Blut ungezählter Millionen seiner Besten ertränkt. Von ihrer Zentrale in Moskau geben sie ihre Befehle an ihre Rassegenossen in alle Welt zur Verwirklichung der Weltrevolution, zur Verwirklichung der seit Jahrtausenden erstrebten Welt-herrschaft des auserwählten Volkes.“

Die Phantasmagorie der jüdischen Weltverschwörung – auch dies ein Stereotyp aus dem Arsenal der Judenfeindschaft – fügt sich in das Bild wie die Gewissheit Hohmanns, dass die Juden grausam und böartig sind: „Der Mord am russischen Zaren und seiner Familie wurde von dem Juden Jakob Swerdlow angeordnet und von dem Juden Chaimowitz Jurowski am Zaren Nikolaus II eigenhändig vollzogen.“

Das ist auch sprachlich durchgestaltet, in solchen Formulierungen steckt Arbeit und Überzeugung, wie in der Behauptung, in der sowjetischen Geheimpolizei, der Tscheka, sei der jüdische Anteil astronomisch gewesen (in der Ukraine angeblich 75 Prozent bei einem Bevölkerungs-anteil von nur zwei Prozent Juden in der ganzen Sowjetunion).

Die Böartigkeit und Mordlust der Juden leuchtet nach Feststellungen ein wie der vom Zarenmord oder der Gleichsetzung von Revolutionären, Juden, mörderischen Rotgardisten in der Münchner Räterepublik oder nach der Schilderung von Ausrottungsphantasien jüdischer Kommunisten, weil dies als unumstößliche Gewissheit unter Berufung auf Autorität und Wissenschaft vorgetragen wird. Die Mordphantasien der „kommunistischen jüdischen Revolutionäre“ seien keine leeren Drohungen gewesen, suggeriert Hohmann: „Das war Ernst. Das war tödlicher Ernst. Nach einer von Churchill 1930 vorgetragenen statistischen Untersuchung eines Professors sollen den Sowjets 1924 folgende Menschen zum Opfer gefallen sein: 28 orthodoxe Bischöfe, 1.219 orthodoxe Geistliche, 6.000 Professoren und Lehrer, 9.000 Doktoren, 12.950 Grundbesitzer, 54.000 Offiziere, 70.000 Polizisten, 193.000 Arbeiter, 260.000 Soldaten, 355.000 Intellektuelle und Gewerbetreibende sowie 815.000 Bauern“. Sowjets und Juden sind damit stillschweigend synonym erklärt und die Magie der Statistik beweist sich scheinbar selbst. Das sind die traditionellen Argumentationsmuster jüden-feindlicher Demagogie, die in den Holocaust geführt hat.

Die Argumente des Abgeordneten H. sind weder neu noch originell. Das erkennt man schon an der auftrumpfenden Erwähnung von Henry Fords antisemitischem Pamphlet aus den 1920er Jahren, das nichts anderes als eine Variation zu den *Protokollen der Weisen von Zion* ist. Die Erwähnung des einstigen antisemitischen Bestsellers (1927 meldete der Hammer Verlag das 100. Tausend in der 27. Auflage) lässt nur zwei Interpretationen zu: bodenlose Ignoranz oder abgefeimte Gesinnung.

Die Ausführungen des Abgeordneten H. sind das Lehrstück für den antisemitischen Diskurs schlechthin. Zum „jüdischen Bolschewismus“ werden historische Fakten erwähnt – Russische Revolution, Münchner Räterepublik – dann werden die Akteure benannt, deren Namen bekannt sind (Leo Trotzki, Bela Kun usw.) unter Verzicht auf alle Protagonisten, die nicht ins Bild passen. Damit ist die Weltrevolution zur jüdischen Affäre gemacht. Dem wird tradiertes Volkswissen beigegeben, das weder verifizierbar noch falsifizierbar ist. Weitere Behauptungen folgen, die wie die Statistik der Menschenverluste nicht nachprüfbar aber durch die „Quelle“ Churchill und „einen Professor“ bei Unbedarften glaubwürdig erscheinen sollen.

Die Technik des antisemitischen Diskurses liegt in der Instrumentalisierung des Vorurteils, in der Beschwörung des Ressentiments, in der raffinierten Erzeugung von Assoziationen und Konnotationen. Eine Quelle (in unserem Beispiel das Pamphlet Henry Fords) wird referiert, ohne dass der Referent sich im juristischen Sinne das Gesagte zu eigen macht. Die scheinbare Distanzierung hat in Wirklichkeit Brückenfunktion. „Wie kommt Ford zu seiner These, die für unsere Ohren der NS-Propaganda vom ‚jüdischen Bolschewismus‘ ähneln?“ fragt der Abgeordnete Hohmann, um mit einem Zitat „des Juden Felix Teilhaber“ zu antworten, das beweist, dass der Antisemit Ford Recht hat.

Mit diesem schlichten Rezept, das Fakten, Legenden, Meinungen, Zitate, rhetorische Fragen solange verquirlt, bis das Publikum zur Schlussapothekose reif ist, die den Zweck der Übung enthüllt, wird Verwirrung gestiftet, die als Klarheit ausgegeben wird: Der Redner suggeriert seinem Publikum, man habe durch gemeinsame Forschungsarbeit

die Erkenntnis gewonnen, „dass der Vorwurf an die Deutschen, schlechthin ‚Tätervolk‘ zu sein“, unberechtigt sei. Dazu hat der Abgeordnete H. den klassischen antisemitischen Diskurs vorgeführt, wie man ihn seit den Reden kennt, in denen im 19. Jahrhundert die „Judenfrage“ erfunden und deren Lösung und „Endlösung“ im 20. Jahrhundert betrieben wurde. Zum Wesen dieses Diskurses gehört, dass die jüdische Minderheit in Anspruch genommen wird, um Probleme nationaler Identität der Mehrheit zu artikulieren. Am Antisemitismus sind aber nicht die Juden schuld. Antisemitismus ist keine Reaktion auf irgendwelches Verhalten oder auf Eigenschaften oder Taten von Juden. Antisemitismus ist ein Problem der Mehrheitsgesellschaft.

Was ist zu tun? Christlich-jüdische Gesprächskreise haben gewiss hohen Aufklärungseffekt – für die Teilnehmer. Potentielle Parolenschmierer und Brandstifter gehören aber kaum dazu. Der Besuch von Gedenkstätten schlägt im günstigen Fall als Grundwissen zu Buche, auf das sich Einsicht gründen lässt. Die rasche Heilung von Ressentiments kann er nicht bringen, ebenso wenig die Immunisierung gegenüber Vorurteilen. Mehr Aufklärung über das Judentum? Die fromme Idee wurde schon vor der NS-Zeit propagiert und praktiziert. Ohne Erfolg, denn Antisemiten sind nicht an jüdischer Realität interessiert, sondern am Ausleben der durch Feindbilder geleiteten Gefühle und am politischen Effekt der Ressentiments. Die Einsicht, dass das Judenbild des Antisemiten ein Konstrukt ist, das durch die Anschauung der Realität der Juden nicht zerstört wird, steht am Anfang der Erkenntnis, dass Antisemitismus ein Defekt der Mehrheitsgesellschaft ist.

Notwendig ist das Erkennen der Zusammenhänge von Aggressionen gegen Minderheiten, von Xenophobie und Antisemitismus. Einsicht in die Wirkungsweise des Vorurteils schafft die Voraussetzung: Feindbilder grenzen aus und stiften dadurch Gemeinsamkeit in der Mehrheitsgesellschaft. Das Gefühl der Einheit, das Minderheiten zu angreifbaren und minderwertigen Fremden macht, ist nur bedingt ein positiver Wert. Wenn Juden als Fremde definiert, wenn Asylbewerber als Kriminelle diffamiert, wenn Ausländer als den sozialen Frieden und Besitzstand

bedrohend empfunden werden, dann spiegeln sich darin Aggressionen und Ängste der Mehrheit, die aufgelöst und überwunden werden müssen. Antisemitismus ist kein aus dem gesellschaftlichen Kontext zu isolierendes Vorurteil gegen eine bestimmte Minderheit, Antisemitismus ist der Prototyp des sozialen und politischen Ressentiments und darum vor allem ein Indikator für den Zustand der Gesellschaft. Diese Einsicht ist der erste Schritt zu seiner Überwindung.

Werner Bergmann

Antisemitismus in Deutschland von 1945 bis heute

Der „Antisemitismus nach Auschwitz“ unterscheidet sich von der traditionellen Judenfeindschaft und von seiner rassistischen Zuspitzung, die nach 1945 wieder an Bedeutung verliert, in folgenden Aspekten: Erstens muss er auf den Völkermord reagieren, sei es durch seine Leugnung oder eine Schuldprojektion auf die Juden, zweitens ist er in den meisten europäischen Ländern ein Antisemitismus ohne Juden, der sich nicht an Konflikten mit den Juden des Landes entzündet und drittens kann Antisemitismus seit 1948 die Form des Antizionismus annehmen und Juden kollektiv für die Politik des Staates Israel haftbar machen.

Erscheinungsform, Verbreitung und politische Instrumentalisierung von Antisemitismus waren in den beiden deutschen Staaten primär vom Systemtyp und vom Ost-West-Konflikt bestimmt. Dem Selbstverständnis der DDR entsprechend war in der sozialistischen Gesellschaft „Antisemitismus mit der Wurzel ausgerottet“, so dass man sich weder politisch noch öffentlich damit zu befassen hatte, etwaige Vorfälle wurden ohne öffentliches Aufsehen geregelt.

Auch in der Bundesrepublik hat man das Problem des fortlebenden Antisemitismus eher auszublenden versucht, doch haben hier Presse und kritische Geister die Aufmerksamkeit immer wieder auf antisemitische Vorfälle gelenkt. Die Bundesrepublik war aufgrund ihres Anspruchs, Erbe des Deutschen Reiches zu sein, der Hauptadressat für Wiedergutmachungsforderungen, für Vorwürfe wegen mangelnder Entnazifizierung und Strafverfolgung von NS-Verbrechen.

Die Besatzungszeit 1945 bis 1949

Kennzeichnend für die frühen Nachkriegsjahre war die Diskrepanz zwischen offizieller Politik und dem Fortbestehen des Antisemitismus in weiten Teilen der Bevölkerung, obwohl die Alliierten mit Plakaten, Fotografien und Filmen – etwa dem KZ-Film „Todesmühlen“ – und in der direkten Konfrontation mit den KZ-Gräueln versuchten, den Deutschen die Folgen der NS-Ideologie vor Augen zu führen. Auch die wiederzugelassenen politischen Parteien verdammt in ihren Gründungsaufufen vom Juni 1945 den Nationalsozialismus und seine Rassenpolitik. Zwar wurde die Ermordung der Juden nicht direkt angesprochen, sie kam jedoch in Begriffen wie Rassenhochmut und Völkerverhetzung zum Ausdruck. Da allerdings die Linksparteien (KPD und SPD) ihrem Selbstbild als Opfer des NS-Terrors entsprechend im ganzen engagierter für die Bestrafung der NS-Verbrechen und für eine Entschädigung der Opfer eintraten als die bürgerlichen Parteien, wurden in der Ostzone die verantwortlichen Nationalsozialisten in größerem Umfang zur Rechenschaft gezogen und erfuhren die NS-Verfolgten eine bessere Behandlung als in den Westzonen. Für diese konstatierte eine Antisemitismus-Analyse der US-Militärregierung 1947, dass die führenden Männer in Politik, Erziehung und Kirche zögerten, das Thema Juden wegen seiner Unpopularität

anzusprechen.¹ Besorgt über das Fortleben der NS-Ideologie auch nach der Niederlage des Dritten Reiches gab im Dezember 1946 die amerikanische Militärregierung für ihre Zone eine Meinungsumfrage in Auftrag, die zu dem erschreckenden Ergebnis kam, dass 40 Prozent als Antisemiten, weitere 22 Prozent als Rassisten, 19 Prozent als Nationalisten und nur 20 Prozent als weitgehend frei von diesen Ressentiments angesehen werden konnten.² Dieses Ergebnis dürfte für die anderen Westzonen ebenso gelten wie für die Ostzone, hatten doch zeitgenössische Beobachter 1946 ein Wiederhervortreten antisemitischer Stimmungen beobachtet, nachdem der Schock der Niederlage und die alliierte Besetzung zunächst zur Vermeidung exponierter Stellungnahmen geführt hatten.³ Die Ressentiments gegen Juden entzündeten sich in diesen Jahren vor allem an Konflikten mit Displaced Persons (DPs), also Ausländern, die sich nach dem Krieg als Überlebende der Lager, als Zwangsarbeiter oder Flüchtlinge auf deutschem Boden befanden, an den Ansprüchen auf Rückgabe geraubten Eigentums und Schwarzmarktgeschäften, während gleichzeitig die Alliierten das öffentliche Leben, Presse und Politik von Antisemitismus freihielten und mit Entnazifizierung, Kriegsverbrecherprozessen und Re-education gegen die NS-Ideologie ankämpften. Eine Welle antijüdischer Tumulte und Friedhofsschändungen, die 1947 Deutschland von der Ostsee bis zu den Alpen durchlief, macht ebenfalls diesen gesamtdeutschen Charakter deutlich. Bis weit in die 1950er Jahre hinein belegen demoskopische Ergebnisse, antisemitische Skandale, Polizeiberichte über den Umgang mit den DPs ebenso wie Berichte jüdischer Zeitzeugen ein massives Fortleben antijüdischer Überzeugungen.

¹ Vgl. Wolfgang Benz: Antisemitismus nach Hitler. Beobachtungen der amerikanischen Militärregierung aus dem Jahre 1947, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 6 (1997), S. 349ff.

² Vgl. Anna Merritt/Richard L. Merritt (Hg.): Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS-Surveys, 1945-1948, Urbana Ill. 1970, S. 146ff.

³ Vgl. die Hinweise in Frank Stern: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus im deutschen Nachkrieg, Gerlingen 1991.

Die 1950er und frühen 1960er Jahre

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurde den Juden von politischer Seite als „Opfern des Faschismus“ bis zirka 1950 bevorzugte Aufmerksamkeit geschenkt, zumal aufgrund der gemeinsamen Leidenszeit in den KZ persönliche Kontakte mit Mitgliedern der SED bestanden.⁴ Doch auch hier kam es – allerdings von offizieller Seite – zu einer Benachteiligung von Juden (und Bibelforschern), die nicht aus politischen Gründen gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten und deshalb aus der privilegierten Kategorie der „Kämpfer gegen den Faschismus“ ausgeschlossen wurden. In den Schwierigkeiten mit jüdischen NS-Opfern zeigten sich auch bei SED-Funktionären die Nachwirkungen eines Antisemitismus, der in den „reichen Juden“ den alten Klassenfeind sah. So sollte in der DDR die Frage der Rückgabe „ariisierten“ Besitzes nach einer anfänglich bestehenden Bereitschaft immer restriktiver behandelt werden. Zwar kam es 1948 zu Regelungen, die für die Verfolgten beachtliche Sozialleistungen vorsahen (Bevorzugung bei Arbeitsuche, Wohnraumbeschaffung, Möbel etc.), doch nur insoweit wie sie selber noch im Lande lebten (zirka 4.500) und ihr Besitz nicht enteignet war, da eine Restitution jüdischen Eigentums „einen Einbruch in unsere neue sozialistische Ordnung bedeuten und eine finanzielle Belastung [...] zugunsten ausländischer Kapitalisten zur Folge hätte“.⁵ Damit wurden viele Juden faktisch ein zweites Mal enteignet.

Hier wird schon deutlich, dass nun der „Kalte Krieg“ zunehmend die Politik bestimmte. Die SED schloss in einer „Säuberungswelle“ von 1949/50 „Westemigranten“, darunter eine ganze Reihe jüdischer Mitglie-

⁴ Vgl. Olaf Groehler: SED, VVN und Juden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland (1945-1949), in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3 (1994), S. 282-302; zur weiteren DDR-Geschichte vgl. Lothar Mertens: Davidstern unter Hammer und Sichel. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945-1990, Hildesheim 1997.

⁵ Zit. n. Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997, S. 66.

der aus. 1952/53 wurde die stalinsche Antizionismus-Kampagne auch in der DDR spürbar. Man machte dem vormaligen hohen SED-Funktionär Paul Merker den Prozess, der kein Jude war, den man aber zionistischer Auffassungen und der „Verschiebung von deutschem Volksvermögen“ bezichtigte, weil er sich für eine Rückerstattung an emigrierte Juden eingesetzt hatte. Stalins Tod rettete ihn wohl vor einem antisemitischen Schauprozess, er blieb jedoch in Haft und wurde 1955 verurteilt, 1956 dann freigesprochen. Der sowjetische Druck und die aufgeladene Atmosphäre während des Slansky-Prozesses in der Tschechoslowakei, in dem führende, vor allem jüdische Kommunisten angeklagt und hingerichtet wurden, wirkten sich auf die Haltung der SED zu den Jüdischen Gemeinden aus, die in ihrer Arbeit behindert und deren Büros vom Staatssicherheitsdienst durchsucht wurden. In der Parteipresse erschienen anti-jüdische Hetzartikel und führende jüdische Gemeindevertreter wurden aufgefordert, den Slansky-Prozess zu billigen, den Antisemitismus in den sozialistischen Staaten als Propagandalüge zurückweisen und Israel als faschistischen Staat denunzieren.⁶ Diesem Druck entzogen sich Anfang 1953 mehrere hundert Juden, darunter die führenden Gemeindevertreter, durch Flucht in den Westen. Dennoch erreichte die Kampagne nicht das Ausmaß wie in der UdSSR und CSR. Mit Stalins Tod und der Rehabilitierung der zuvor als „Bestien der Menschheit“ im *Neuen Deutschland* verleumdeten Kreml-Ärzte endete der Druck auf die jüdischen Gemeinden.

Im Westen wurde die Wiedergutmachung für Juden zu einer wichtigen Frage bei der Reintegration in die internationale Staatengemeinschaft. Wir finden deshalb in der „Vergangenheitspolitik“ der frühen 1950er Jahre ein Nebeneinander der Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten (Ende der Entnazifizierung, Begnadigung von NS-Verbrechern, 131er Gesetz usw.) mit Wiedergutmachungs- und Entschädigungsregelungen, die 1952 im Luxemburger Abkommen mit Israel und 1953 im Bundesentschädigungsge-

⁶ Vgl. Thomas Haury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.

setz einen ersten Abschluss fanden. Die Adenauer-Regierung setzte dies gegen Widerstand aus den eigenen Reihen und in der Bevölkerung durch.

War die antisemitische Interimsperiode von 1950 bis 1953 in der DDR eine staatlich inszenierte, so traten in dieser Phase in der Bundesrepublik antisemitische Tendenzen wieder an die Öffentlichkeit. Dies lag einmal daran, dass mit der Aufhebung des Lizenzierungszwangs nun rechtsextreme Parteien in die Parlamente einziehen und entsprechende Publikationen wieder auf dem Markt erscheinen konnten: Noch heute erhältliche rechtsextreme Zeitungen wie die *Nationalzeitung* und *Nation Europa* (inzwischen: *Nation & Europa*) erschienen 1950/51 zum ersten Mal. Skandale um den der Deutschen Partei angehörenden Bundestagsabgeordneten Hedler, der es in einer Wahlkampfrede dahingestellt sein ließ, ob die „Judenvernichtung das richtige Mittel zur Lösung der Judenfrage“ gewesen sei, um die Aufführung neuer Filme des belasteten „Jud Süß“-Regisseurs Veit Harlan u.a. ließen das Thema und entsprechende Ressentiments wieder hervortreten.⁷ Eine Umfrage von 1952 belegt, dass antisemitische Einstellungen gegenüber 1949 sogar noch angewachsen waren.

Tabelle 1

„Wie ist überhaupt Ihre Einstellung gegenüber den Juden?“⁸

	demonstrativ antisemitisch	gefühlsmäßig ablehnend	reserviert	tolerant	demonstrativ freundlich	kein Urteil
1949	10%	13%	15%	41%	6%	15%
1952		34%	18%	23%	7%	18%

⁷ Vgl. Werner Bergmann: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989, Frankfurt a.M. 1997; Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

⁸ Institut für Demoskopie Allensbach: Ist Deutschland antisemitisch? Ein diagnostischer Beitrag zur Innenpolitik Herbst 1949, Allensbach 1949, S. 39, und Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955, Allensbach 1956, S. 128.

Diese negative Einstellungsentwicklung in den ersten Jahren der Bundesrepublik ist neben den schon genannten Gründen damit zu erklären, dass Staat und Gesellschaft ihre Position zum Judentum, zur Judenverfolgung und zum Staat Israel finden mussten. Der Umgang mit den Juden wurde zum „Prüfstein der Demokratie“ erklärt (so der US-Hochkommissar John McCloy). Intern wurde die Debatte von einer Vielzahl von kleinen Initiativen in den Kirchen (EKD-Synode in Berlin-Weißensee 1950) und in der Öffentlichkeit (Aktion „Friede mit Israel“ 1951) angestoßen, die aber erst durch die Reparationsforderungen Israels zentrale politische Bedeutung erhielt. In der Bevölkerung wurden dieser selbstkritische Dialog und vor allem aber die materiellen Forderungen massiv abgelehnt.⁹ Diese Ablehnung äußerte sich in Form traditioneller antijüdischer Vorurteile (Vorwurf der Geldgier und Rachsucht), die sich durch die jüdischen Forderungen „bestätigt“ sahen. Es waren besonders die junge, im Nationalsozialismus groß gewordene Generation und die Bildungsschicht, die durch ihre aktive Teilnahme am öffentlichen Leben im Dritten Reich auch in starkem Maße dessen Werte und Ideologie übernommen hatte, die massiv antijüdische Einstellungen zeigten.¹⁰

Gegen diese von Zeitgenossen als Renazifizierung wahrgenommene Entwicklung gab es dann eine politische Gegenreaktion. 1952 verbot das gerade eingerichtete Bundesverfassungsgericht die neonazistische Sozialistische Reichspartei (SRP), und die Einführung der Fünf-Prozent-Hürde verhinderte ab 1953 den Einzug rechtsextremer Parteien in den Deutschen Bundestag. Auch der Boykott der Harlan-Filme von Teilen der Bevölkerung, insbesondere von Studenten, die Verur-

⁹ Im August 1952 hielten 54 Prozent der Bundesbürger die Wiedergutmachung an Israel für überflüssig, weitere 24 Prozent für grundsätzlich richtig aber zu hoch, und nur elf Prozent stimmten ihr zu (21 Prozent unentschieden). Vgl. Institut für Demoskopie: Jahrbuch 1956, S. 130.

¹⁰ Dieses Ergebnis wird bestätigt durch die methodisch anspruchsvollere Untersuchung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung von 1951. Vgl. Friedrich Pollock: Gruppenexperiment. Ein Studienbericht, Frankfurt a.M. 1955.

teilung des DP-Bundestagsabgeordneten Hedler sowie der Abschluss des Luxemburger Abkommens mit Israel verdrängte das Thema Juden für einige Jahre aus dem öffentlichen Bewusstsein. Meinungsumfragen zeigen für diese Phase, dass der wachsende zeitliche Abstand zum Dritten Reich, das „Wirtschaftswunder“ und die politische Integration in den Westen bei manchen Bundesbürgern zur Aufgabe antijüdischer Einstellungen führte, wie sich anhand der einzigen über fast fünfzig Jahre wiederholt zum Antisemitismus gestellten Frage feststellen lässt. Es dominierte ein Desinteresse bzw. eine unentschiedene Haltung gegenüber dem Verbleib von Juden im Lande:

Tabelle 2

„Würden Sie sagen, es wäre besser (ist für Deutschland besser), keine Juden im Land zu haben?“¹¹ (in Prozent)

	1952	1956	1958	1963	1965	1983	1987	1998 West	1998 Ost
besser	37	26	22	18	19	9	13	8	10
nein	19	24	38	40	34	43	67	86	82
unentschieden/egal	44	50	40	42	47	48	20	6	8
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Auch in der DDR kehrte nach der antisemitischen Kampagne ab 1953 Ruhe ein, nachdem allerdings viele Juden aus dem öffentlichen und politischen Leben der DDR ausgeschaltet worden waren und dem nach Auflösung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) gebildeten Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR als bloße „Opfer des Faschismus“ nicht mehr angehörten. Außenpolitisch folgte die DDR dem antizionistischen Kurs der UdSSR, schlug da-

¹¹ Institut für Demoskopie: Deutsche und Juden – vier Jahrzehnte danach, Allensbach 1986, Tab. 13; und Jahrbuch der öffentlichen Meinung, Bd. II, Allensbach 1957, S. 126; Forsa: Studie zum Antisemitismus in Deutschland, 1998, Tab. 12.

bei aber unter Berücksichtigung der besonderen deutsch-jüdischen Geschichte eine gemäßigte Linie ein und verhandelte von 1954 bis 1956 in und über Moskau noch mit Israel, das ja von der DDR ihren Anteil (ein Drittel) an der Wiedergutmachung einforderte – allerdings vergeblich, da diese den Standpunkt vertrat, die „wahre Wiedergutmachung“ läge in der Beseitigung der gesellschaftlichen und ideellen Wurzeln des Antisemitismus in der DDR und in der Fürsorge für die im Lande lebenden Juden. Mit ihrer antizionistischen Haltung verfolgte die DDR jedoch auch Eigeninteressen, denn sie pflegte seit Mitte der 1950er Jahre enge Kontakte zu arabischen Regierungen (Ägypten und Syrien), um den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch (Hallstein-Doktrin) zu durchbrechen. Im Suez-Krieg 1956 konzentrierte die DDR ihre Kritik auf England und Frankreich, Israel wurde als „bloßes Werkzeug imperialistischer Kreise“ eingestuft. Es kam aber zum Ausbruch eines Antisemitismus von unten, der sich aus Stimmungsberichten der SED-Kreisleitungen und Briefen von Betriebsbelegschaften und SED-Grundorganisationen ablesen lässt. Die deutschlandpolitische Frontstellung sollte sich noch verschärfen, als die DDR in den späten 1950er Jahren – als Antwort auf ihre Wirtschaftskrise und die anhaltende Fluchtbewegung in den Westen – versuchte, mit Anschuldigungen gegen hochrangige Politiker (wie Adenauers Staatssekretär Hans Globke und den Vertriebenenminister Theodor Oberländer) und Richter die Bundesrepublik als Hort alter Nazis hinzustellen. Zahlreiche Skandale, in denen es um die mangelnde Bereitschaft von Schulbehörden und Gerichten ging, gegen antisemitische Beleidigungen angemessen vorzugehen (z. B. die Fälle des Lehrers Zind, des ehemaligen KZ-Arzt Eisele, des Holzkaufmanns Nieland), die in der bundesweiten Schmierwelle von 1959/60 gipfelten, boten dem eigens dafür gegründeten „Ausschuss für Deutsche Einheit“ genügend Ansatzpunkte, und er schreckte nicht vor der Inszenierung antisemitischer Kampagnen gegen Juden (Drohbriefe) in der BRD zurück. Insbesondere der Eichmann-Prozess wurde von der DDR zum Kampf gegen den „westdeutschen Neofaschismus“ instrumentalisiert. Die DDR-Führung verschwieg, dass parallel zur Schmierwelle in der BRD auch in der DDR

zwischen 1960 und 1962 fast 3.000 Fälle faschistischer Schmierereien und 595 Fälle antisemitische Hetze gemeldet wurden.¹²

In der Bundesrepublik markierte das massive Hervortreten des Antisemitismus einen Wendepunkt, da nun die Defizite in der Vergangenheitsbewältigung öffentlich diskutiert und erste Schritte zu ihrer Beseitigung unternommen wurden. Dies betraf etwa die Verstärkung der politischen Bildung (Gemeinschaftskunde), die Hinwendung zur deutsch-jüdischen Geschichte, die Verabschiedung eines Volksverhetzungsgesetzes (§ 130 StGB), den Beginn einer Revision des christlichen Antijudaismus in den Kirchen usw. Die großen Strafverfahren gegen Verantwortliche des Holocaust (Eichmann-Prozess 1961, Auschwitz-Prozess 1963 bis 1965), die Bundestagsdebatten über die Verjährung von NS-Gewaltverbrechen (1965, 1969, 1979) und die davon angestoßene öffentliche Auseinandersetzung über den kriminellen Charakter des Dritten Reiches und die große Zahl der Mittäter und Wegseher führten bis Ende der 1960er Jahre zu einem Stimmungswechsel in der intellektuell-politischen Debatte, in der nun, sicherlich auch mit verursacht durch einen Generationenkonflikt, die Kritiker der unzureichenden Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik ein Übergewicht bekamen. Auf die Bevölkerungsmeinung hatten diese Debatten allerdings einen gegenteiligen Effekt. Stießen der Eichmann- und der frühe Auschwitz-Prozess noch auf große Aufmerksamkeit und Zustimmung, reagierte man auf den Fortgang der Auseinandersetzung mit Überdruß: die Forderung nach einem Ende der Strafverfolgung und nach einem generellen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit gewann an Zustimmung.¹³ Auch für die DDR lässt sich in

¹² Vgl. zu diesem Themenkomplex Jutta Illichmann: Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945-1990, Frankfurt a.M. 1997.

¹³ Trotz aller Schwankungen in den Ergebnissen lässt sich von 1958 bis Mitte der 1970er Jahre eine abnehmende Bereitschaft erkennen, NS-Verbrecher auch weiterhin zu verfolgen (1958: 54 Prozent; 1965: 38 Prozent; 1974: 25 Prozent), danach nahm sie wieder zu und erreichte in den 80er Jahren die Größenordnung von 1958. Vgl. Institut für Demoskopie: Jahrbuch der öffentlichen Meinung, Bde. III-V, Allensbach

dieser Phase eine stärkere wissenschaftliche, öffentliche und politische Beschäftigung mit dem nationalsozialistischen Antisemitismus konstatieren, nicht jedoch mit jüdischer Geschichte oder den Juden in der DDR.

Die späten 1960er und die 1970er Jahre

Der Nahost-Krieg im Juni 1967 veränderte das Bild Israels grundlegend, das nun als siegreiche Militär- und Besatzungsmacht galt. Die kommunistischen Staaten und die radikale Linke im Westen reagierten mit einer scharfen Wendung zum Antizionismus, der von antisemitischen Tönen nicht frei war. Die DDR spielte dabei keine Vorreiterrolle. Innenpolitisch begann die Parteiführung nun, nachdem man die Jüdischen Gemeinden in den 1960er Jahren unbeachtet gelassen hatte, permanenten Druck auf die Gemeindevertreter, insbesondere auf SED-Mitglieder unter ihnen auszuüben, um sie zu einer öffentlichen Verurteilung der „zionistischen Aggression“ zu bewegen. Mit mäßigem Erfolg, denn die Vorsitzenden suchten sich dieser politischen Indienstnahme zu entziehen, indem sie den religiösen Charakter der Jüdischen Gemeinden betonten. Das Staatssekretariat musste deshalb immer wieder die „unklaren Auffassungen der Gemeindevertreter zur Problematik Israel/Zionismus“ beklagen, die in Israel eher den jüdischen Staat als den imperialistischen Aggressor sehen wollten. Die DDR bestand bei aller antizionistischen Propaganda ideologisch immer auf einem Trennungsstrich zum Antisemitismus.

In der Bundesrepublik kam es mit dem Juni-Krieg zu einer Verkehrung der Positionen, da sich nun große Teile der vorher proisraelischen akademischen Linken antiimperialistisch orientierten und eine israellkritische, ja -feindliche Haltung einnahmen und dabei mit der in dieser Phase erfolgreichen NPD in einem Boot saßen, während die SPD und die Gewerkschaften auf Seiten Israels blieben und große Teile der Bevölkerung und viele Konservative für Israel Partei ergriffen. Auch die Regie-

1965-1974; bzw. Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie: Bde. VI und VIII, Allensbach 1977 und 1984; Emnid-Informationen 1-2/1974, 2/1979, 4/1988.

rung verfolgte im Vergleich zu anderen europäischen Staaten eine proisraelische Linie. Die Identifikation mit den Freiheitsbewegungen der Dritten Welt, darunter der PLO (Palästinensische Befreiungsbewegung), und die antikapitalistische Haltung der radikalen Studenten mündeten in einen scharfen Antizionismus, der in einigen Terrorgruppen sogar zu Anschlägen auf jüdische Einrichtungen sowie zur Zusammenarbeit mit dem arabischen Terrorismus führte, wie sie ja die DDR von staatlicher Seite betrieb. In der westdeutschen Bevölkerung änderte sich damals allerdings durch die Bedrohung Israels die vorher stark proarabische Einstellung zugunsten Israels.¹⁴ Die bewunderten militärischen Erfolge und landwirtschaftlichen Aufbauleistungen Israels hatten Rückwirkungen auf das „Judenbild“: die Stereotype des „feigen“, „schwachen“, „hässlichen“, „zur Handarbeit untauglichen“ Juden sind heute weitgehend verschwunden. Israel wurde als Teil des Westens gesehen und gewann als Opfer arabischer Aggression (man erinnere sich an das Attentat auf die israelischen Sportler während der olympischen Spiele 1972 in München) große Sympathien. Da antisemitische und antiisraelische Einstellungen eng miteinander verbunden sind, sind Rückwirkungen der positiven Einstellungsentwicklung gegenüber Israel auf die Einstellung zu Juden generell zu erwarten. Die Studie von Alphons Silbermann und Herbert Sallen aus dem Jahre 1974 machte jedoch deutlich, dass antisemitische Einstellungen gegenüber 1949/52 zwar zurückgegangen waren, aber noch in einem beträchtlichen Umfang fortbestanden (20 Prozent der Westdeutschen werden als stark antisemitisch eingestuft).¹⁵ Bei ungefähr der Hälfte der Bevölkerung fanden sich noch „Reste antisemitischer Einstellungen“, die aber nicht mehr ein ge-

¹⁴ Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung 1946-1989, Opladen 1991, S. 182.

¹⁵ Alphons Silbermann: Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1982, S. 63 u. Tab. 21; Herbert A. Sallen: Zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse der empirischen Antisemitismusforschung, Frankfurt a.M. 1977.

schlossenes Weltbild bildeten. Dies kann als Resultat eines „Privatisierungsprozesses“ des Vorurteils gedeutet werden, in dem dieses nach dem Verlust seiner politischen Funktionen an Konsistenz verliert.

Der Rückgang des Antisemitismus seit Beginn der 1950er Jahre ist nur zu einem kleinen Teil ein Effekt des Umdenkens in der älteren Generation, den größeren Anteil daran haben die nachwachsenden, bereits in der Bundesrepublik sozialisierten Generationen, die nur zu einem Teil diese Vorurteile übernommen haben. Hier wird ein Trend erkennbar, der sich bis heute fortsetzt. Generations- und Bildungseffekte bewirken heute im Unterschied zur NS-Zeit eine Ablehnung antijüdischer und fremdenfeindlicher Vorurteile: je jünger und besser ausgebildet jemand ist, desto häufiger lehnt er diese ab.

Politisch standen in der Bundesrepublik Antisemitismus und Rechtsextremismus bis 1978 jedoch nicht auf der Tagesordnung, die ganz von der Auseinandersetzung mit dem linken Terrorismus dominiert wurde. Dies änderte sich gegen Ende der 1970er Jahre mit der so genannten Hitler-Welle, mit ausgelöst durch Joachim Fests Hitler-Film, und mit dem Aufkommen militanter neonazistischer Organisationen. Für die Erkenntnis, dass der Mord an den europäischen Juden das zentrale Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands war, hat die Ausstrahlung der amerikanischen TV-Serie „Holocaust“ im Jahre 1979 einen wichtigen und andauernden Anstoß gegeben, denn sie hat eine bis dahin nicht gekannte intensive Diskussion in der Öffentlichkeit und in den Familien ausgelöst. Dieser Film hat dazu beigetragen, dass in den 1980er Jahren der Holocaust ins Zentrum der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus rückte.

Die 1980er Jahre

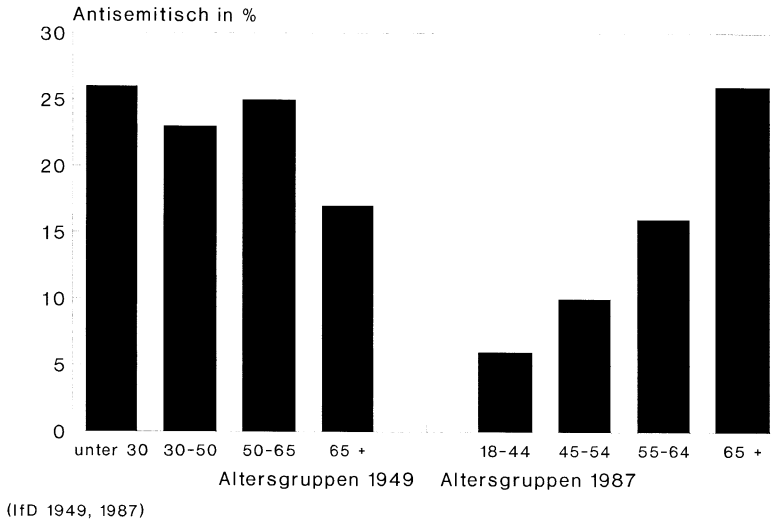
Die 1980er Jahre waren in der Bundesrepublik durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet. Einmal trat in den Jahren 1981 bis 1988 in zahlreichen Affären und Konflikten, von Kohls Diktum von der „Gnade der späten Geburt“ auf seiner Israelreise, über die Bitburg- und die Fass-

binder-Affäre, den Historikerstreit bis hin zur skandalisierten Gedenkrede des Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger anlässlich des 40. Jahrestages der „Reichskristallnacht“ das Problem der adäquaten Erinnerung an die Judenverfolgung in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte – dies hat sich bis heute in der Diskussion um das Holocaust-Mahnmal, die Wehrmachtsausstellung und in der Walser-Bubis-Debatte fortgesetzt. Nur selten ging es um antijüdische Äußerungen (etwa im Fall des CSU-Bundestagsabgeordneten Fellner oder des Korschenbroicher Bürgermeisters Graf Spee), denn auch in der Kontroverse um Rainer W. Fassbinders Theaterstück *Der Müll, die Stadt und der Tod* (1985) stand letztlich die Frage im Mittelpunkt, wieweit das heutige Verhältnis zu Juden noch von der Schuld aus der Vergangenheit geprägt ist. Diese Affären waren der Anlass für eine Reihe von Meinungsbefragungen, die das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden in den zeitgeschichtlichen Kontext von Schuld und Verantwortung gegenüber den jüdischen Opfern stellten. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass zirka 15 Prozent der Westdeutschen als antisemitisch eingestellt zu betrachten sind.¹⁶ Alters- und Bildungsverteilungen wiesen auf einen Rückgang des Antisemitismus in den jüngeren und höher gebildeten Bevölkerungsteilen hin. Der bereits in den 1970er Jahren erkennbare Trend hatte sich weiter fortgesetzt. Wie das folgende Schaubild zeigt, hat sich die Situation zwischen 1949 und 1987, was die Generationenverteilung betrifft, deutlich verändert.

¹⁶ Institut für Demoskopie: Deutsche und Juden 1986; Emnid-Institut: Antisemitismus, Bielefeld 1986; Institut für Demoskopie: Ausmaß und Form des heutigen Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, Allensbach 1987; Emnid-Institut: Zeitgeschichte, Bielefeld 1989. Vgl. dazu die Analysen in Bergmann/Erb 1991.

Schaubild 1

Generationenvergleich 1949 und 1987



Die Einstellung zu Juden ist eng mit der „Vergangenheitsbewältigung“ verbunden, doch tritt mit der Ausländerfeindlichkeit, der Auseinandersetzung um das Asylrecht, der Frage des Zusammenlebens mit Einwandererminoritäten und der Nutzung dieses Themas durch erstarkte rechtsextreme Parteien ein neuer Kontext für den Antisemitismus hinzu, da die Einstellung gegenüber Juden nun auch als eine Form von Xenophobie betrachtet wird.

In der DDR entwickelte sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine veränderte Einstellung zu den jüdischen Gemeinden. Dies hat drei Gründe: Einer ist außenpolitischer Natur. Die DDR-Führung wollte den mit der Perestrojka größer gewordenen Spielraum für die Verbesserung der Beziehungen zu den USA nutzen und setzte dabei auch auf amerikanisch-jüdische Organisationen. Ein weiterer Grund ist die Entdeckung des historischen und kulturellen deutsch-jüdischen Erbes, die zu einer größeren staatlichen Unterstützung für die Gemeinden führte. Diese Hinwendung

zur jüdischen Geschichte war auch durch die Konkurrenz zum Westen motiviert, dessen Medien und Wissenschaft sich den Juden in der DDR zuzuwenden begannen. Ein dritter Grund ist darin zu sehen, dass der Nahostkonflikt nicht mehr zum Instrument ideologischen Drucks auf die Juden in der DDR diene, da die Ostblockstaaten in den frühen 1980er Jahren ihre antizionistische Politik abschwächten und schließlich fallen ließen. Durch die Wende von 1989 wurde diese außen- wie innenpolitische Umorientierung abgebrochen, und der ersten frei gewählten DDR-Volkammer blieb im April 1990 nur noch übrig, die Juden um Verzeihung für die „Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande“ zu bitten.

Das vereinte Deutschland

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurden sogleich zwei Umfragen durchgeführt, um zu prüfen, ob die Sorgen über autoritäre und antisemitische Einstellungen unter der ostdeutschen Bevölkerung berechtigt wären.¹⁷ Übereinstimmend zeigen beide Studien eine wesentlich geringere Verbreitung des Antisemitismus in Ost- verglichen mit Westdeutschland (vier bis sechs Prozent zu 12 bis 16 Prozent), ein Ergebnis, das von späteren Umfragen bis 1996 bestätigt worden ist. Eine Antisemitismus-Studie von 1998 deutete erstmals darauf hin, dass sich die Ostdeutschen beim Antisemitismus dem „Westniveau“ anzugleichen beginnen: jeweils 20 Prozent wurden als antisemitisch eingestuft.¹⁸ Die Antwortverteilungen auf die

¹⁷ Umfrage des American Jewish Committee vom 1. bis 15. Oktober 1990, vgl. David A. Jodice: *United Germany and Jewish Concerns. Attitudes Toward Jews, Israel, and the Holocaust*, American Jewish Committee 1991; im Oktober bis Dezember 1990 vgl. Reinhard Wittenberg/Bernhard Prosch/Martin Abraham: *Antisemitismus in der ehemaligen DDR*, in: *Tribüne* 30 (1991), S. 102ff.

¹⁸ Forsa 1998, Tab. 6. Für sechs Statements wurden für schwache, mittlere und starke Zustimmung jeweils ein, zwei oder drei Punkte vergeben, was eine Skala von

Fragen zur Einstellung zu Juden in den jüngsten Rechtsextremismusstudien bestätigen diese Entwicklung.¹⁹ Der Vergleich der Antwortverteilungen auf drei Fragen der Forsa-Studie von 1998 und des Allbus 1996 ergibt, dass die Angleichung zwischen Ost und West einer gegenläufigen Entwicklung entspringt:

Tabelle 3

Einstellung zu Juden: 1996 und 1998 im Vergleich

Frage	Jahr	West	Ost
Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss	1996	28	15
	1998	22	19
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen	1996	48	35
	1998	42	39
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig	1996	17	13
	1998	17	18

Daten: Allbus 1996; Forsa 1998

null bis 18 Punkten ergab. Ab sechs Punkten wurde ein Befragter als latent antisemitisch eingestuft. Eine Erhebung von 1999 entdeckte auch keine Ost-West-Differenzen mehr: Oliver Decker/Elmar Brähler: Antisemitische und autoritäre Einstellungen im vereinten Deutschland – Ergebnisse einer Repräsentativbefragung, in: psychosozial, H. 2/2000, S. 31ff.

¹⁹ Jürgen W. Falter und Kai Arzheimer fanden keine signifikanten Ost-West-Unterschiede: die westdeutschen Erwachsenen lagen allerdings immer einige Prozentpunkte über den ostdeutschen (Rechtsextremismus unter Jugendlichen in Deutschland 1998 im Vergleich zum Jahre 1994. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mainz 1998, S. 10f.); Richard Stöss/Oskar Niedermayer: Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik, im Frühsommer 1998, Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums Nr. 1, Freie Universität Berlin 1998; Richard Stöss/Oskar Niedermayer: Rechtsextreme Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg, 2000; Tab. 1.

Für einen negativen Meinungstrend unter Ostdeutschen sprechen auch das Ergebnis spezieller Jugendstudien (s.u.) sowie die deutlichen Stimmengewinne rechtsextremer Parteien seit 1998, nachdem sie Anfang der neunziger Jahre bei Wahlen in den neuen Ländern sehr schlecht abgeschnitten hatten, was auf ein Verblassen antifaschistischer Überzeugungen hinweist. Die 1994, 1998 und 2000 wiederholte Frage „Auch heute noch ist der Einfluss von Juden zu groß“ deutet für 2000 ebenfalls darauf hin, dass eine Abnahme antisemitischer Einstellungen im Westen zusammentrifft mit einer anhaltenden Zunahme im Osten, so dass deren Verbreitung dort inzwischen gleich, wenn nicht höher ist als in Westdeutschland.²⁰ Umfragen des Jahres 2002 widersprechen allerdings diesem Trend. Sie zeigen wiederum das ältere Muster aus den frühen neunziger Jahren mit deutlich weiter verbreiteten negativen Einstellungen unter Westdeutschen.²¹ Hier könnte es sich angesichts der aufgeheizten Diskussion über den Nahost-Konflikt und der „Möller-Affäre“ im Frühjahr 2002 um einen „Periodeneffekt“ handeln, da möglicherweise West- und Ostdeutsche in unterschiedlicher Weise

²⁰ Jürgen W. Falter: Rechtsextremismus in Deutschland: Die Entwicklung des Einstellungspotenzials 1994 bis 2000, in: Perspektive: Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz, Dezember 2000, S. 12; der gleiche Trend zeigt sich bei der Frage zur sozialen Distanz „Juden passen nicht zu uns“.

²¹ Im Oktober 2002 schrieben 23 Prozent der Westdeutschen und nur acht Prozent der Ostdeutschen den Juden „zuviel Einfluss in unserer Gesellschaft zu“, jeweils 43 Prozent zu 29 Prozent stimmten dem Statement „Heute, ebenso wie in der Vergangenheit, üben die Juden zu viel Einfluss auf die Weltgeschehnisse aus“ vollkommen bzw. eher zu. Siehe: American Jewish Committee: Die Einstellung der Deutschen zu Juden, dem Holocaust und den USA, November 2002, Tab. 4 und 14; hingegen folgte ebenfalls 2002 die Antwortverteilung auf die Frage „Die Juden sind mitschuldig, wenn sie gehasst und verfolgt werden“ dem neuen Muster: 28 Prozent der West- und 29 Prozent der Ostdeutschen stimmten hier eher zu, vgl. Der Spiegel: Umfrage zum Antisemitismus, Juni 2002. In der gleichen Umfrage finden wir hingegen bei der Frage, ob Juden auf der Welt zuviel Einfluss hätten, eine weitaus höhere Zustimmung bei den Westdeutschen: 33 Prozent, Ostdeutsche 17 Prozent.

darauf reagiert haben. Für einen Periodeneffekt spricht auch der Anstieg negativer Antworten gegenüber den späten 1990er Jahren.²²

1990 galt ein Ost-West-Unterschied für alle abgefragten Dimensionen (antijüdische Stereotypen, die Bereitschaft zur Erinnerung und Wiedergutmachung, für eine weitere Strafverfolgung von NS-Verbrechern) mit Ausnahme der Haltung zu Israelis und der Einschätzung des Zionismus, der von einer gleich großen Minderheit in Ost- und Westdeutschland als Rassismus beurteilt wurde. Hier schlug die jahrzehntelange antiisraelische Politik und Propaganda in der DDR durch. Nimmt man zu diesem Befund noch hinzu, dass Umfragen und Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern bis vor kurzem nur eine geringe Akzeptanz des politischen Rechtsextremismus zeigten, dann kann man die These aufstellen, der antifaschistische Konsens der DDR habe den Nationalsozialismus und alle mit ihm verbundenen Erscheinungen gründlicher diskreditieren können, weil er Bestandteil eines geschlossenen ideologischen Systems war, das jede Form politisch unliebsamer Äußerungen aus der Öffentlichkeit verbannte. Demgegenüber hat eine demokratisch pluralistische Gesellschaft immer damit zu rechnen, dass es abweichende politische Meinungsspektren gibt, die ihre Sicht öffentlich präsentieren. Bei der Bewertung der Umfrageergebnisse muss man natürlich auch berücksichtigen, dass Ost- und Westdeutsche von einem je spezifischen historischen Hintergrund aus urteilen: die größere Zustimmung zur Wiedergutmachung zum Beispiel mag in Ostdeutschland darauf beruhen, dass die DDR-Regierung derartige Zahlungen verweigert hat, während die Westdeutschen die

²² Eine im April 2002, also in der Hochphase der in Deutschland heiß diskutierten Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern, durchgeführte Umfrage zeigt, dass der Anteil derer, die dem Statement „Ich kann gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind“ zustimmen, von 1999 auf 2002 von 20 Prozent auf 36 Prozent dramatisch angestiegen ist (Ostdeutsche: 18 Prozent auf 31 Prozent, Westdeutsche: 21 Prozent auf 37 Prozent). Vgl. Elmar Brähler/Horst Eberhard Richter: Politische Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung, Juni 2002, Abb. 1.

Wiedergutmachungsverpflichtungen als erfüllt ansehen und weiteren Forderungen ablehnender gegenüberstehen.

Hatten Meinungsumfragen 1990 ein beruhigendes Bild geliefert, so nahm die reale Entwicklung mit der 1991 einsetzenden Welle fremdenfeindlicher Gewalt, neonazistischer Demonstrationen und antisemitischer Anschläge einen ganz anderen Verlauf. Der Rückschluss von der eskalierenden Gewaltwelle auf eine negative Einstellungsentwicklung in der Bevölkerung liegt zwar nahe, trifft aber in diesem Fall nicht zu. Wie die Analyse der Tatverläufe und Täterstrukturen ergeben hat, wurde 1991 bis 1992, angeheizt durch die Asyldebatte, die große Mehrheit der fremdenfeindlichen Straftaten von Gruppen junger Männer begangen, dies gilt ebenso für antisemitische Straftaten der Jahre 1993 bis 1995.²³ Dies rückte die Jugend in den Mittelpunkt des öffentlichen wie wissenschaftlichen Interesses.²⁴ Bevölkerungsbefragungen belegen, dass wohl die Besorgnis in der Bevölkerung über das Hervortreten von Antisemitismus seit 1990 zugenommen hatte, dass die Einstellungen aber stabil geblieben waren.²⁵ Während sich für die Westdeutschen in den jüngeren Kohorten (18 bis 45 Jahre) das Bild eines Einstellungssockels von zirka fünf Prozent Antisemiten ergab, ließ sich für die Ostdeutschen eine etwas andere Verteilung feststellen. Auch hier waren 1990 die über

²³ Vgl. Helmut Willems u.a.: *Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation*, Opladen 1993; Rainer Erb: *Antisemitische Straftäter der Jahre 1993 bis 1995*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 6 (1997) S. 160ff.

²⁴ Hans-Uwe Otto/Roland Merten (Hg.): *Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch*, Bonn 1993; empirische Studien: Peter Förster/Walter Friedrich/Harry Müller/Wilfried Schubarth: *Jugend Ost: Zwischen Hoffnung und Gewalt*, Opladen 1993; Dietmar Sturzbecher/Peter Dietrich/Michael Kohlstruck: *Jugend in Brandenburg '93*, Potsdam 1994.

²⁵ Emnid-Institut: *Antisemitismus in Deutschland*, Bielefeld 1992; Jennifer Golub: *Current German Attitudes toward Jews and Other Minorities*. New York 1994; Institut für Demoskopie: *Umfragen Nr. 5064, 5074, 5075, 5076*, April 1992 bis Februar 1993; Elisabeth Noelle-Neumann: *Rechtsextremismus in Deutschland* (im Auftrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung), Allensbach 1993.

45-Jährigen im Durchschnitt häufiger antisemitisch eingestellt als die unter 45-Jährigen, es war hier jedoch die mittlere Altersgruppe der 31- bis 44-Jährigen, die den geringsten Anteil an Antisemiten aufwies. Für die 18- bis 30-Jährigen lag er leicht höher. Hier deutete sich 1990 bereits an, dass in den neuen Bundesländern insbesondere junge Erwachsene und Jugendliche anfällig für fremdenfeindliche und antisemitische Parolen waren. Jugendstudien, die auch die Altersgruppen ab 14 Jahren einbezogen, haben sich vor allem auf die neuen Länder konzentriert, so dass für diese Altersgruppe der 14- bis 18-Jährigen keine Vergleichsdaten aus Westdeutschland vorliegen. Antisemitische Vorgaben fanden bei den ostdeutschen Jugendlichen eine unerwartet hohe Zustimmung (zwölf Prozent in Sachsen/Sachsen-Anhalt 1992), die noch übertroffen wurde von nationalistischen (50 Prozent) und fremdenfeindlichen Aussagen (29 Prozent).²⁶ Auf eine negative Entwicklung wies damals hin, dass es die jüngsten, nämlich die 14- bis 18-Jährigen waren, die ein beachtliches antisemitisches Potential zeigten: 14 Prozent stimmten dem Statement „Die Juden sind Deutschlands Unglück“ zu, dies taten nur fünf Prozent der 18- bis 20-Jährigen und nur ein Prozent der 25- bis 26-Jährigen. Das antisemitische Potential lässt sich über die deutliche Bildungs- und Geschlechtsdifferenz sowie nach der politischen Orientierung noch genauer eingrenzen: es waren die männlichen Lehrlinge, die sich ausgeprägt antisemitisch äußerten (33 Prozent lehnten Juden ab, weibliche Lehrlinge: zehn Prozent), bei den Schülern der 11./12.Klassen waren es 16 Prozent – Mädchen vier Prozent. Bei der politischen Selbsteinstufung waren es die nach rechts tendierenden Jugendlichen, die am häufigsten diesen Statements zustimmten. Die Leipziger Jugendforscher, die bereits im Wendejahr 1990 eine Jugendstudie durchgeführt hatten, stellten bei deren Replikation 1992 fest, dass sich rechtsextreme Orientierungen, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft unter ostdeutschen Jugendlichen in diesen zwei Jahren verstärkt hatten. In den Studien der Folgejahre variiert das Bild der Einstellung

²⁶ Förster u. a. 1993, S. 114ff.

der Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren in den empirischen Untersuchungen erheblich, je nachdem, ob man repräsentative Bevölkerungsumfragen oder aber spezifische Jugendstudien heranzieht. Eine Umfrage des Forsa-Instituts zum Thema „Deutsche und Juden 1996“ ließ eine, wenn auch nicht sehr ausgeprägte Fortsetzung des seit den 1960er Jahren bestehenden positiven Trends erkennen, wonach jüngere Altersgruppen seltener antisemitische Einstellungen hegen als die älteren Generationen. Auch die Zustimmungen zu antijüdischen Items im ALLBUS 1996 ergaben, dass in der Generation der 18- bis 29-Jährigen der Anteil antisemitischer Befragter am kleinsten ist. Dies bestätigt auch die Forsa-Umfrage von 1998, in der zehn Prozent der 14- bis 20-Jährigen als antisemitisch eingestuft werden (25- bis 49-Jährigen: zwölf Prozent, 50 bis 65 Jahre: 28 Prozent, über 65 Jahre: 38 Prozent).²⁷ Demgegenüber weisen Jugendstudien der letzten Jahre für die junge Generation in Ostdeutschland auf eine negative Einstellungsentwicklung hin.²⁸ Während in der Erwachsenenbevölkerung die komparativen Studien von 1990, 1991, 1994 und 1996 weniger Antisemiten unter Ostdeutschen identifizierten,²⁹ hat sich bei den Jugendlichen das Verhältnis umgekehrt: in den Vergleichsstudien zwischen Brandenburger Jugendlichen und solchen aus Nordrhein-Westfalen liegt der Anteil antijüdischer Einstellungen bei den ostdeutschen zwei- bis zweieinhalb mal so hoch. Dabei kann man für NRW regelrecht eine Rangordnung von der Haupt- über die Real- und die Gesamtschule zum Gymnasium ziehen.

²⁷ Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. ALLBUS 1996. Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln und Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), 1996; Daten für 1998: Forsa 1998.

²⁸ Rudolf Weiskopf/Ronald Freytag/Dietmar Sturzbecher: Antisemitismus unter Jugendlichen in Ost und West, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 9 (2000), S. 35ff.

²⁹ Vgl. Jodice 1991; Emnid 1992; Golub 1994.

Tabelle 4

Antijüdische Vorurteile

	Brandenburg	NRW
8./9. Klasse	34,2 %	11,5 %
10./11. Klasse	21,7 %	7,9 %
12./13. Klasse	10,4 %	5,5 %
1. Jahr als Auszubildender	33,8 %	20,0 %
2. Jahr	32,8 %	21,5 %
3. Jahr	44,2 %	25,6 %

Die Problemgruppe der jungen Männer mit relativ geringer Schulbildung und wenig ausgeprägten kognitiven Fähigkeiten dominiert auch in den Einstellungskategorien „Ausländerfeindlichkeit“ und Rechtsextremismus. Fasst man die Ergebnisse dieser Jugendstudien und der oben zitierten Bevölkerungsumfragen zusammen, so kann man sagen, dass der Antisemitismus unter den Ostdeutschen sich nach einer Phase der Stabilität seit kurzem dem höheren Niveau im Westen anzugleichen beginnt und dass er sich vor allem in einer Subpopulation, nämlich in der Jugend, insbesondere bei wenig gebildeten, handarbeitenden und rechtsorientierten Männern, weiter verbreitet und radikalisiert hat. Dieser Befund wird durch Presseberichte über antisemitische Vorfälle und durch Wähleranalysen erhärtet, wonach der Wahlerfolg der rechtsextremen DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (1998) und Brandenburg (1999) im wesentlichen auf das Konto der 18- bis 30-Jährigen Männer ging. Die Ursachen für die besondere Anfälligkeit der ostdeutschen Jugend sind vor allem in den tiefgreifenden und krisenhaften Transformationsprozessen in den neuen Ländern zu suchen, die einerseits zu einer radikalen Neuorientierung zwingen, die andererseits in der Phase der Auflösung sozialer und staatlicher Institutionen auch günstige Handlungsmöglichkeiten boten. Allerdings kann keiner der heute diskutierten Erklärungsansätze (Modernisierungsverlierer-Ansatz, Individualisierungsthese oder sozialpsychologische Vorurteiltheorien)

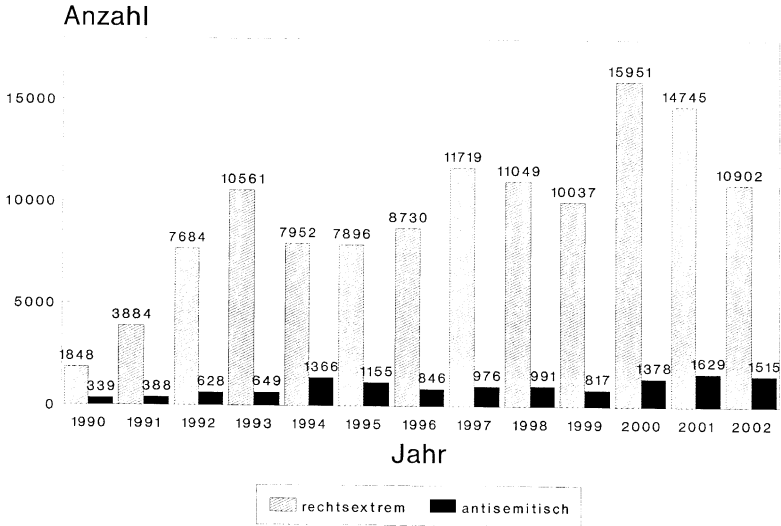
das Ausmaß antisemitischer Vorurteile befriedigend erklären.³⁰ Die Arbeitslosigkeit der Väter wie auch die Schulbildung und der Nationalstolz bilden die erklärungskräftigsten Variablen. Bei persönlichkeitsbezogenen Variablen weisen externe Kontrollüberzeugungen, das heißt ein gewisses Gefühl der Fremdsteuerung und eigenen Ohnmacht, einen statistisch signifikanten Zusammenhang mit Antisemitismus auf, während etwa Zukunftsoptimismus keine Rolle zu spielen scheint.

Gesetzesverletzungen mit antisemitischem Charakter nahmen ab 1991 im Zuge der fremdenfeindlichen Gewaltwelle stark zu, doch war der Anstieg prozentual geringer als bei ausländerfeindlichen Straftaten und erreichte seinen Höhepunkt mit einer charakteristischen Zeitverzögerung. Ziel der rechtsextremen Mobilisierung waren zunächst nicht Juden oder jüdische Einrichtungen. Nachdem die Zahl rechtsextremer Straftaten durch Organisationsverbote (1992) und die Gegendemonstrationen ab 1994 wieder abgesunken war, ist seit 1996 ein Wiederanstieg zu erkennen, der 1997 und 1998 noch über dem Höhepunkt von 1993 lag. Die antisemitischen Straftaten folgen 1997 und 1998 diesem Trend. Niedriger liegt die Zahl antisemitischer Gewalttaten mit jeweils 11 Fällen in den Jahren 1996/97 und 16 in den Jahre 1998 und 1999 verglichen mit dem Höhepunkt der Gewaltwelle 1993: 72; 1994: 68; 1995: 27.

³⁰ Manuela Mühl/Olaf Müller/Thomas Saalfeld: Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und politische Gewaltbereitschaft unter Dresdner Schülern. Ergebnisse der „Dresdner Schülerbefragung“ (1994/95). Forschungsbericht, Dresden o. J.

Schaubild 2

Rechtsextremistische Straftaten 1990-2002



Tätliche Angriffe auf Juden sind – wie ja auch die Juden in Deutschland – selten, es dominieren Propagandadelikte (Schmier- und Plakataktionen) sowie Volksverhetzung/Beleidigungen. Die Brand- oder Sprengstoffanschläge sowie andere Formen der Sachbeschädigung richten sich gegen Mahnmale, Gedenkstätten oder jüdische Friedhöfe und nicht so sehr – wie im Fall der Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte oder einzelne Ausländer – gegen die zeitgenössischen jüdischen Gemeinden und ihre Mitglieder. Diese sehen sich allerdings telefonischen Drohungen und Schmähbriefen ausgesetzt. Eine 1990 von Alphons Silbermann und Herbert Sallen unter deutschen Juden durchgeführte, allerdings nicht repräsentative Untersuchung weist jedoch eher auf den Ausnahmecharakter

solcher Vorfälle hin.³¹ Von den Befragten hielt zwar ein nicht geringer Teil viele Deutsche für antisemitisch, doch hatte kaum einer persönlich Diskriminierungen am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft erfahren.

Die Bevölkerung lehnt antijüdische Aktionen ab: 90 Prozent fordern heute eine Bestrafung antisemitischer Täter (sechs Prozent lehnen sie ab). Zum Vergleich: 1949 waren nur 41 Prozent für eine Bestrafung und 15 Prozent lehnten sie ab. Die Ablehnung von Gewalt gegen Ausländer ist dagegen weit geringer: Hier zeigten im Dezember 1991 27 Prozent der Westdeutschen und 13 Prozent der Ostdeutschen Verständnis für rechtsextreme Aktionen. Die Bevölkerung ist im übrigen mit großer Mehrheit dafür, antisemitische Gruppen zu verbieten (80 Prozent im Jahre 1990), nur eine Minderheit von zwölf Prozent sprach sich dagegen aus, unter den 18- bis 29-Jährigen sogar nur sieben Prozent. In keinem anderen europäischen Land, so haben vergleichende Studien ergeben, werden Rechtsextremisten im sozialen Umfeld von einem so großen Bevölkerungsanteil abgelehnt wie in Deutschland (Dezember 1992: 77 Prozent West – 79 Prozent Ost).

Formen aktiver Diskriminierung finden allenfalls bei einer winzigen Minderheit radikaler Judenfeinde Zustimmung. Anders ist es bei der Frage der nationalen Zugehörigkeit und Gleichberechtigung der Juden. So unterstützte 1987 zwar eine Mehrheit von 70 Prozent die völlige Gleichbehandlung der Juden, doch stimmten die anderen 30 Prozent ja nicht zu. 15 Prozent waren dagegen, dass Juden in Deutschland Beamte oder Minister werden können. Ungefähr ein Zehntel der Deutschen würde es überdies begrüßen, wenn die Juden Deutschland verließen (siehe oben Tabelle 1). Bei diesem Befund ist allerdings nicht auszuschließen, dass manche der Befragten mit Juden nicht automatisch die Assoziation „deutsche Staatsbürger“ verbinden, sondern an ausländische Juden und Israelis denken. 1998 war für 75 Prozent der Befragten

³¹ Vgl. Alphons Silbermann/Herbert Sallen: Juden in Westdeutschland. Selbstbild und Fremdbild einer Minorität, Köln 1992.

ein Jude, „der in der Bundesrepublik geboren und aufgewachsen ist“ eher ein Deutscher als ein Jude, für 14 Prozent eher ein Jude (1987 lag das Verhältnis bei 65 Prozent zu 20 Prozent, damals waren 15 Prozent unentschieden). Dies spricht für einen hohen Grad an nationaler Akzeptanz, die auch durch die Untersuchung der sozialen Distanz gegenüber den Juden in Deutschland bestätigt wird.

Erfasst man die Haltung zu Juden als gegenwärtig in Deutschland lebende Minderheit über Fragen zur Exklusion, so ändert sich das Bild: die Ost-West-Differenz, die ja im antisemitischen Vorurteil bis 1996 deutlich ausgeprägt war, verschwindet. In Westdeutschland hat die Ablehnung der Rolle der Juden als Kritiker der deutscher Vergangenheitspolitik nicht dazu geführt, auch einen persönlichen Kontakt mit ihnen zu meiden: gegenüber 21 Prozent antisemitisch Eingestellter äußerten in der Allbus-Studie von 1996 nur elf Prozent eine Exklusionsneigung. Offenbar existieren hier zwei Einstellungskomplexe nebeneinander: Juden als Opfer des Nationalsozialismus und als Mitbürger heute. Die Exklusionsneigung gegenüber Juden als anwesende Minderheit wird erst interpretierbar, wenn man sie mit der zu anderen Gruppen vergleicht.

Tabelle 5

Soziale Exklusion³²

Gruppe	Starke Exklusionsneigung	
	Westdeutsche	Ostdeutsche
Juden	11,2 %	13,4 %
Italiener	6,9 %	12,4 %
Aussiedler	11,2 %	13,5 %
Türken	32,7 %	35,4 %
Asylbewerber	41,9 %	44,2 %

³² Die Exklusion wurde über die Items Nachbarschaft, Einheirat und rechtliche Gleichbehandlung gemessen.

Die Tabelle zeigt, dass die Juden ähnlich wie die deutschstämmigen Aussiedler und die Italiener weitgehend akzeptiert werden. Hingegen ist die Abgrenzung gegenüber Türken und Asylbewerbern stärker ausgeprägt. Im Fall der Türken führen kulturell-religiöse Differenzen und ihr zumeist geringer beruflicher Status bei einem größeren Teil der Deutschen zur Exklusion als gegenüber der bürgerlichen, sozial unauffälligen Gruppen der Juden und der Italiener. Ihr Lebensstil wird deutlich seltener als vom eigenen verschieden angesehen. Ostdeutsche äußern häufiger eine Exklusionsneigung gegenüber allen Gruppen, was vor allem deshalb bemerkenswert ist, weil sie zu diesen Gruppen bisher kaum Kontakte haben.

Die Juden scheinen unter den ethnischen Minderheiten eine ganz spezifische Position zu besitzen. Sie werden primär im Kontext der deutsch-jüdischen Vergangenheit wahrgenommen, hingegen kaum mit den komplexen Einwanderung, Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie Belastung des Sozialsystems in Verbindung gebracht. Aus der öffentlichen, schulischen, medialen und wissenschaftlichen Präsenz dieser Vergangenheit und ihren Nachwirkungen erklärt sich auch, das relativ weit verbreitete und differenzierte „Wissen“ der Deutschen über Juden, Judentum, Israel und deutsch-jüdische Geschichte. Wissen meint hier nicht genaue Kenntnis, sondern ein im Vergleich zu den anderen Gruppen differenziertes Wissen. Dieses Wissen ist allerdings sehr stark durch den Fokus NS-Vergangenheit und die daraus abgeleiteten Probleme (Schuld, Wiedergutmachung, Verantwortung) sowie tradierten antijüdischen Vorstellungen (Macht der Juden, Geldgier usw.) strukturiert, während über die Juden als gegenwärtig im Lande lebende Minderheit den meisten wenig bekannt ist (18 Prozent der Befragten wählten 1996 bei der Frage nach dem Lebensstil die Antwortkategorie „weiß nicht“). Sie werden im Vergleich zu allen anderen ethnischen Minderheiten in ihrem Lebensstil als den Deutschen am ähnlichsten eingeschätzt, und die soziale Distanz ihnen gegenüber als Nachbarn oder Arbeitskollegen ist gering. Gegenüber der Wahl eines jüdischen Ehepartners sind, vermutlich wegen der religiösen Differenz, Vorbehalte weiter verbreitet (28 Prozent), die in ihrem

Umfang der Ablehnung einer Heirat mit einem Aussiedler oder einem in Deutschland lebenden Italiener entsprechen.

Fazit

Eine vorläufige Bilanz der Entwicklung des Antisemitismus in der Bundesrepublik über fast fünf Jahrzehnte kann einen Rückgang feststellen, der sehr langsam, zäh und diskontinuierlich verlaufen ist, da er weniger auf Einstellungsänderungen bei den antisemitisch geprägten älteren Generationen beruhte als vielmehr darauf, dass nach 1945 Politik, Öffentlichkeit und Schule, gegen eine weitere Tradierung des Vorurteils angekämpft und ein liberales, demokratisches Wertsystem vermittelt haben. Mit der Gründung der Bundesrepublik auf der Basis demokratischer, rechtsstaatlicher und humanistischer Werte war zwar das Programm der Gesellschaft gegenüber dem Dritten Reich radikal umgestellt worden, es brauchte jedoch Jahrzehnte, bis entsprechende Einstellungen die Institutionen verändert haben und in der Bevölkerung mehrheitlich vertreten wurden. Die moralisch fundierte Erwartung, die Deutschen hätten nach 1945, nachdem sie die volle Kenntnis über den Holocaust erlangt hatten, ihre antisemitische Einstellung sofort aufgeben müssen, verkennt einmal den Charakter von Einstellungsstrukturen, die auch aufgrund dissonanter Erfahrungen nicht sogleich geändert werden können, zum anderen die Tatsache, dass die Existenz einer „Judenfrage“ seit dem Kaiserreich zum *common sense* gehört hatte. Es musste zunächst einmal die Einsicht verbreitet werden, dass es auf diese Frage keine Antwort gibt, es sei denn eine antisemitische, dass daher die „Judenfrage“ als falsch gestellt gänzlich aufgegeben werden muss.³³

³³ In der Nachkriegszeit verurteilten viele die NS-Judenverfolgung, hielten aber an ihrer Überzeugung fest, die „Judenfrage“ hätte auf irgendeine Weise gelöst werden müssen, etwa über eine Ausweisung der Juden, Berufsbeschränkungen, rechtlich minderen Status und ähnliches.

Erst von diesem Ausgangspunkt her ist der relative Erfolg in der Bekämpfung antisemitischer Einstellungen zu erkennen. Noch immer stimmen beachtliche Teile der Bevölkerung einzelnen antijüdischen Aussagen zu, doch verdichtet sich diese Zustimmung nur bei einem „harten Kern“ zu einem geschlossenen antisemitischen Vorurteilskomplex. Dieser hat nicht nur quantitativ an Bedeutung verloren, er hat auch seine Qualität und Motivation geändert. Es geht bei ihm heute nicht primär um rechtliche Gleichstellung, religiöse Toleranz, wirtschaftliche Konkurrenz, sondern um ein Ressentiment, das sich als „sekundärer Antisemitismus“ aus den Problemen im Umgang mit der NS-Vergangenheit, insbesondere mit dem Holocaust ergibt.

Verglichen mit fremdenfeindlichen Einstellungen und Aktionen spielt Antisemitismus in Deutschland eine deutlich geringere Rolle. Er ist allerdings weiterhin zentraler ideologischer Bestandteil des Neonazismus und Rechtsextremismus, der mit dem Internet ein „ideales“ Verbreitungsmedium besitzt, das die Strafverfolgung sehr erschwert. Neu ist im deutschen und europäischen Kontext, dass sich im Zusammenhang des andauernden Nahostkonflikts über die Judenfeindschaft Verbindungen dieser rechtsextremen Szene zu radikal-islamistischen Gruppierungen ergeben haben und dass sich etwa in der Welle antijüdischer Gewalt im Frühjahr 2002 auch Täter aus diesem Umfeld und aus der Gruppe sozial desintegrierter Jugendlicher mit arabisch-islamischen Hintergrund finden. Die Analyse von Antisemitismus wird sich noch stärker als bisher über die nationale Perspektive hinaus mit den internationalen Entwicklungen befassen müssen.

Gerhard Scheit

Von Rainer Werner Fassbinder zu Martin Walser

Antisemitismus in der deutschen Literatur nach 1945

Wer über Antisemitismus spricht, hat es immer mit einer Art Antinomie zu tun: Antisemitismus soll zwar durchsichtig werden (seine ideologischen Mechanismen und psychologischen Voraussetzungen), aber die Tatsache, dass einer Antisemit ist, hat so unerklärlich zu bleiben, wie der Umstand, dass es das falsche Ganze überhaupt gibt, das den Antisemitismus stets aufs Neue hervorbringt. So wie sie im Innersten zusammengehören – der Antisemit und die Gesellschaft, die ihn produziert –, darf ihnen keine Gelegenheit gegeben werden, sich wechselseitig zu entlasten.

Das Thema Antisemitismus in der Literatur zu behandeln, erweist sich dafür als guter Prüfstein: Ein Stück oder ein Roman ist nur das Ensemble der antisemitischen Verhältnisse, die sich darin niederschlagen und ihm zugleich den Erfolg bringen können, aber warum der Autor es gemacht hat, lässt sich damit nicht begründen. Gibt er das allgemein herrschende Ressentiment bloß wieder – so wird es gerade dadurch, dass er es bloß wiedergibt, intensiviert.

Es geht im folgenden um die Obsession, den Hass auf die Juden ‚spielbar‘ und erzählbar zu machen, ihn in Szene zu setzen und als Roman zu verkaufen. Dieses merkwürdige obsessive Bedürfnis, jene, die man hasst, verfolgt, vertreibt und ermordet, gleichzeitig mit verteilten Rollen *zu spie-*

len, kann in der Tat besonderes Interesse beanspruchen. Die Juden ‚nachzumachen‘, ihre vermeintliche Ausdrucksweise im Sprachlichen und Gestischen zu imitieren, scheint essentiell zu sein; es zeugt vom Genuss, den der Antisemit empfindet: er bannt darin seine Ängste und lebt sich gleichzeitig aus; er artikuliert das Verbotene, und bekundet zugleich seine Verachtung dafür. In der *Dialektik der Aufklärung* sprechen Theodor W. Adorno und Max Horkheimer davon, dass der Antisemit „ohne offenkundige Verletzung des Realitätsprinzips, gleichsam in Ehren, der mimetischen Verlockung nachgeben“ könne: „Was als Fremdes abstößt, ist nur allzu vertraut [...] Sie können den Juden nicht leiden und imitieren ihn immerzu. Kein Antisemit, dem es nicht im Blut läge, nachzuahmen, was ihm Jude heißt.“¹ Solche Verkörperung ist der *physische* Modus der Projektion und erlaubt es wie kein anderer, sich abzugrenzen und zugleich einzufühlen – in der Einfühlung sich abzugrenzen.

Die besondere Lust an der Imitation der Geächteten unterscheidet den Antisemitismus auch von anderen rassistischen Einstellungen, selbst von den naheliegenden Projektionen, die in ‚Zigeunern‘ und ‚Hexen‘ ihr Ziel finden. Nicht von Vorurteilen, sondern von *Beschwörungen* wäre auszugehen – und beschworen wird mit dem Feindbild des ‚Juden‘, des ‚Zigeuners‘ oder der ‚Hexe‘ etwas jeweils Verschiedenes und auf verschiedene Weise. Für den Antisemitismus ist das Moment der Verkörperung eine Schlüsselfrage: Mögen seiner Phantasie Gottesmörder oder Wucherer, schöne Jüdinnen oder ewige Juden, Ritualmörder oder raffende Kapitalisten entspringen – sie ist stets vom selben Wunsch besessen: das Unheimliche des abstrakt gewordenen Reichtums, das ‚sich selbst vermehrende‘ Geld zu *personifizieren*. Diese Rolle wird dem Judentum zugedacht – doch gespielt wird sie vom Antisemiten. Nur wenn dieser sich in ‚den Juden‘ – also in sein eigenes Hirngespinnst – ‚hineindenkt‘ und ‚einfühlt‘, erscheint die Verkörperung des Geldes durch ‚den Juden‘ überzeugend. Autor, Darsteller und Publikum glau-

¹ Theodor W. Adorno/Max Horkheimer: *Dialektik der Aufklärung*. Philosophische Fragmente, Frankfurt a. M. 1978, S. 163ff.

ben damit des Unheimlichen endlich habhaft zu werden – und fördern doch nichts anderes zutage als ihr eigenes verborgenes Wesen. Die Tradition reicht von den Passionsspielen des späten Mittelalter bis zum *Jud Süß*-Propagandafilm des Nationalsozialismus.²

Daran hat sich auch nach 1945 nichts geändert. Es tritt aber etwas hinzu: die Verarbeitung der Vernichtung, die bereits stattgefunden hat. Sie ist es, die deutschem Antikapitalismus und deutscher Innerlichkeit neuen Antrieb gibt – wie sich nirgendwo deutlicher als in den Werken von Rainer Werner Fassbinder und Martin Walser zeigt.

Der Müll, die Stadt und der Tod

In seinem Stück *Der Müll, die Stadt und der Tod* von 1976 nahm Rainer Werner Fassbinder Konflikte zum Ausgangspunkt, die im deutschen Finanzzentrum Frankfurt bei der Umwandlung eines Wohngebiets, des Westends, zum Bankenviertel, eskalierten. Der Autor kommentiert die Konzentration auf die Figur des „reichen Juden“ folgendermaßen: „Die Stadt läßt die vermeintlich notwendige Dreckarbeit von einem, und das ist besonders infam, tabuisierten Juden tun, und die Juden sind seit 1945 in Deutschland tabuisiert, was am Ende zurückschlagen muß, denn Tabus, darüber sind sich doch wohl alle einig, führen dazu, daß das Tabuisierte, Dunkle, Geheimnisvolle Angst macht und endlich Gegner findet.“³ Fassbinder äußert sich hier, als hätte er ein Stück im Stile von Brechts *Arturo Ui* geschrieben. Das Problem jedoch ist, dass er das Dunkle, Geheimnisvolle, Angstmachende, das vom Tabuisierten ausgehe, selber als ein dramatisches Wirkungsmittel verwendet, und gerade darin das Judentum seinerseits instrumentalisiert.

² In meinem Buch *Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus* (Freiburg 1999), woran dieser Aufsatz anknüpft, habe ich versucht, Kontinuität wie Brüche in dieser Tradition aufzuzeichnen.

³ Rainer Werner Fassbinder: *Sämtliche Stücke*, Frankfurt a.M. 1991, S. 728f.

„Dieser Jude“, sagt Fassbinder über seine Figur, „ist reich, ist Häusermakler, trägt dazu bei, die Städte zuungunsten der Menschen zu verändern; er führt aber letztlich doch nur Dinge aus, die von anderen zwar konzipiert wurden, aber deren Verwirklichung man konsequent einem überläßt, der durch Tabuisierung unangreifbar scheint.“⁴ Dieser Jude aber verwirklicht nicht nur, wofür andere letztlich verantwortlich sind, er *verkörpert* es vor allen Dingen. Es geht also bei dieser „Enttabuisierung“ nicht darum, dass ein jüdischer Kapitalist ebenso wie ein nicht-jüdischer auf der Bühne dargestellt werden soll. Dieser Realismus, den man dem Stück zugute hält, ist nur Schein, denn an der Rolle selbst zeigt sich, dass die Figur des Juden – und sie allein – mit dem Kapital identisch gemacht wird: „Es muß mir egal sein, ob Kinder weinen, ob Alte, Gebrechliche leiden. Es muß mir egal sein. Und das Wutgeheul mancher, das überhör ich ganz einfach. Was soll ich auch sonst. Mit schlechtem Gewissen mir Krankheiten auf den Buckel laden? Die Krätze oder die Pest? [...] Soll meine Seele geradestehen für die Beschlüsse anderer, die ich nur ausführe mit dem Profit, den ich brauche, um mir das leisten zu können, was ich brauche. Was brauch ich? Brauche, brauche – seltsam, wenn man ein Wort ganz oft sagt, verliert es den Sinn, den es ohnehin nur zufällig hat.“⁵

Die Personifizierung des Kapitals in Gestalt des Juden folgt dem bewährten Muster – aber schier unglaublich ist die Konsequenz, mit der das bei Fassbinder geschieht. Die Inkarnation ist vollendet, wenn die Figur nicht mehr anzugeben weiß, wofür sie den Profit eigentlich brauche. Sie verliert buchstäblich jeden Sinn an den einen einzigen Zweck, den das Kapital kennt – den Profit, die Akkumulation. Dabei versperrt Fassbinder der Figur die Möglichkeit, sich im Dialog zu verallgemeinern – die Eigenschaften, die ihr zugeschrieben werden, auch in den anderen sichtbar zu machen. Der „reiche Jude“ Fassbinders monologisiert beständig –

⁴ Ebd.

⁵ Alle Zitate aus dem Stück sind der Ausgabe: Rainer Werner Fassbinder: Sämtliche Stücke, Frankfurt a.M. 1991, entnommen.

und gerade das macht ihn so dunkel, so unheimlich – zumal der Rückzug aus dem Dialog selbst noch ‚ökonomisch‘ begründet wird: „Ich hab die Dialoge satt, die voll von Lügen sind und nichts als Zeit in Anspruch nehmen, die jeder für sich selber besser brauchen kann.“

Es ist die Dämmerung der Nachkriegsära, in der Fassbinders „reicher Jude“ auf der Bühne und im Film auftaucht. Mit ihm, dem die Stadtverwaltung die „Dreckarbeit“ überlässt, wird in Deutschland früh schon die Deregulierung beschworen. Seit dem Dahinscheiden des Wirtschaftswunders beginnt der Staat mehr und mehr Funktionen an den Markt abzugeben: er überlässt etwa die Regulation von Wechselkursen und Zinssätzen den Finanzmärkten, und damit gewinnt das zinstragende Kapital durchaus neuen Stellenwert. In Frankfurt wurden dabei damals für die Expansion des Banken- und Versicherungssektors die ersten größeren räumlichen und technischen Voraussetzungen geschaffen. Statt diesen Prozess aber zu analysieren, greift Fassbinder – mag er noch so antiautoritär sich gebärden – auf sehr traditionelle, vor allem deutsche Erzählweisen und Darstellungsformen zurück, die eben ohne die Personifizierung des Kapitals nicht auskommen.

Die nationalsozialistische Vergangenheit wird dabei nicht verdrängt, im Gegenteil: sie wird zum ständigen Referenzpunkt einer neugewonnenen Mythisierung des Judentums. Darin folgt Fassbinder dem Roman *Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond* von Gerhard Zwerenz, von dessen Sujet und Figuren das Stück angeregt wurde.⁶ Bei Zwerenz heißt es über die analoge Figur des reichen Juden: „Abraham tauchte die moralischen Kategorien in das vergossene Blut seiner Ahnen, aus dem sie als Kategorien der Nützlichkeit, der Strategie und Taktik wieder hervorka-

⁶ Vgl. hierzu die genaue Darstellung des Romans und des Stücks einschließlich der verschiedenen Fassungen und der sich anschließenden Kontroversen bei Janusz Bodek: Die Fassbinder-Kontroverse. Entstehung und Wirkung eines literarischen Textes. Zu Kontinuität und Wandel einiger Erscheinungsformen des Alltagsantisemitismus in Deutschland nach 1945, seinen künstlerischen Weihen und seiner öffentlichen Inszenierung, Frankfurt a.M. u.a. 1991, S. 107ff.

men.“⁷ Das Wissen über den Massenmord an den Juden verleiht dem Antisemitismus in den Nachfolgestaaten des Dritten Reichs neuen Antrieb – und der von ihm betriebenen Identifikation von Judentum und Kapital ungeahnte Kohäsionskraft: Fassbinders „reicher Jude“ in *Der Müll, die Stadt und der Tod* hat seine Eltern (vermutlich) in den Gaskammern verloren – und gerade dies wird als Voraussetzung dafür hingestellt, dass er ungestört seinem Profit in Deutschland nachjagen kann. Die Mechanismen der „Schuldabwehr“ und Schuldumkehr, die in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre vom neugegründeten Institut für Sozialforschung in Frankfurt empirisch erkundet und theoretisch untersucht wurden, blieben offenbar nicht allein auf die Täter- und Mitläufergeneration beschränkt: „Wenn die Wahrheit oder zumindest Elemente der Wahrheit von den Abwehrmechanismen verarbeitet werden, vollzieht sich durchweg eine Verschiebung. Man verkehrte die eigene Schuld in die der anderen, indem man Fehler, welche diese begangen haben sollen, zur Ursache dessen erklärt, was man selbst getan hat [...] Der Projektionsmechanismus ist wesentlich mit Rationalisierung verbunden, und es fällt angesichts der Virtuosität des Rationalisierens oft überaus schwer, eine Grenze zu ziehen zwischen dem zweckmäßigen Versuch, durch Aufmachung eines Schuldkontos für den Partner sich selbst zu entlasten, und der unbewußten und zwanghaften Übertragung eigener Neigungen und Triebtendenzen auf andere, denen man daraus Vorwürfe macht.“⁸ Solche in Deutschland und Österreich eingeübten Strategien der Nachkriegszeit erhalten für eine neue Generation Bedeutung: die linken Söhne und Töchter, die mit ihren Eltern in der Frage des Antisemitismus nicht gebrochen haben, spielen sich nun das alte Verfahren der Schuldumkehr als tabulose antikapitalistische Haltung vor.

Als eigentliche Kontrahenten der ‚reichen Juden‘ entwirft Fassbinder im Stück wie auch in den Filmen, in denen jüdische Figuren exponiert wer-

⁷ Gerhard Zwerenz: *Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond*, Frankfurt a.M. 1973, S. 103.

⁸ Theodor W. Adorno: *Schuld und Abwehr. Eine qualitative Analyse zum Gruppenexperiment*, Gesammelte Schriften Bd. 9/2, Frankfurt a.M. 1985, S. 232f.

den,⁹ meist einzelne Frauenfiguren aus dem Milieu der Prostitution, des Nachtlebens, des Filmbetriebs; und immer wieder stellt er ihren sozialen oder physischen Abstieg dar, um ihn mit dem Aufstieg eines Juden oder einer Jüdin zu kontrastieren. Im Stück *Der Müll, die Stadt und der Tod* ist es die Prostituierte Roma B., die gleich einer Heiligen, alle Menschlichkeit der Stadt in sich vereinigt, wie umgekehrt der „reiche Jude“ alle Unmenschlichkeit verkörpert. Sie übernimmt also in diesem neuesten Frankfurter Passionsspiel die Rolle von Jesus: „Ich will dies Leben nicht mehr leben. Ich wills verschenken, mich zum Opfer machen, der Stadt zuliebe, die Opfer braucht, um sich lebendig zu erscheinen, und nicht zuletzt um mich zu retten vor dem Tod im Leben, der mich denen gleichmacht, die vergessen haben, was das ist, ihr Leben. Die stumpf geworden sind und sprachlos und sich glücklich wähnen und vergessen, daß sie eigentlich nicht sind, und denen keine Zähne wachsen, sich im Dschungel zu behaupten. Ich danke ab, Gott. Ziehe Leine. Ich werde einen finden, der mich glücklich macht.“ In der Wendung, dass die Stadt Opfer brauche, um sich lebendig *zu erscheinen* – also nicht um lebendig zu bleiben oder zu werden – blitzt ein Moment von Selbstreflexion auf, um dann sofort im Vollzug des Opfers zu verschwinden. Der weibliche Jesus findet den, der ihn glücklich macht, natürlich im „reichen Juden“, der nicht zögert, seine Krawatte zu nehmen und Roma B. zu erwürgen. Es ist ein Mord ohne Motiv – also ein Opfer; aber ein Opfer in christlichem Sinn – also zu Lasten eines erfundenen Judentums, das man zur Durchführung des Opfers phantasiert:

ROMA B. Wir brauchen die Lieder, die von Liebe singen.

DER REICHE JUDE Sie sind verzweifelt. Aber Ihre Verzweiflung ist nichts wert. Man handelt nicht mit dieser Sorte von Verzweiflung.

ROMA B. Ich hatte nicht vor, Geschäfte zu machen.

⁹ Vgl. zum Antisemitismus in den Filmen Fassbinders: Gertrud Koch: Die Einstellung ist die Einstellung. Visuelle Konstruktionen des Judentums, Frankfurt a.M. 1992.

DER REICHE JUDE Wenn Sie mich verletzen wollen, das gelingt Ihnen nicht.

[...]

ROMA B. Vielleicht sind es abermals Sie, den ich brauche.

DER REICHE JUDE Sie haben sich bereits Gedanken gemacht?

ROMA B. Ja. Ich will sterben.

DER REICHE JUDE Das ist die beste Lösung. Da sind wir uns einig.

Statt des „reichen Juden“ wird schließlich der unschuldige Mann und Zuhälter der Ermordeten als Täter verhaftet. Bei Fassbinder kann Shylock ohne Schwierigkeiten das Stück Fleisch, das er möchte, aus dem lebenden Körper der Stadt schneiden – die Obrigkeit selbst unterstützt ihn dabei, wie einstmals die Römer die Juden, als es darum ging, Jesus zu kreuzigen. Die Komödie vom *Kaufmann von Venedig* regrediert zum *Passionsspiel*: mit tödlichem Ausgang und Menschenopfer und jüdischem Täter. Nur dass statt der abendländischen Christenheit die deutsche Stadt steht, für die das Opfer der Liebe gebracht wird.

Tod eines Kritikers

Das Leitmotiv von Martin Walsers Roman *Tod eines Kritikers* lautet: „Eine Figur, deren Tod man für vollkommen gerechtfertigt hält, das wäre Realismus.“¹⁰ Es stammt vom Helden des Romans, dem Schriftsteller Hans Lach, wird aus dessen fiktivem Buch *Der Wunsch, Verbrecher zu sein* zitiert und von verschiedenen Romangestalten immer wieder aufgegriffen. Mit dem Schicksal von Hans Lach und seinem Text hat Walser ebenso spielerisch wie planvoll das Schicksal seines Romans vorweggenommen: Lach soll den Kritiker André Ehrl-König ermordet haben. Es stellt sich

¹⁰ Alle Zitate ohne weitere Angaben sind Martin Walsers Roman *Tod eines Kritikers*, Frankfurt a.M. 2002, entnommen.

heraus, dass eigentlich alle diesen Tod wünschten und doch fällt die Öffentlichkeit über den vermeintlichen Mörder her. Ähnlich ergeht es Walser: er spricht aus, was viele nur denken, rechnet endlich mit dem Großkritiker Marcel Reich-Ranicki ab, den er in der Gestalt Ehrl-Königs karikiert – in der Öffentlichkeit aber ist erst noch zu beweisen, dass es sich eben nicht um ein antisemitisches Buch handle.

Ehrl-König selbst tritt im Roman – abgesehen von einer Episode, die kurz vor dem letzten Teil, der „Verklärung“, mitgeteilt wird – nicht auf, das heißt das erzählerische Ich, ein Professor, der über Mystik arbeitet, kennt ihn gar nicht, sondern erfährt über ihn nur durch andere: das ermöglicht es, den Ekel, den die verschiedenen Personen gegenüber Ehrl-König empfinden, immer wieder aufs Neue zu artikulieren. Das Opfer kann dabei fortwährend imitiert werden: seine Aussprache („doitsche Schschscheriftstelerrr“), seine Mimik („Ehrl-Königs Mund reichte vor nichts als Lächeln auf beiden Seiten bis zu den Ohrläppchen“), seine Stimme und seine Gesten („mit Händen und Füßen und wild kreisendem Kopf und einer sich bis zum Überschlagen steigenden Stimme“).

Dem Körperlichen wird dabei nicht zufällig in Zusammenhang mit der Abstammung besonderes Augenmerk zuteil: Ehrl-Königs Vater war Bankier, es kursiert auch das Gerücht, er sei Pferdehändler gewesen: jedenfalls „eine schauderhafte Gestalt, klein, dicklich, große Ohren, die Mutter hat er, als sie siebzehn war, geschwängert“; der Sohn sehe nicht anders aus: die Ohren, „der stets das überentwickelte Kinn überwölbende Wulstmund. Es ist also durchaus zutreffend, was Marcel Reich-Ranicki über diesen Roman geäußert hat: er sei eine „neue deutsche Mordphantasie“, hetze gegen Juden, folge „hier und da“ dem Vorbild des Nazi-Kampfblatts *Der Stürmer*.¹¹

¹¹ „Wo also, frage ich noch einmal, ist der Grund zu Angst und zur Trauer? Ganz einfach: Schon sind rund hundertfünfzigtausend Exemplare dieses Buches im Umlauf, eines Romans, der gegen die Juden hetzt, der hier und da dem Vorbild des *Stürmer* folgend, Ekel hervorrufen möchte. Welche Folgen werden sich daraus ergeben? Ich weiß es nicht, denn ein solcher Roman ist nach 1945 in deutscher

Was dem Autor dieser Mordphantasie Jude heißt, ist dabei nicht unbedingt einer, der Jiddisch oder ‚Judendeutsch‘ spricht. Walser zielt in der Imitation auch weniger auf die vom Polnischen geprägte Ausdrucksweise Reich-Ranickis (Ehrl-König kommt nämlich aus Lothringen), es geht ihm offenbar um solche Momente der Aussprache, die so etwas wie eine Über-Assimilation ans Deutsche hörbar werden lassen: also die Versuche Ehrl-Königs, das Deutsche besonders deutlich und deutsch zu sprechen mit rollendem „rrr“, „oi“ statt „eu“ usw., und gerade dadurch zu glänzen und Unverwechselbarkeit zu gewinnen. Zugleich lenkt der Autor den Blick immer wieder auf die Übertriebenheit der Gestikulation und der Mimik des Kritikers. Gerade die Aussichtslosigkeit der Assimilation soll zur Schau gestellt werden.

Der Ekel prägt hier ganz besonders den *physischen* Modus der Projektion. Den sexuellen Konnotationen kommt dabei die größte Bedeutung zu. Nicht nur wird mit kaum unterdrücktem Neid beschrieben, wie oft und welche Frauen der Großkritiker verführen kann, auch wenn er Literatur betreibt, wird er „uns als ejakulierender Penis vorgeführt“;¹² das Publikum klatscht sich dem „Orgasmus“ entgegen, Ehrl-König sinkt dann zurück in seinen Sessel, spricht nur noch „kraftlos“ und „fast erlöschend“. Hier gerät der alkoholisierte Hans Lach in fröhlicher Runde in Fahrt – es handelt sich um eine Schlüsselstelle des Romans, denn in Wirklichkeit ist der Held natürlich nicht vom Alkohol berauscht: „Man müßte mit den Kameralenten reden, daß sie ihm einmal mit dem Zoom aufs Mundwerk fahren, daß endlich mal das weiße Zeug, das ihm in den Mundwinkeln bleibt, groß herauskäme, der vertrocknete Schaum ... Scheißschaum, gellte Bernd Streiff, das ist sein Ejakulat. Der ejakuliert doch durch die Goschen, wenn er sich im Dienst der deutschen Literatur aufgeilt.“ Zugleich wird der geile Verführer jedoch als lächerlicher

Sprache noch nicht veröffentlicht worden. Ich weiß es nicht, ich fürchte mich.“ Marcel Reich-Ranicki: Was ich empfinde. Über eine neue deutsche Mordphantasie, München und den Geist der Erzählung. Dankesrede zur Verleihung der Ehren doktorwürde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12.7.2002.

¹² Jan Philipp Reemtsma, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 27.6.2002.

Impotenter hingestellt, werden die Fehlfunktionen seines Geschlechtsorgans hervorgehoben: Er verlasse den Raum, wenn von Prostata-Problemen die Rede sei, und seine Frau sagt über ihn: „Seine unbremssbare Ejakulation. Also, er ist die Nullbefriedigung schlechthin.“

Ekel ist nach Walter Benjamin die Angst, vom verhassten Objekt als dessengleichen erkannt zu werden. Um diese Selbsterkenntnis unmöglich zu machen, stellt der Antisemit dem Juden und seinen sexuellen Begierden eine andere, eine reine Welt gegenüber. Sie wird bei Walser durch den Erzähler selbst, sowie Hans Lach, die Verlegersgattin Julia Pelz und das junge Originalgenie Mani Mani repräsentiert. Das ist das andere Deutschland – und es hat gegen Ehrl-König eine Niederlage erlitten: „Besiegt zu sein, das ist ein Zustand, der von keinem Argument berührt oder gemildert werden kann. Das erlebte ich an Hans Lach. Du kannst andere beschuldigen, aber du weißt: du allein bist die Ursache deiner Niederlage. Siehe doch Deutschland.“

Was Hans Lach in seinen vom Erzähler eingeschobenen Textpassagen unmittelbar zum besten gibt, erhält durch den Erzähler eine quasi philosophische und wissenschaftliche Ergänzung. Der erzählende Professor schreibt nämlich seinerseits an einem Buch mit dem Titel *Von Seuse zu Nietzsche*. Er „schlüpft“ dabei als eine Art Gegengift zum „Giftzweig“ Ehrl-König „die vor Unschuld brausende Seusesprache ... Bis zum Nichtsein sich lassen, sich Nicht-Ich sein lassen, bis daraus Ichsagen gelernt wird, wenn man Fichte heißt, und als Goethe und Nietzsche dann ernten. Nichts als Sprache gründet diesen Weg, aber nachher fühlt es sich an, als sei man ihn wirklich gegangen. Andererseits, daß die Sprache mindestens aus soviel Natur wie Geschichte besteht, erlebt man an solchen Texten mit einem Gefühl, das gemischt heißen darf. *Den schlechtesten, sichersten weg zu der höchsten nehisten warheit* ... Daß uns die tausend Überlieferer *schlechtesten* in irgendeine Sackgasse haben geraten lassen, daß wir mit *schlechthin* nichts mehr anzufangen wissen, weil wir das *schlicht* nicht mehr darin sehen, das doch drinsteckt! Wie viel schöner gräbt's sich da als im Gehege der Schuld.“ Dieser Boden, in dem der Autor seinen Erzähler ungehemmt wühlen lässt, wird von Julia Pelz mit

dem Begriff des „Saturnischen“ ganz ähnlich herbeibeschworen. Als zentrale Frauengestalt ist diese Figur – nach dem Schema der Romantik – idealisiert: die übliche Verkörperung des männlichen Ideals, eine deutsche Muse, die aber mit Picasso realiter geschlafen haben soll.

Die Gegenwelt, die sich hier konstituiert, ist also christlich und geht zugleich über das Christentum hinaus. Wie eben Julia Pelz auch keine christliche Jungfrau mehr ist, so wird in dem, was sie sagt, deutlich, dass es sich um eine Unschuld und eine Schlichtheit jenseits von Gut und Böse handelt – um das Sein ganz im Heideggerschen Sinn: „Saturn ist die Zeit vor der Zeit. Und nach ihr. Die absolute Anti-Utopie. Fort und fort frißt er die eigenen Kinder. Hans Lach ist der gequälte Christ, der sich helfen kann zuerst nur mit Delirium, dann mit der Tat. Ehrl-König war die Operettenversion des jüdisch-christlichen Abendlandes, das Antisaturnische schlechthin.“

Das saturnische Sein steht dem „Guten“ der Aufklärung – und dessen Vertreter Ehrl-König und Wesendonck (eine Anspielung auf Habermas) – unversöhnlich gegenüber. Julia Pelz sagt, sie habe, wenn sie sich gegen Ehrl-König eingenommen fühle, „immer gespürt, daß sie damit gegen das Gute votiere, denn er verkörperte ja das Gute schlechthin, immer im Dienste der Aufklärung, wie außer ihm allenfalls noch Wesendonck, der inzwischen ja deutlich Kreuzschmerzen hat vor lauter aufrechtem Gang. Und sie war dagegen. Nannte ihr Dagegensein dann allmählich saturnisch. Wissend, daß das Ersatzwörter seien für ein tiefer sitzendes Gefühl: es gibt das Gute nicht, das ist ihr Gefühl. Und wenn einer das Gute repräsentiert, dann lügt er.“

Verständlich, dass der den ganzen Roman erzählende Professor für deutschen Irrationalismus von dieser Frau, die sich ihrerseits zu Hans Lach hingezogen fühlt, beeindruckt ist: „Sie tendiert antiuniversalistisch. Eine Frau, eine Ichkraft, grellste Selbständigkeit, schneidendste Unabhängigkeit. Ich spürte, daß sie mich mehr beschäftigte, als ich wollte.“

Exkurs zu Peter Handkes Die Lehre der Sainte-Victoire

Peter Handke hat 1980 in einer Essay-Erzählung ebenfalls eine Karikatur von Reich-Ranicki angefertigt – und auch hier ist es ein Gegenbild zu einem bestimmten Begriff vom Sein. Allerdings handelt es sich hier nicht um einen „satirisch“ gemeinten „Gesellschaftsroman“, sondern um eine Art Kunst-Märchen: *Die Lehre der Sainte-Victoire*. Das epische Ich wandert durch die Landschaften, die Cézanne gemalt hat, sie dienen ihm als Anstoß, ein poetologisches Programm zu formulieren – und darin vor allem zur Bebilderung seiner jüngsten Erfahrungen mit Heidegger: „Heimkehr ins Sein“ also, „Verwandlung und Bergung der Dinge in Gefahr“. Das ist zunächst die Abkehr vom Realismus der siebziger Jahre: von „der Meinung, das Wirkliche, das seien die schlechten Zustände und die unguten Ereignisse; und die Künste seien dann wirklichkeitsgetreu, wenn ihr Haupt- und Leitgegenstand das Böse ist, oder die mehr oder weniger komische Verzweiflung darüber.“ Dagegen setzt das Handkesche Ich dieser Erzählung die „Verwirklichung des reinen, schuldlosen Irdischen: des Apfels, des Felsens, eines menschlichen Gesichts. Das Wirkliche war dann die erreichte Form; die nicht das Vergehen in den Wechselfällen der Geschichte beklagt, sondern ein Sein im Frieden weitergibt.“¹³ Wie es um dieses Sein bestellt ist, geben die Bild-Interpretationen zu erkennen – Cézanne bei den Bauern im Schwarzwald: sie „thronen ... ohne besondere Insignien, in einem erdfarbenen Grund, den sie als ihr Land besitzen.“¹⁴

Diese Identität wird gestört durch die Bestie von Puylobier – einem Hund auf dem Gelände einer Kaserne der Fremdenlegion: „Sein Körper wirkte bunt, während Kopf und Gesicht tiefschwarz waren. ‚Sieh dir das Böse an‘, sagte ich. Der Schädel des Hundes war breit und erschien trotz der hängenden Lippen verkürzt ... Sein Leib war kurzhaarig, glatt und

¹³ Peter Handke: *Die Lehre der Sainte-Victoire*, Frankfurt a.M. 1980, S. 20 f.

¹⁴ Ebd., S. 35.

gelbgestromt.“¹⁵ (Bei Walser wird immer wieder der „berühmte gelbe Cashmere-Pullover, den der Kritiker ... um seine Schultern geschlungen trage,“ hervorgehoben). Marcel Reich-Ranicki weiß, dass diese Gestalt auf ihn gemünzt ist¹⁶ und Handke hat das selbst auch offen ausgesprochen.¹⁷ Zunächst glaubt man in Handkes Erzählung aus dem Jahre 1980 auf eine eher harmlose, märchenhafte Vorwegnahme des Literarischen Quartetts zu stoßen: „In einer Brüllpause, während er um Atem rang, geschah nur das lautlose Tropfen von Geifer. Dafür bellten die übrigen, was sich freilich eher temperamentlos und rhetorisch anhörte.“ Im nächsten Moment heißt es aber bereits weniger harmlos: „zu sehen war auch die Qual des Tiers, in dem sich gleichsam etwas Verdammtes umtrieb.“ Worin dieses Verdammte besteht: dass der Hund in „seiner von dem Getto vielleicht noch verstärkten Mordlust jedes Rassenmerkmal verlor und nur noch im Volk der Henker das Prachtexemplar war.“¹⁸

Die Karikatur ist Teil einer Allegorie, mit der Handke sein poetologisches Programm illustriert: „Er, der Wachhund, im Gelände; und ich im Gefilde (für das er naturgemäß keine Augen hatte, weil das Wirkliche für ihn einzig sein Sperrgebiet war).“¹⁹ Diese Bestie, die an anderer Stelle auch „Spottgeburt eines Menschen“ bezeichnet wird, frisst Papier

¹⁵ Ebd., S. 56.

¹⁶ Vgl. hierzu Marcel Reich-Ranicki: *Mein Leben*, Stuttgart 1999, S. 446.

¹⁷ „In der *Lehre der Sainte-Victoire* ist ein langes Kapitel über den Kerl aus Frankfurt, wo er als Hund auftritt Ja mich hat, was der schreibt, vor zehn Jahren, das gebe ich zu, sehr beschäftigt, weil er dachte, nun hätte er mich endgültig zur Strecke gebracht. Da habe ich mir gesagt, na, jetzt werden wir mal schauen. Ich glaube, dass ihm der Geifer noch immer von den Fangzähnen tropft. ... Ein besonderes Phänomen ist auch, wie oft diese Groteskgestalt parodiert wird. Ich kenne viele, die finden ihn amüsant. Die haben gar keinen Stolz. Die sagen, wenn der einmal stirbt, wird man das sehr bedauern. Dem kann ich nun nicht beipflichten.“ Vorabdruck aus Georg Pichler: *Die Beschreibung des Glücks. Peter Handke – Eine Biographie*, Wien 2002, in: *Format* (Wien), H. 26/2002, S. 121.

¹⁸ Handke 1980, S. 58.

¹⁹ Ebd., S. 57f.

und scheidet es auch sofort wieder aus, was vom epischen Subjekt – mit bemühtem Humor den eigenen Ekel überspielend – detailliert beschrieben wird. Diese Bestie hasst einen jeden, der „bloß war, der er war.“ So trachtet sie auch dem Erzähler „nach dem Leben; und auch ich wollte mit einem Machtwort ihn tot und weg haben.“²⁰ Aber das epische Ich weiß: „Für das, was ich vorhabe,“ – das Sein im Frieden – „darf ich nicht hassen“. Darum zieht der Erzähler auch weiter und vergisst die Bestie wieder; darum bleibt die antisemitische Anspielung – die auch nicht von jedermann so einfach zu dechiffrieren ist – eine Episode in diesem Text und im Schaffen Peter Handkes.

Vom heiligen Ernst des kollektiven Antikapitalismus zum organisierten Gelächter der vereinzelt Deutschen

Martin Walser hingegen kann von der negativen Verkörperung nicht lassen, er steigert sich vielmehr hinein. Sein Realismus besteht darin, die Heideggersche Ontologie, die im Falle der Juden bekanntlich selbst immer das Inkognito vorzog, durchgehend zu konkretisieren in der Hass erfüllten Gestaltung dessen, was ihr widerspricht. Statt einer phantastischen Episode, die als verschlüsselte schwer zu verstehen ist, schreibt er einen realistischen Schlüsselroman, dessen gezielte Mordphantasien alle verstehen werden. Was bei Handke nur eine esoterische Allegorie für den seinsvergessenen Literaturbetrieb ist, wird von Walser zurückgeführt auf die exoterische Wurzel allen Übels. „Er war die Macht und die Macht war er. Und wenn man wissen will, was Macht ist, dann schaue man ihn an: etwas Zusammengeschaubtes, eine Kulissenschieberei, etwas Hohles, Leeres, das nur durch seine Schädlichkeit besteht, als Drohung, als Angstmachendes, Vernichtendes. Sie habe mitgekriegt, wie viele Schraubchen Ehrl-König drehte und drehen ließ, bis er der Koloss war, vor dem alle in die Knie gingen. Und das im Namen

²⁰ Ebd., S. 60.

der Literatur. Im Namen Lessings, Goethes.“ Ehrl-König – Sohn eines Bankiers oder Pferdehändlers – ist das Geld, das sich mit deutscher Kultur verkleidet hat.

Was immer das Geld anrichtet, wird als Ehrl-Königs Werk entlarvt: etwa die „Aufhebung jeder Verehrung durch ein Gegenteil“. Er selbst aber – für sich genommen, entkleidet seiner angelesenen Kultur – ist das „inhaltslose Großtemperament, das auf Stichworte wartet“, „ein Monsieur Nichts aus Lothringen in unser Land gekommen“, er ist „nichts als seine Macht“.

Ehrl-König verkörpert das Geld – dort wo dem Bildungsbürger heute am meisten vor sich selber ekelte: auf dem Bildschirm. Der gehasste Großkritiker wird mit dem Fernsehen identisch gemacht: „Pleasure now, das ist Ehrl-König. Instant pleasure.“ – „Das Fernsehen verfälscht alle und alles. Außer Ehrl-König. Den hat das Fernsehen förmlich zu sich selbst gebracht.“ Die Figur des „reichen Juden“, des Immobilien-Spekulanten, die bei Fassbinder im Mittelpunkt stand, erscheint nun in die Kategorien der Öffentlichkeit übersetzt – und kehrt darin wieder als der Talkshow-Jude, der alle konkrete Kultur in leere Abstraktion verwandelt. Nur ein Wert bleibe übrig „als der Wert aller Werte und außer ihm ist nichts: der Unterhaltungswert. Quote, mein Lieber. Jeden Abend Volksabstimmung. Die Demokratie des reinen Werts.“

Sogar die eigenartige Aussprache hängt mit dieser phantasierten Geldfunktion zusammen: Ehrl-König selbst habe seine Sprache so zugeordnet, damit er möglichst gut imitierbar sei: das fördere die Quote im Fernsehen: „Nichts macht populärer als Imitierbarkeit. Denken Sie nur an den Ehrl-König-Sound, wenn er über doitsche Scherifststellerrrr spricht und über die Sperache, die sie schereiben und wie scherecklich es ist, sein Leben geweiht zu haben einer Literatur, die zu mehr als noinzig Perozent langweilig ist.“

Zum einen wird Ehrl-König ständig und buchstäblich als „Nichts“ bezeichnet, zum anderen sind die Figuren des Romans, ist der ganze Literatur- und Fernsehbetrieb nur dazu da, dem Nichts einen Körper zu geben. So funktioniert dieser Roman wie ein einziger großer Projektionsapparat. Genaues Gegenteil von ästhetischer Form resultiert seine

Struktur in ungebrochenem, reflexionslosem Projizieren. Auch die Gegenwart von Hans Lach, Julia Perz, Mani Mani und dem Erzähler ist im Grunde so identisch wie ihr Feindbild: das Verhältnis des Erzählers zu Hans Lach und erst recht zu Julia Pelz kennt keinen Widerspruch. Hier herrscht nur die tödliche Langeweile des eins und einzig sein, darum müssen sie auch fortwährend von Ehrl-König reden: die Darstellung seiner theatralischen Erscheinung, die neidvoll-ekelerfüllte Nacherzählung seines Erfolges allein verleiht ihnen so etwas wie Leben. Die erotischen Szenen zwischen dem Erzähler und Julia sind von der Art des Wagnerschen Inzestes: sie werden als saubere Sexualität der schmutzigen des Ehrl-König kontrastiert.

Die Figuren, die immerfort vom Saturnischen schwärmen, sind als runde, ‚blutvolle‘ Charaktere ganz nach dem Vorbild einer erzählerischen Tradition konzipiert, die jenseits von Brecht, Musil und Jelinek liegt: sie laden das Publikum beständig zur Identifikation ein, ohne auch nur daran zu denken, es zu enttäuschen. Was an ihnen – abgesehen vom Feindbild, das sie eint – abgründig sein soll, wird von der Dramaturgie jeder amerikanischen Sitcom übertroffen. (Nebenbei gesagt: ihre Gestaltung entspricht isoliert betrachtet ungefähr dem, was Reich-Ranicki immer von der Literatur fordert.) Auf eigene Weise bestätigen sie das Diktum Sartres, niemand sollte „auch nur einen Moment glauben, man könnte einen guten Roman zum Lob des Antisemitismus schreiben.“²¹ Die Form oder besser: die Methode des Schlüsselromans erlaubt die restlose Sistierung ästhetischer Distanz, gewissermaßen die Vollendung des Engagements durch den Realismus. Martin Walser kommt bekanntlich von links und hat sich in den siebziger Jahren eingehend mit der Konzeption einer eingreifenden, in diesem Sinn realistischen Literatur beschäftigt, die letztlich nur eines wollte: die Auseinandersetzung mit der ästhetischen Form der politischen Wirksamkeit des Inhalts opfern, und darum glaubte sie auch, ungebrochen auf die Tradition zurückgreifen zu können: „Als realistische

²¹ Jean Paul Sartre: Was ist Literatur?, Hamburg 1960, S. 41.

Literatur“, schrieb Walser damals, „zeigt sie, was wirklich geschieht, und fordert dadurch, was geschehen muß.“²² Jetzt erst, dreißig Jahre später, kann er diese realistische Literatur wirklich schreiben. 1973 forderte er bereits ein demokratisches Verhältnis von Staat und Kapital, damit der „Staat heimatlich“ werden könne und nicht mehr die „Züchtung einer Gewissenlosigkeit gegenüber dem Gemeinwohl“ betreibe.²³ Jetzt demonstriert Walser, was den Staat „heimatlich“ machen kann, indem er in einem Überlebenden des Holocaust die „Gewissenlosigkeit gegenüber dem Gemeinwohl“ personifiziert.

Es ist also kein Wunder, dass der Schlüsselroman seine eigene Rezeption vorwegnehmen konnte: wenn sie auch sonst nichts weiß – eingreifende Literatur weiß genau, worin sie eingreift.²⁴ Von den Jahrzehnte währenden, lähmenden Realismus-Diskussionen der deutschen Linken bleibt schließlich nur mehr dieser knappe und schlagkräftige Formel übrig: Eine Figur, deren Tod vollkommen gerechtfertigt erscheint, das wäre Realismus: „Das ist Realismus. Durch Hans Lach kommt er jetzt zur Sprache. Ehrl-König wird so genau vorgestellt, daß sein Tod keine Sensation mehr

²² Martin Walser: *Wie und wovon handelt Literatur*, Frankfurt a.M. 1973, S. 138.

²³ Ebd., S. 95.

²⁴ Als das neue Buch da war, musste sogar die Überraschung darüber inszeniert werden, denn eigentlich und insgeheim hatte es doch jeder bereits erwartet. Bubis ist tot, nun kommt der nächste prominente Jude und Überlebende des Holocaust an die Reihe. Die Projektion, um die es hier geht, braucht (im Unterschied zum Rassismus) sogar einzelne konkrete Personen, um die Personifizierung, die sie im Sinn hat, wirklich vollenden zu können: es genügt nicht ganz das Judentum oder die jüdische ‚Rasse‘, das Kapital und das Geld, die abstrakte Seite der Warenproduktion, zu repräsentieren, es muss auch noch eine bestimmte, am besten allgemein bekannte „Persönlichkeit“ her, die dieses Judentum oder diese ‚Rasse‘ dann personifiziert im Wortsinn – sei es Jud Süß oder Bubis, Hanslick oder Reich-Ranicki. Erst der Schlüsselroman erreicht diesen Zweck – eine anonyme Figur, irgendein erfundener Jude, wäre zu wenig konkret. Nicht zufällig wurden im Dritten Reich der „Dokumentarfilm“ über den *Enigen Juden* und der „Spielfilm“ über *Jud Süß* gleichzeitig gedreht: Die Weltverschönerung, die der Antisemit phantasiert, muss ebenso in der anonymen Masse des Judentums ungreifbar bleiben, wie in der einzelnen Person greifbar werden.

ist. Aber dazu gehört eben auch die Figur, deren Tat vollkommen verständlich wird. Der Glückliche und der Unglückliche, eine Konstellation, die trotz des Superlativs alltäglich ist. Lach und Ehrl-König überall. Es muß, wenn das zur Sprache gebracht ist, in ein allgemeines Erstaunen ausbrechen: Warum wird so selten jemand umgebracht?²⁵

Wäre noch ein Funken von Widerspruch vorhanden, dann würde der Antisemitismus ein selbstständiges Thema des Romans bilden. Er taucht aber nur ephemer als lächerliches „Saisonthema“ der Presse auf, womit Walser eben die Reaktion auf sein eigenes Buch vorwegnimmt. Dass Hans Lach einen Juden getötet habe, dass Ehrl-König überhaupt Jude sei, werde gleichsam von den philosemitischen Medien hochgespielt, die Aufmacher brauchen. Darin unterscheidet sich Walsers Roman doch auch von Fassbinders *Der Müll, die Stadt und der Tod*. Wenn in diesem Theaterstück, dem im Gegensatz zu Walsers Roman noch eine mächtige Front der Ablehnung gegenüberstand, eine als Antisemit kenntliche Figur zum Sprechen gebracht wird, entsteht für Momente so etwas wie Selbstreflexion: „Er saugt uns aus, der Jud. Trinkt unser Blut und setzt uns ins Unrecht, weil er Jud ist und wir die Schuld tragen. ... Und Schuld hat der Jud, weil er uns schuldig macht, denn er ist da. Wäre er geblieben, wo er herkam, oder hätten sie ihn vergast, ich könnte heute besser schlafen. Sie haben vergessen, ihn zu vergasen. Das ist kein Witz, so denkt es in mir.“²⁵ Bei Walser aber ist alles Witz und was in den antisemitischen Figuren und damit in ihm selber denkt, wird nicht sichtbar, sondern zum wahren, zum deutschen Sein hypostasiert.

Neu gegenüber Fassbinders Stück, das von jenen Momenten der Selbstreflexion nicht gerettet wird, ist vor allem das Komische – die antisemitische Lachkultur, die Walser wiederentdeckt hat. Auf das Kino folgt das Fernsehen, auf den linken Außenseiter der Extremismus der Mitte. Gleich bleibt nur das Feindbild. *Tod des Kritikers* verhält sich zu *Der Müll, die Stadt und der Tod* wie Fastnachtspiel zu Passionsspiel im ausge-

²⁵ Rainer Werner Fassbinder: Sämtliche Stücke, Frankfurt a.M. 1991, S. 696.

henden Mittelalter, wie die preußischen Judenpossen zu Achim von Arnims Jerusalem-Stück im frühen 19. Jahrhundert.²⁶ Vom heiligen Ernst des linken Antikapitalismus zum organisierten Gelächter im wiedervereinigten Deutschland.

Selbst die Ermordung von Ehrl-König stellt sich zuletzt als Witz heraus, als Bluff von Ehrl-König selbst, der seinen Tod nur vorgetäuscht hat, um ungestört wieder einmal ein „Mädelchen“ zu verführen. Auch diese humorvolle Zurücknahme ist ein Topos antisemitischer Witze und gehört seit den preußischen Judenpossen, Grabbes Lustspielen und Arnims Reden an die christlich-deutsche Tischgesellschaft zur Kulturgeschichte der Barbarei.²⁷ Indem der Mord am Juden zurückgenommen wird, springt nichts anderes als der antisemitische Mythos vom ewigen Juden heraus, der erst recht zum Mord aufstacheln soll.

Die Lächerlichkeit schließt das Unheimliche nicht aus. Im Gegenteil: einerseits wird Ehrl-König als „Giftzwerg“ und Impotenter verspottet, andererseits wird er als Allmächtiger dämonisiert. Diese Doppeldeutigkeit steckt schon in seinem Namen: Verspottung und Dämonisierung in einem: hinter der lächerlichen Rolle als Goethe-Verehrer steckt ein Dämon, der die deutsche Literatur entführt, missbraucht und ruiniert, steckt ein Mörder. Von einem Traum Ehrl-Königs wird berichtet: „... ein Hubschrauber landet vor ihm, der Hubschrauberpropeller wirbelt mit weltfüllendem Lärm alle Tischtücher und Gläser und Markisen durch die Luft, alle Leute rennen, rennen nur weg von ihm, Ehrl-König, dem der Hubschrauber-Orkan die Kleider vom Leib gerissen hat, und dann stehen alle Leute in einem riesigen Kreis um ihn herum, und ein Mädchen tritt vor und sagt mit leiser Stimme, die aber den Hubschrauberlärm übertönt: Mörder. Dann dringen alle auf ihn ein und trampeln auf ihm herum, bis er schmerzgepeinigt und schweißgebadet erwacht.“ Das ist auch die Phantasie, auf die alles hinzielt. Aber das

²⁶ Vgl. Scheit 1999, S. 32ff., 201ff. u. 257ff.

²⁷ Vgl. ebd., S. 201ff.

Pogrom bleibt ein Traum. Der Antisemit fühlt sich allein und verlassen und fragt sich angesichts des Juden: „brauche ich seinen Tod? Könnte ich plötzlich frei und froh schreiben ...?“

Der Humor entspringt genau dieser Situation: er möchte das Lachen der Gemeinschaft vorwegnehmen. Ein ganz bestimmtes Lachen: „Indem der Zivilisierte die versagte Regung durch seine unbedingte Identifikation mit der versagenden Instanz desinfiziert, wird sie durchgelassen. Wenn sie die Schwelle passiert, stellt Lachen sich ein. Das ist das Schema der antisemitischen Reaktionsweise. Um den Augenblick der autoritären Freigabe des Verbotenen zu zelebrieren, versammeln sich die Antisemiten, er allein macht sie zum Kollektiv, er konstituiert die Gemeinschaft der Artgenossen. Ihr Getöse ist das organisierte Gelächter.“²⁸ Der Unterschied zu dieser von Adorno und Horkheimer beschriebenen Situation des Massenspektakels ist, dass Walsers Text den gleichen Effekt mit epischen Mitteln zu erzielen sucht – sein geheimes Interesse ist es, dass die Deutschen, die sich vorm Fernseher zerstreuen, zur Gemeinschaft der Artgenossen werden, wann immer Reich-Ranicki auf dem Bildschirm erscheint. Der Roman als Einstimmung auf das Pogrom – im Zeitalter der Vereinzelung.

Ehrl-König wird nicht nur als Apologet der „fundamentalen Mißglücktheit der Welt“ namhaft gemacht (und darin glaubt sich das, was von der Gesellschaftskritik der sechziger und siebziger Jahre übriggeblieben ist, wiederzuerkennen), er wird zugleich als der eigentliche Ursprung dieser Missglücktheit phantasiert. Darum soll er sterben. Während sich sein Tod aber als Bluff herausstellt, stürzt sich das junge Dichtergenie Mani Mani von der Brücke und nennt das in einem Abschiedsbrief „einen stellvertretenden Selbstmord“ (eine Art ‚arische‘ Umkehrung von Otto Weiningers Wahnsinnstat): „Sobald die Guten abdanken, sind wir dran. Schön böse und schweinefriedlich. Die Gerechtigkeitskriege werden vorbei sein. Keiner muß mehr, um gut zu

²⁸ Adorno/Horkheimer 1978, S. 165.

sein, einen anderen böse nennen. Ich kann's gar nicht erwarten. Nun denken Sie mal schön nach, was das heißt: stellvertretender Selbstmord.“ Der Selbstmord steht offenbar stellvertretend für den Mord an dem Juden. Mit ihm wird indirekt eine Heilserwartung verbunden, die offen lässt, ob sie nicht einfach nur Vernichtung als Selbstzweck ist und gerade darum zu bejahen. „Julia die Große“ sagt am Ende eines Gesprächs, Ehrl-König mache „vor nichts mehr Halt. Religion, Politik, Kultur. Aber gut, so bereite sich der Erzsturz vor, Saturn kichere drunten im Dreck. Sein Auftritt knisterte schon in aller Erscheinung.“

„*Ab heute nacht Null Uhr wird zurückgeschlagen*“ – droht Hans Lach dem Überlebenden des Holocaust. Das Humoristische, das diese Lust am Erzählen bestimmt, ist nur mehr die Rücksicht darauf, dass es noch nicht so weit ist.

Charlotte Kohn

Antisemitische Mütter – Antizionistische Töchter

„Wie werden sie sich von ihrem latenten Schuldgefühl befreien? Der ‚Antizionismus‘ ist in dieser Hinsicht ein ungesuchter Glücksfall, denn er gibt uns die Erlaubnis und sogar das, ja selbst die Pflicht, im Namen der Demokratie Antisemit zu sein! Der Antizionismus ist der gerechtfertigte, schließlich jedermann verständlich gemachte Antisemitismus. Er ist die Erlaubnis, demokratischerweise Antisemit zu sein. Und wenn die Juden selbst Nazis wären? Das wäre wunderbar. Es wäre nicht länger nötig, sie zu bedauern; sie hätten ihr Los verdient. So entlasten sich unsere Zeitgenossen von ihren Sorgen. Denn alle Alibis sind recht, die es ihnen letztlich gestatten, an etwas anderes zu denken.“¹

Die Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus ist nicht immer zulässig und sollte auch nicht allzu leichtfertig gehandhabt werden. Ebenso könnte eine harte Kritik an der Frauenbewegung leicht und gerne als pauschales Verwerfen des Feminismus gedeutet werden. Dies sollte aber nicht dazu führen, dass wesentliche Faktoren wie Glaubwürdigkeit und Seriosität in der Aufarbeitung der feministischen Geschichte ausgeklammert werden. Es ist daher eine vorrangige Aufgabe für Feministinnen, ihre Selbsteinschätzung und ihre Traditionen zu hinterfragen. Es gilt eine Balance zu finden zwischen einer gerechtfertigten

¹ Vladimir Jankélévitch: Das Verzeihen. Essays zur Moral und Kulturphilosophie, Frankfurt a.M. 2003, S. 245.

tigten Kritik und alten Vorurteilen in neuen Kleidern. Dabei geht es darum, wesentliche Faktoren in der Aufarbeitung der feministischen Geschichte und Gegenwart in Zukunft nicht mehr auszuklammern. Um die hierfür relevanten Strukturen und Traditionen herausarbeiten zu können, muss im vorherigen Jahrhundert begonnen werden.

Eigentlich müsste das 20. Jahrhundert als das „ideologische Jahrhundert“ bezeichnet werden. In keiner anderen historischen Epoche kosteten die unterschiedlichen Ansprüche, die Welt zu verbessern, so viele Menschen das Leben. Alle diese Ideologien versprachen eine grundsätzliche Verbesserung der Lebenssituation und waren darüber hinaus mit einem religiösen Pathos ausgestattet. Sowohl der Nationalsozialismus wie auch der Sowjetkommunismus konnten sich nur behaupten, weil ihnen eine überaus einflussreiche Tradition christlicher Dogmen zur Verfügung stand, derer sie sich bedienten. Diese seit Generationen weitergegebenen religiösen Heilserwartungen waren der Nährboden, auf dem letztlich alle politischen Erneuerungsbestrebungen des 20. Jahrhunderts gediehen. Aus diesen Gründen ist es auch so schwierig, gegen die vom Unbewussten gesteuerten Denkmuster einer „besseren Welt“, die eine „Erlösung“ versprechen, anzukämpfen.

Besonders für Frauen ist die Versuchung groß, sich unkritisch extremen politischen Richtungen anzuschließen, da ihre Identitätsfindung besonders kompliziert verläuft. Frauen gehören historisch (und größtenteils auch gegenwärtig) zu der Gruppe von Menschen, die auf Grund spezifischer Gegebenheiten „weniger zu verlieren haben“, wenn sie sich Extremen nähern. Deshalb haben viele Frauen fragwürdige politische Strömungen unterstützt, ohne deren Konsequenzen zu bedenken. Die folgenden Zitate mögen diese Problematik aufzeigen: Im großen und ganzen glaubten die zitierten Frauen im Kapitalismus, im Imperialismus, im Patriarchat und vor allem im Judentum den Grund ihres „Unglücks“ gefunden zu haben.

Als Beispiel mag Mathilde Ludendorff dienen, eine Nationalsozialistin der ersten Stunde. Sie war eine der wichtigsten Philosophinnen und Rasentheoretikerinnen des Dritten Reiches. In ihrem 1936 erschienenen Buch *Die Volksseele und ihre Machtgestalter* schrieb sie: „Auf dem ‚ersten allgemeinen Frauenkonzil‘, das ich im Jahre 1921 nach München an die Universität einberief, habe ich, ohne damals die Gesetze der Volksseele zu kennen, von der Aufgabe der Frau im Staate, die Schutzgrenze zu errichten, damit der Machtwille nicht zum Imperialismus entarte, eingehend gesprochen und daher als dritten Artikel des politischen Bekenntnisses der Frau das Arbeitsgebiet des weiblichen Willens aufgestellt. Ich bekenne mich zu der Erkenntnis, dass die weibliche Eigenart des Willens die Welt befreien kann und soll von dem atemlosen Kampfe männlichen Machtwillens. Daher wirke ich jedem Imperialismus entgegen ganz unabhängig von der Idee, der er dient. Ich wirke entgegen dem Imperialismus des Schwertes, des Besitzes, des unwahrhaftigen Wortes.“²

Dieses Zitat zeigt die wichtige Stellung, die Frauen innerhalb der nationalsozialistischen Propaganda von Anfang an zukam. Sie wurden – nicht nur von Mathilde Ludendorff – für fähig gehalten, durch ihren Willen und ihre besonderen Kenntnisse der Volksseele, die Welt zu erlösen.

Eine andere Vorkämpferin des Nationalsozialismus war die Publizistin und Herausgeberin der Zeitschrift *Die deutsche Kämpferin*, Sophie Rogge-Börner. In ihrem Aufsatz *Erkenntnisgeist und Muttergeist* schrieb sie: „Der Orientale, überhaupt alle Mischrasen und auch die gelbe und die schwarze Rasse sehen in der Frau ein nur den persönlichen Wünschen des Mannes dienstbares Wesen niederen Grades und behandeln sie demgemäß.“³

² Mathilde Ludendorff, zit. n. Ilse Korotin: Am Muttergeist soll die Welt genesen. Philosophische Dispositionen zum Frauenbild im Nationalsozialismus, Wien 1992, S. 184.

³ Sophie Rogge-Börner, zit. n. Leonie Wagner: Nationalsozialistinnen und Antisemitismus, in: Ariadne. Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung, H. 23/1993, S. 57.

Diese beiden Zitate weisen zwei typische Charakteristika auf: Auf der einen Seite eine pauschale Schuldzuweisung gegenüber dem männlichen Geschlecht und auf der anderen Seite einen im damaligen Zeitgeist fest verankerten Rassismus. Welche „Rasse“ für die „Knechtung des Weibes“ besonders verantwortlich gewesen sei, zeigt ein weiteres Zitat der damals sehr populären Schriftstellerin Rogge-Börner, nachdem die patriarchale Herrschaft die Voraussetzung für die „vollkommene Judenherrschaft“ sei. Nur in einer egalitären Gemeinschaft von Frauen und Männern sah sie die Voraussetzung für die Überwindung der „Judenherrschaft“.⁴

Mit der Zerschlagung des Nationalsozialismus verband sich die Hoffnung, dass solches Gedankengut diskreditiert sei. Leider sollte sich dies als eine Illusion erweisen. Schon bald entstanden die alten Ressentiments in modifizierter Form wieder. Innerhalb der sich langsam etablierenden feministischen Bewegung der 1968er-Generation fanden viele unreflektierte Vorstellungen ihre Verbreitung, deren Wurzeln entweder in den religiösen Vorurteilen des Antijudaismus liegen oder direkt dem Gedankengut des Dritten Reiches entnommen wurden.

Insbesondere innerhalb der feministischen Theologie ist es vermutlich für engagierte Frauen schwierig einen Weg zu finden, der weder Anleihen beim christlichen Antijudaismus noch beim Nationalsozialismus nimmt. Denn der Versuch feministischer Theologinnen, nach den historischen Wurzeln des Patriarchats zu suchen, ließ sie häufig in die Bahnen des klassischen Antijudaismus gleiten. Indem sie im Judentum den Beginn des Patriarchats nachzuweisen versuchten, leiteten sie alles gesellschaftliche Übel aus dem Judentum ab und unterschieden sich damit oft nicht von den nationalsozialistischen Frauenrechtlerinnen.

⁴ Vgl. ebd.

Aber es sind nicht nur die Frauen aus dem theologisch-feministischen Bereich, die alte Vorurteile an die nachfolgende Generation weitergegeben haben. Viele feministische Gruppen sahen im weiter bestehenden Patriarchat, Kapitalismus, Imperialismus und der Globalisierung die Ursachen gesellschaftlicher Missstände, unterschieden sich jedoch in der „Judenfrage“ von ihren Vorgängerinnen. Dafür wurde der Staat Israel in den Kreis verachtungswürdiger imperialistischer Staaten aufgenommen.

Frauen als Opfer

Eine kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit aus feministischer Perspektive wird dadurch erschwert, dass viele Feministinnen lange Zeit für das weibliche Geschlecht einen generellen Opferstatus reklamiert haben. Damit entfiel für einen Großteil der dem Feminismus nahe stehenden Frauen quasi automatisch auch die Notwendigkeit, die Position ihrer Mütter und Großmütter während des NS-Regimes zu hinterfragen. Durch den eingeschränkten Fokus auf die schuldvolle Verstrickung der Männer wurde dabei versäumt, sich von dem fortbestehenden und weiterhin mehr oder weniger unerschwellig vermittelten NS-Gedankengut zu emanzipieren.

Auch wenn die oft freudige und begeisterte Mitarbeit vieler Frauen im Nationalsozialismus als Parteimitglieder, Scharführerinnen, Lehrerinnen und in anderen Betätigungsfeldern nicht geleugnet werden konnte, wurden sie jedoch grundsätzlich zu Opfern des Regimes stilisiert, womit man sie gleichsam politisch entmündigte und von jeder Schuld freisprach. Die Frauenbewegung glaubte auf diese Weise über alle „Altlasten“ der Vergangenheit hinwegsehen zu können. Stattdessen wurde von einem Großteil der feministischen Bewegung eifrig nach Identifikationsmodellen gesucht, die den Anspruch untermauern halfen, das „friedfertige Geschlecht“ zu sein.

Eine für diese Sichtweise typische Wissenschaftlerin ist Margarete Mitscherlich. Ihre Interpretationen ermöglichten es den Frauen, an ihrem Opferstatus festzuhalten. Zwar leugnete auch Mitscherlich nicht, dass ein großer Teil der Frauen sich sehr wohl mit dem Gedankengut des Nationalsozialismus identifiziert hatte, es gelang ihr aber mittels der Interpretation des aus der Psychoanalyse bekannten Kastrationskomplexes zu behaupten, dass Frauen zu Rassismus und Antisemitismus nicht fähig seien. Ihre Kernthese kann in Kurzform auf folgenden Nenner gebracht werden: Da der Kastrationskomplex die Grundlage aggressiven Verhaltens darstelle, aus dem sich auch der Antisemitismus speise, Frauen aber ohne Penis geboren werden (und damit bereits bei ihrer Geburt kastriert seien), könnten sie keinen Kastrationskomplex entwickeln und deshalb auch nicht zu Antisemitinnen werden. Sollte sich die eine oder andere Frau doch zum Antisemitismus bekennen, geschehe dies nur auf Grund der Tatsache, dass Frauen dazu neigen, sich mit dem männlichen Aggressor zu identifizieren. Dieses Verhalten sei jedoch lediglich Ausdruck der Angst vor Liebesverlust. Frauen könnten demzufolge keinen genuine Antisemitismus entwickeln, für ihren Antisemitismus seien deshalb die Männer verantwortlich.⁵ Überdies negierte Mitscherlich generell die Existenz einer Frauenbewegung während des Nationalsozialismus: „Ein Blick in die Geschichte der Frauenbewegung zeigt, daß sie während der Nazizeit zu existieren aufgehört hatte.“⁶

Tatsächlich löste sich der größte Frauenverband Deutschlands, der Bund Deutscher Frauenvereine, 1933 kampflos auf. Eine seiner Protagonistinnen, die Philosophin Gertrud Bäumer, die bereits seit 1932 im Nahverhältnis zur NSDAP gestanden hatte, setzte sich jedoch für den Übertritt zur NS-Frauenschaft ein, denn sie sah in der nationalsozialistischen Idee eine große Möglichkeit für Frauen. Da die Satzung des Bundes Deutscher Frauenvereine jedoch den Beitritt zu einer anderen Organisation verbot, blieb nur die Selbstauflösung. Ein beträchtlicher

⁵ Vgl. Margarete Mitscherlich: *Die friedfertige Frau*, Frankfurt a.M. 1985, S. 159ff.

⁶ Ebd., S. 5.

Teil der Frauen entschied sich zum Dienst für die Volksgemeinschaft und trat den völkischen Frauenverbänden bei: „Bis 1941 soll die Zahl der Mitglieder der NS-Frauenschaft und des Deutschen Frauenwerks auf rund sechs Millionen gestiegen sein. Geht man von einer ungefähren Gesamtzahl aller deutschen Frauen und Mädel über 18 Jahren von rund 30 Millionen aus, so bedeutet die Gesamtmitgliederzahl von rund sechs Millionen 1941, dass jede fünfte Frau allein durch die Organisation der NS-Frauenschaft/Deutsches Frauenwerk erfasst wird“.⁷

Die NS-Publizistin Berta Braun erkannte ebenfalls, dass im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit nun eine reale Möglichkeit bestünde, die „weibliche Bestimmung“ zu leben. Sie riet in ihrem Aufsatz *Die Frauenbewegung am Scheideweg* den deutschen Müttern und Töchtern in der NSDAP, folgendes zu beherzigen: „Die Frauenbewegung steht am Scheidewege: Wird sie in ihrer letzten Konsequenz sich dem Bolschewismus in die Arme werfen – oder wird sie vom jüdisch-marxistischen Geiste gereinigt, vor dem sie in ihren bestimmenden Schichten kapitulieren – den großen Gedanken der Polarität der Geschlechter und ihrer daraus folgenden Aufgabe im Dienste an der Volksgemeinschaft zu Ende denken und gestalten?“⁸

Es ist oft verdrängt worden, dass die Frauen in der NS-Ideologie eine zentrale Position innehatten, die bis zu einer religiösen Überhöhung führte. Es waren die Frauen, in deren Schoß die Reinhaltung des „arischen Blutes“ gelegt wurde und sie konnten als Mütter der „Herrenrasse“ auf die Wertschätzung des „Volksganzen“ zählen. Sie waren es, die durch die Gewährleistung ihrer „rassischen Erlesenheit“ garantieren sollten, dass die Masse und Macht der „Arier“ für die Dauer des „Tausendjährigen Reiches“ ausreichend vorhanden sein sollte. Ihre Stärke

⁷ Susanna Dammer: Kinder, Küche, Kriegsarbeit, in: Frauengruppe Faschismusforschung (Hg.): Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1981, S. 224.

⁸ Berta Braun, zit. n. Christine Wittrock: Weiblichkeitsmythen. Das Frauenbild im Faschismus und seine Vorläufer in der Frauenbewegung der zwanziger Jahre, Frankfurt a.M. 1983, S. 98.

und Opferbereitschaft als Mütter und als Soldatenfrauen wurde ins Zentrum der politischen Propaganda gestellt, wobei ein solch exponierter Status bis dahin von Frauen noch nicht erreicht worden war.

Um diese neue Stellung der Frauen zu etablieren, mussten trotzdem Anleihen bei bereits bekannten Modellen von „Frauenverehrung“ genommen werden. Die deutsche Romantik erwies sich in vielen Bereichen als Vorlage für das neu geschaffene Gesellschaftssystem. Das in der Romantik propagierte Frauenideal hatte als Grundlage den Mythos der Gleichsetzung von „Natur“ und „Weib“. Die Frau wurde als Quelle des Lebens, als große Mutter oder als unschuldige Jungfrau gesehen; ihr oblag es, durch ihre angeblich angeborene Reinheit die Welt zu erlösen. Diese übersteigerte Frauenverehrung sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frauen in der Romantik tatsächlich nur in sehr geringem Maße über gesellschaftliche Rechte und Möglichkeiten verfügten.

Die geistigen Strömungen der Romantik waren mehr oder weniger ein Versuch, das durch die Aufklärung und die gesellschaftlichen Modernisierungen entstandene transzendente Vakuum durch Religion und Poesie zu füllen und zu überwinden. Somit leitete die Romantik – parallel zum begonnenen Prozess der Rationalisierung – eine Resakralisierung ein. Als Fluchtpunkt gegenüber den modernen Entwicklungen thematisierte die Romantik das „naturnahe Geschlecht“, das unberührt von allen Veränderungen die „heiligen alten Werte“ präsentierte. Als „reine Jungfrau“, „Gattin“ und „Mutter“, die keinen Anteil an der beunruhigenden Modernisierung hatte, diente die Frau im Idealfall als (am besten früh verstorbene) Muse und im Realfall als keusche Hausmutter, die das Regenerationszentrum für den von der frühen Moderne gestressten Mann darstellte.

Dieses Frauenbild wurde von den im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegründeten bürgerlichen Frauenverbänden übernommen. Auch für sie galt die Berufstätigkeit und Autonomie der Frau nur in „Notsituationen“ als gesellschaftsfähig. Die ideale Lebensform für die Frau blieb nach wie vor die als Ehefrau und Mutter. An diese Tradition knüpfte der Nationalsozialismus an und konnte sich damit in

der unter anderem durch den Ersten Weltkrieg bedingten Gesellschaftskrise in breiten Bevölkerungsschichten großer Resonanz erfreuen. Zusätzlich kam aber im Nationalsozialismus infolge der Rassenideologie die bis dahin noch unbekannte gesellschaftliche Aufwertung des weiblichen Geschlechts: „Das in der nationalsozialistischen Propaganda entwickelte Frauenbild war ein Konglomerat aus ideologischen, wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Komponenten.“⁹

Den Nationalsozialismus als frauenfeindliches Regime zu betrachten, ist nicht haltbar. Es wurde zwar den („arischen“) Frauen Loyalität zum Glauben an die politische Religion des Dritten Reiches, Gebärfreudigkeit und Opferbereitschaft abverlangt, aber dafür auch eine Reihe von Verbesserungen ihrer Lebensumstände und ihrer sozialen Stellung geboten. Kinderreiche Haushalte erhielten durch das Haushaltspflichtjahr für Mädchen eine Hilfe, die sich breitere Schichten sonst nicht hätten leisten können. Mütter mit mehreren Kindern konnten mit finanzieller Unterstützung rechnen und selbst die ledigen Mütter wurden nicht wie in den davor liegenden Zeiten völlig diskriminiert.

Es gab auch eine Reihe von Frauen, die durch ihr Nahverhältnis zum Nationalsozialismus ein Identifizierungsmodell für viele Frauen darstellten. Die Filmemacherin Leni Riefenstahl oder Winifred Wagner wurden zu Gallionsfiguren der „deutschen Frau“. Auch die diversen Mädchen- und Frauenführerinnen dienten als Vorbild und repräsentierten den von der NSDAP gewünschten Frauentypus. Frauen war es unter Berücksichtigung ihrer Treue zum Führer somit durchaus möglich, eine berufliche Karriere innerhalb des Systems zu machen, vom Filmstar bis hin zur KZ-Aufseherin.

⁹ Lore Kleiber: Wo ihr seid, da soll die Sonne scheinen!, in: Frauengruppe Faschismusforschung (Hg.) 1981, S. 201.

Natürlich gab es auch Widerstandskämpferinnen, aber interessanterweise spielten sie als Identifizierungsmodell in der Nachkriegsära keine besonders große Rolle. Dies ist insofern auch wenig verwunderlich, als die Widerstandskämpferinnen durch ihre Existenz die Geschichtslüge in Frage stellten, nach der der Nationalsozialismus Frauen keine Möglichkeit zur freien Entscheidung gelassen hätte. Dabei wird allerdings nicht berücksichtigt, wie viele Frauen sich sehr wohl gegen das System stellten, dass es beispielsweise Frauen mit jüdischen Männern gab, die sich vom NS-Apparat nicht einschüchtern ließen und so ihre Männer und Kinder retteten. Es gab auch Frauen, die unter Lebensgefahr in der Widerstandsbewegung tätig waren und selbst, als sie bereits in Konzentrationslagern interniert waren, weiter im Rahmen ihrer bescheidenen Möglichkeiten gegen das menschenverachtende Regime kämpften. Diese Frauen erfuhren jedoch in der feministischen Nachkriegsbewegung keine enthusiastische Ehrung – wohingegen sich einige Bücher nationalsozialistischer Frauenführerinnen bis in die 1980er hinein neuerlicher Auflagen erfreuten.

Natürlich ist ein Pauschalurteil über das Verhältnis der Frauen zum Dritten Reich nicht möglich, aber es besteht kein Zweifel daran, dass die Sympathie, die viele Frauen dem Nationalsozialismus entgegenbrachten, auf dem Glauben an seine Ideologie und seine Versprechungen basierte: „Festhalten lässt sich, dass jene jungen Frauen, die innerhalb der NSJ (Nationalsozialistische Jugend) publizistisch aktiv wurden, antisemitische Haltungen und Projektionen keineswegs in Anpassung an männliche Positionen übernahmen. Sie entwickelten nicht nur einen spezifischen Gebrauch des zentralen antisemitischen Phantasmas dieser Organisation, sondern installierten den Antisemitismus als Schlüsselpunkt ihres Engagements für den Nationalsozialismus.“¹⁰

¹⁰ Johanna Gehmacher: Antisemitismus und die Krise des Geschlechterverhältnisses, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, H. 4/1992, S. 445.

Der Einfluss des nationalsozialistischen Gedankengutes auf Frauen und deren damit einhergehende Erwartungen sind zweifelsfrei ein Thema, das außerordentlich unreflektiert an die nachfolgenden Frauengenerationen weitergegeben wurde. Zu diesem problematischen Umgang gehört auch, dass die Frauenbewegung sich bis heute zum großen Teil darauf beschränkt hat, dem männlichen Geschlecht die alleinige Verantwortung für den Nationalsozialismus und den Holocaust zu geben.

Antifaschistische Antizionistinnen

Die Umschreibung „antifaschistische Antizionistinnen“ mag provokativ klingen, aber eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung der feministischen Bewegung nach 1968 zeigt, dass Antifaschismus und Antizionismus zu einer gemeinsamen Basis wurden. Alle feministischen Bestrebungen bewegten sich mehr oder weniger auf dieser verbindlichen Grundlage: Gruppierungen innerhalb der feministischen Theologie, der Matriarchatsforschung, linke Gruppierungen, die feministische Friedensbewegung, die Ökologinnen und die Frauen, die sich für die Dritte Welt einsetzten, waren selbstverständlich antifaschistische Antizionistinnen.

Es sollen auf keinen Fall die Verdienste geschmälert werden, die Feministinnen für Frauen erreicht haben. Es ist andererseits aber nicht besonders verwunderlich, dass infolge mangelnder Aufarbeitung der Vergangenheit unreflektiert auf Vorbilder und Strukturen zurückgegriffen wird, die oft genau das Gegenteil dessen vertraten, das sie zu präsentieren schienen. Genau vor diesem komplizierten Hintergrund entwickelte sich aus der um Naivität und Unschuld bemühten Nachkriegsfrau und Mutter ein neuer Frauentypus: Die Frau mit politischem Bewusstsein, die „Antifaschistin“. Ob diese „Kreation“ lediglich eine Folge des Wunsches nach Abgrenzung zu den Müttern und Großmüttern ist, sei dahingestellt.

Dagegen ist es nicht schwierig den Standpunkt des Antifaschismus als eine der Geschichtsverzerrungen der Nachkommen, der von moralischem

Unbehagen geplagten Deutschen und Österreicher, in seiner Fragwürdigkeit zu veranschaulichen. Antifaschismus wurde eine Art Qualitätszertifikat für ethisches Verhalten, das in Verbindung mit dem angeeigneten Opferstatus zur Berechtigung unfehlbarer Meinungsäußerungen wurde. Die nicht wirklich verständliche Gleichsetzung von Faschismus und Nationalsozialismus nivelliert den entscheidenden Unterschied zwischen dem Zivilisationsbruch, der durch den Holocaust geschah und dem nicht-mörderischen Verhalten der spanischen und italienischen Faschisten gegenüber Juden. Damit sind letzt genannte Regime selbstverständlich nicht legitimiert; aber der Terminus eines „deutschen Faschismus“ negiert die Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Genozids.

Auschwitz steht als Synonym für den Nationalsozialismus, in diesem zentralen Punkt unterscheidet er sich von den europäischen Faschismen. Sich als deutscher oder österreichischer Mensch zum Antifaschismus zu bekennen, bedeutet unbewusst möglicherweise nichts anderes, als sich hinter einer Worthülse zu verstecken und sich nicht zu einer wahrhaftigen Einstellung gegenüber dem Genozid an den europäischen Juden und dem Nationalsozialismus durchzuringen.

Vermutlich war die moralische Grundlage des Nachkriegs-Antifaschismus in Deutschland und Österreich die ideelle Flucht vieler Intellektueller nach links. Dies beinhaltete in der Regel eine eindeutig negative Einstellung dem Kapitalismus gegenüber, da man Faschismus und Nationalsozialismus als Metamorphosen kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse dechiffrieren wollte. Dies war die gesuchte funktionelle Lösung bei der Interpretation dieser totalitären Systeme. Die gesamte Linke sowie der fortschrittliche Teil der Kirchen spielte dieses Spiel, mit dem faktisch von der realen Verantwortung – etwa der Eltern bzw. der Kirchen – abgelenkt werden konnte.

Eine genauere Analyse des Nationalsozialismus hätte hingegen seine eher ambivalente Haltung zum Kapitalismus gezeigt. Es waren oft überzeugte Nationalsozialistinnen, die manifest den Kapitalismus kritisierten. Dies belegen beispielsweise Zitate aus der Zeitschrift *Die Deutsche Kämpferin* aus dem Jahre 1934: „Die Maschine in ihrer logisch

durchdachten und künstlich errechneten Konstruktion ist ein Werk des männlichen Geistes. Der Kapitalismus, dieser Krebschaden der Weltwirtschaft mit seinem Aktien-, Banken- und Wechselwesen ist ein Werk männlichen Recheingeistes.“¹¹

Die Soziologin Irmgard Weyrather interpretiert diese Argumentationen folgendermaßen: „Die Ursachen für das Unbehagen an der entfremdeten Welt wurden nicht analysiert, sondern die Schuld daran zunächst der Technik und dem logischen Denken und dieses dann den Männern zugeschoben. Diese Sündenbockdenkweise ist typisch für die gesamte NS-Ideologie, nur dass die Schuld an der ‚Entfremdung‘, die von den Nazis natürlich nie so verstanden wurden, den NS-Männern, den Intellektuellen oder den Juden angehängt wurde, was in der *Deutschen Kämpferin* an anderen Stellen auch üblich war“.¹² Da die Existenz des „Juden“ für Antisemiten immer mit Geld und dadurch mit Kapitalismus in Verbindung gebracht wird, kann unter Umständen eine unreflektierte Kapitalismuskritik zumindest eine Offenheit für antisemitische Vorurteile entstehen lassen.

Nicht nur die feministische Patriarchats- und Kapitalismuskritik der 1970er und 1980er Jahre könnte so manche Reichsfrauenführerin erfreuen, auch die Forderung nach einer asketischen Lebensführung mit Wasser und Seife verbindet beide Frauengenerationen. Wurde unter dem Nationalsozialismus Lippenstift und Puder als jüdische Dekadenz und als erster Schritt zum Hochverrat „entlarvt“, so diente die Konsumverweigerung zu Ungunsten eines gefälligen Äußeren der „Antifaschistin“ als Abgrenzungsmechanismus von den „Handlangerinnen des Patriarchats“.

Auch die Vorliebe mancher Feministinnen für diverse matriachale Kulturausübungen kann – wahrscheinlich ohne dass dies den Frauen bewusst ist – als Rückgriff auf ähnliche Festivitäten bei den Nationalsozialistinnen interpretiert werden. In diesem Nahverhältnis bewegen sich

¹¹ Irmgard Weyrather: Numerus Clausus für Frauen – Studentinnen im Nationalsozialismus, in: Frauengruppe Faschismusforschung (Hg.) 1981, S. 150.

¹² Ebd., S. 151.

heute auch alle jene Frauen auf ihrer Suche nach der „großen Göttin“ und den „verborgenen Matriarchaten“, die glauben, neue Wege für weibliche Identitätsfindung erforscht zu haben. Verblüffend ist zudem das Nahverhältnis vieler Feministinnen zu den christlichen Kirchen. Dabei sollte bedacht werden, dass sich die Kirchen nur sehr zögerlich bzw. gar nicht zu einer Mitschuld an dem Mord am europäischen Judentum bekannt haben. Der Antisemitismus der Nationalsozialisten konnte sich auf die lange Tradition des christlichen Antijudaismus berufen. Die Probleme der Abgrenzung, die das Christentum gegenüber dem Judentum hat, stellten stets wesentliche Faktoren zur Verfolgung jüdischer Menschen dar. Also bedeutet selbst die Suche nach neuen religiösen Idealen und Kulturen seitens vieler Feministinnen vielfach einen Rückfall in den christlichen Antijudaismus.

Ein ähnliches Phänomen war auch das Nahverhältnis der kommunistischen Ideologen zum christlichen Denken und Glauben. Zwar findet der Mensch auf dem Weg des Sozialismus nicht im Jenseits, sondern unter Umständen noch zu Lebzeiten die Erlösung, aber die von seinen Anhängern geforderte Opferbereitschaft und die absolute Glaubensstreue zu den jeweiligen Führerpersönlichkeiten weisen auf christliche Elemente hin. In diesen Zusammenhängen war auch das gute Verhältnis, das viele feministische Gruppierungen aus den kirchlich-feministischen und links-feministischen Bereichen zueinander hatten, wenig überraschend. Ihre gemeinsame religiöse Konditionierung und das Misstrauen gegenüber dem Kapitalismus machten es für sie leicht, ihre Vorurteile auf den Zionismus, den israelischen Staat, die Vereinigten Staaten von Amerika und in letzter Konsequenz auf jüdische Menschen zu projizieren. Der Antizionismus wurde so ein sehr gravierender, identitätsstiftender Faktor in der Frauenbewegung.

Die skeptische Einstellung gegenüber dem israelischen Staat ist für viele Linke eine nicht hinterfragte Selbstverständlichkeit geworden. Shulamit Volkov beschreibt dieses Phänomen: „Trotz der marginalen Bedeutung, die dem Anti-Zionismus in der Gesamtideologie der extremen Linken zukommt, hat er in dieser Kultur doch eine Art Symbolcharak-

ter angenommen. Er ist zum Erkennungszeichen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten, subkulturellen Milieu geworden. [...] Er ist vor allem als Loyalitätstest geeignet, besonders für Juden. Der Anti-Zionismus ist zum endgültigen Beweis ihrer Hingabe an die Sache geworden, und sein genauer Inhalt ist dementsprechend von zweitrangiger Bedeutung. Der Kultur der Linken anzugehören bedeutet – wie das auch bei anderen grundsätzlichen ideologischen Bewegungen der Fall ist –, ein ‚Pauschalangebot‘ zu akzeptieren. Und zum ‚Pauschalangebot‘ der modernen Linken gehörte fast zwangsläufig die Negation Israels.“¹³

Insofern ist es wenig verwunderlich, dass es zwischenzeitlich zur Mode geworden ist, „antifaschistische“ Kundgebungen gegen die Außenpolitik Israels vor jüdischen Einrichtungen außerhalb Israels abzuhalten: Synagogen, Kultusgemeinden, Schulen, Friedhöfe und selbst Kindergärten scheinen den Demonstrierenden über genug Einfluss zu verfügen, nachhaltige politische Entscheidungen in Israel voranzutreiben. Vermutlich ist noch keinem der Aktivistinnen und Aktivisten in den Sinn gekommen, dass es auch Jüdinnen und Juden gibt, die vielleicht nie in Israel waren, oder dieses Land, wie viele andere, lediglich als Touristen besuchen. Die meisten waren vermutlich im Laufe ihres Lebens wesentlich häufiger Touristen in Italien als in Israel.

Henryk M. Broder konstatierte ähnliches schon im Hinblick auf den Libanon-Krieg: „Es hatte seine absurde innere Logik, dass Demonstrationen gegen Israels Krieg im Libanon vor den Synagogen abgehalten wurden (welche Kundgebung gegen das Khomeini-Regime fand je vor einer Moschee statt?).“¹⁴ Dies alles konnte mit dem Brustton des besten Gewissens einer antifaschistischen Überzeugung untermauert werden. Es stand ja fest: „Der Antizionist hat nichts gegen Juden, sagt er, nur etwas gegen Zionisten, ungeachtet der Tatsache, dass Zionisten nun mal – und nicht zufällig –

¹³ Shulamit Volkov: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990, S. 84.

¹⁴ Henryk M. Broder: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt a.M. 1986, S. 14.

Juden sind.“¹⁵ Mit diesem Antizionismus können die von der Eltern- und Großelterngeneration stammenden Schuldgefühle bis zu einem gewissen Punkt relativiert werden, wobei ein intergeneratives Verständnis hinsichtlich der „Judenfrage“ auf einer neuen Grundlage entsteht. Dies ermöglicht die Identifizierung mit den älteren Generationen, ohne dass eine wirkliche Auseinandersetzung mit ihren Einstellungen und ihrem Verhalten während des Nationalsozialismus hätte stattfinden müssen.

Viele in Europa lebende Jüdinnen und Juden, die ebenfalls auf der Suche nach dem „neuen Menschen“ waren, bemerkten nicht, dass die meisten Vorbehalte gegenüber dem „zionistischen israelischen Staat“ zum großen Teil auf den alten Grundlagen des Antisemitismus beruhten. Generationen von Menschen waren von antisemitischen Vorurteilen geprägt. Es ist naiv anzunehmen, dass diese über lange Zeiträume entstanden Strukturen so rasch aus den Hirnen und Seelen der Menschen verschwinden würden. Die Sehnsucht der Juden nach 1945 endlich *als Menschen* akzeptiert zu werden, war bei ihnen jedoch zu groß, um die Hintergründe des linken Antizionismus zu erkennen.

„Der Antisemitismus ist eine schwerwiegende Kränkung der gesamten Menschheit. Die Juden wurden verfolgt, weil sie es waren, und nicht auf Grund ihrer Meinungen oder ihres Glaubens: Die Existenz selbst wurde ihnen verweigert, man warf ihnen nicht vor, dies oder jenes zu äußern, man warf ihnen vor, zu sein. Bis zu einem gewissen Punkt erstreckt sich diese Verweigerung noch heute auf die Existenz des Staates Israel. Man glaubt Israel eine außerordentliche Konzession, ein Gratisgeschenk zu machen, wenn man ihm das Recht einräumt, zu existieren [...], als wäre diese Anerkennung nicht das elementare und vitale Recht, das jeder Mensch bei jedem anderen Menschen zu respektieren hat, und zwar ohne Verhandlungen irgendwelcher Art, ohne irgendeinen Anspruch auf Dankbarkeit.“¹⁶

¹⁵ Ebd., S. 42.

¹⁶ Jankélévitch 2003, S. 247.

Wie kompliziert das Verhältnis auch ist, das die Welt gegenüber Israel hat, so ist es natürlich nicht sofort ein Beweis für Antisemitismus, wenn eine rationale und berechtigte Kritik gegenüber diesem Staat geäußert wird. Aber manchmal gewinnt man den Eindruck, dass die antizionistische Betrachtungsweise des arabisch-israelischen Konflikts folgendermaßen aussieht: Man ziehe die Anzahl der von israelischen Soldaten getöteten arabischen Menschen von der Zahl der in der Zeit des Dritten Reiches ermordeten Juden ab und somit wird langsam, aber sicher die Verantwortung der Vergangenheit gegenüber zumindest zahlenmäßig kleiner (die Toten auf israelischer Seite werden selbstverständlich nicht in diese Berechnung mit aufgenommen). Der dem nationalen Gedankengut nahe stehende Teil der „Vergangenheitsbewältiger“ tendiert bei seinem Zahlenspiel mehr in die Richtung der Auschwitz-Lüge und versucht, mittels „Verhandeln“ die Zahl der ermordeten Jüdinnen und Juden etwas zu reduzieren. Vielleicht hat die Zahl der sechs Millionen ermordeter Jüdinnen und Juden eine Traumatisierung ausgelöst, die unter allen Umständen nach Zahlen suchen lässt, diese sechs Millionen zu reduzieren? Gemessen an der gegenwärtig fast nicht mehr überschaubaren Anzahl von bewaffneten Konflikten weltweit, ist das öffentliche und mediale „Interesse“, mit dem der Konflikt in Deutschland und Österreich beobachtet wird, kaum anders zu erklären.

Der Antizionismus in Verbindung mit dem „Antifaschismus“ bot für viele Menschen, darunter eine nicht geringe Anzahl von Feministinnen, die große Chance einer moralischen Aufrüstung. Dagegen führte die Entrüstung über das „verbrecherische, kapitalistische und imperialistische Israel“ gegenüber dem „wehrlosen, ausgebeuteten palästinensischen Volk“ letztlich zu einer Umkehrung der Wirklichkeit. Israel mutierte für die antifaschistischen Antizionistinnen des 20. Jahrhunderts zu einem „faschistischen Staat“ und die Zionisten zu den Nazis von heute. Die „wahren Opfer“ wurden dabei umgekehrt das gesamte „palästinensische Volk“, die Menschen, die einer terroristischen Organisation angehörten oder wenigstens mit einer solchen sympathisieren und selbstverständlich alle, die irgendeiner autonomen Bewegung angehör-

ten. Natürlich wurden bei solchen Aufzählungen von Opfern so wesentliche Fraktionen wie alle Frauen, die gesamten von der Globalisierung bedrohten Ethnien, Schwellenländer und sogar die in Tierfarmen lebenden Tiere nicht vergessen. Alle diese Gruppen wurden „die Juden von heute“; eine wahre Inflation des übergeordnet gemeinten Begriffes „Jude“ fand zwischenzeitlich statt. Lediglich die während des Nationalsozialismus ermordeten Jüdinnen und Juden konnten unter Umständen noch Platz im Olymp der Opfer finden. Die moralische Überlegenheit, die die selbsternannten „Juden“ durch ihre neu erworbene Position in der Gesellschaft fanden, nützten sie zu einer Form der Erweiterung ihrer persönlichen Freiheit. Die konnte sich unter Umständen so äußern: „Ein von der Gruppierung Internationale Solidarität in Umlauf gebrachtes Flugblatt schloss mit dem Aufruf: ‚Schlagt die Zionisten tot, macht den Nahen Osten rot.‘“¹⁷

In diesem Kontext ist auch das Verhalten der Friedensbewegung und der Friedensfrauen zu sehen. Auf langen Märschen und Mahnwachen bekundeten sie ihre Sympathie für Saddam Hussein (nicht für das irakische Volk, das nie Gelegenheit hatte, zu wählen oder abzuwählen). Die Schuldzuschreibung richtete und richtet sich bis heute ausschließlich gegen das „imperialistische Amerika“. Diese einseitige Sympathiebekundung hatte für die Situation des Nahen Osten letztlich fatale Folgen. Denn der Rückenwind der Solidarität bestärkte die radikalen Gruppierungen in ihren Handlungen.

Im palästinensischen Autonomiegebiet fanden in jüngster Zeit Flugblätter Verbreitung, auf denen Interviews mit Terroristinnen abgedruckt waren. Auf diese Weise sollten weitere Frauen rekrutiert werden. Eine der Interviewten rühmte sich stolz, dass es ihr gelungen sei, in den Kreis der Selbstmord-Terroristinnen aufgenommen zu werden. Zwar habe sie von Heirat und eigenen Kindern geträumt, doch der Wille zur Verübung eines Selbstmordanschlages trübe diese Träume nicht, da sie der Auffas-

¹⁷ Robert Wistrich: Der antisemitische Wahn, Ismaning 1987, S. 404.

sung sei, ihr Leben für die Ehre und Freiheit Anderer hinzugeben.¹⁸ Haben sich feministische Sympathisantinnen und Globalisierungsgegnerinnen die Gleichberechtigung „der Orientalin“ tatsächlich so vorgestellt?

Terroristinnen scheinen von einer unantastbaren Glorie umgeben zu sein, denn bereits im vorherigen Jahrhundert fand bisweilen in feministischen Kreisen auch eine Verklärung der deutschen Terroristenszene und besonders der weiblichen Mitkämpferinnen statt. Da offenbar eine komplette Generation von Menschen aufgrund ihrer NS-Belastung mehr oder weniger als Identifikationsobjekt ausfiel, wurde im Feminismus eifrig nach entsprechendem Ersatz gesucht. Ulrike Meinhof stand bald im Zentrum dieser Mystifikation. Theaterstücke, Ballette und Gedichte haben sie in bestimmten Szenerien posthum fast zu einer Heiligen werden lassen. Das friedfertige Geschlecht war nun von einer Frau fasziniert, zu deren Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit eine Maschinenpistole gehörte. Vielleicht liegt bei so viel Sympathie und Toleranz ihre eigenartige Einstellung gegenüber der deutschen Vergangenheit zugrunde. Im Berliner Prozess gegen den der terroristischen Baader-Meinhof-Gruppe nahe stehende Anwalt Horst Mahler im Dezember 1972 trat Ulrike Meinhof als Entlastungszeugin auf und erklärte: „Solange das deutsche Volk nicht von der Schuld am Faschismus freigesprochen würde, werde es sich nicht für die Revolution mobilisieren lassen. Die Linke und die Kommunisten hätten versäumt, den deutschen Massen die rechte Erklärung für Auschwitz zu geben. In Wirklichkeit sei Antisemitismus nichts anderes als Antikapitalismus, Ausdruck der unbewussten Sehnsucht der Menschen nach dem Kommunismus.“¹⁹

Derartige Auffassungen galten in Teilen der Frauenbewegung und vielen linken Gruppierungen als normal und wurden nicht kritisiert. Diese Verklärung konnte so weit gehen, dass manche Frauen (die sonst Beziehungen mit Männern eher kritisch gegenüberstanden) es als enorme Aufwertung ihrer Person ansahen, von einem Nahverhältnis zu einem

¹⁸ Vgl. Israel Nachrichten v. 30.5.2003.

¹⁹ Wistrich 1987, S. 408.

Terroristen oder wenigstens zu einem Menschen, der mit diesen Organisationen sympathisierte, erzählen zu können. Zynisch ausgedrückt war ein solcher Prestigegewinn für die Generationen ihrer Mütter und Großmütter nur durch die Überreichung des „Goldenen Mutterkreuzes“ durch den Führer höchstpersönlich zu erreichen.

Es sei zugegeben, dass unter den gegebenen Umständen ein feministischer Selbstfindungsprozess sehr schwer fiel. Ein großer Teil der Frauen, die mit der Vergangenheit radikal brechen wollten, glaubte, sich durch eine „linke“ Grundeinstellung am weitesten vom Totalitarismus der Vergangenheit entfernt zu haben. Sie übersahen jedoch, dass sie nur einen ideologischen Wahrheitsanspruch gegen einen anderen ausgetauscht hatten.

Die Überschneidungen des Antisemitismus der Nationalsozialisten mit der antifaschistischen, antizionistischen linken Ideologie führten letztlich zu einer gewissen Aussöhnung der immer noch antisemitischen Mütter- und Großmuttergeneration mit ihren bereits antizionistischen Töchtern und Enkelinnen. Beide haben gelernt, auf ein und dasselbe Sündenbockmodell zurückzugreifen und sind der Überzeugung, die Wahrheit für sich und den Rest der Menschheit gefunden zu haben.

Solidarität mit den Schwachen und Ausgebeuteten

Viele alternative und linke Frauen beschlossen, sich *als Frauen* mit allen Schwachen und Ausgebeuteten dieser Welt – vor allem mit jenen der so genannten Dritten Welt – zu identifizieren. Die Frauenbewegung wurde dabei in den letzten Jahrzehnten geradezu von Sympathie-Modewellen ergriffen. Mal waren es die Flüchtlinge aus Südamerika, dann wieder aus Afrika, die einige Frauen als Erlöser vom westlichen Konsumterror für sich auserkoren hatten. Nicht zuletzt waren es die Palästinenser, denen die feministische Obsorge besonders intensiv dargebracht wurde, wobei diese Wahl weitgehend dem Zeitgeist entsprach: „Die Begeisterung über die Greuel der Israelis, die tatsächlichen und die erfundenen, war grenzenlos und entsprach einem authentischen Bedürfnis. Die Palästinenser wurden kollektiv an Opfers Statt vom deutschen Volk adop-

tiert.²⁰ Diese Liebesbereitschaft wich im Einzelfall bald einer gewissen Enttäuschung. Die aufgrund momentaner gemeinsamer Vorurteile geschlossenen Beziehungen hielten dem durch kulturelle Unterschiede belasteten Alltag in den seltensten Fällen stand.

Es wäre auch denkbar, dass die Abkehr Europas von Amerika und die Dämonisierung Israels mit der Angst vor einer Fortsetzung des Jihad in Europa verbunden sind. Die uneingestandene Furcht vor dem Terrorismus verleiht der Ablehnung jeglicher militärischen Intervention und dem Widerstand gegen die Globalisierung Flügel. Die globalisierungskritische Bewegung ist eines der letzten erfolgreichen Projekte der westlichen Linken. Selbstverständlich ist die Antiglobalisierungsbewegung heterogen, daher ist sie nicht pauschal zu verwerfen. Unterschiedlich sind auch die Haltungen gegenüber Israel. Globalisierungskritiker spekulierten in der Moskauer *Pravda*, ob Juden nicht doch Außerirdische seien und Israel daher ein intergalaktischer Stützpunkt.

In Deutschland hat man es diesbezüglich aufgrund der eigenen Vergangenheit schwerer: Eine antifaschistische Gruppierung bat bei einer Gegenveranstaltung anlässlich des EU-Gipfels im Dezember 2002 ihre dänischen Genossen um Verständnis, dass sie den offiziellen Israelhass nicht teilen könnten, da sie sich „als Deutsche“ etwas zurückhalten müssten. Bei dieser Veranstaltung forderte die Gruppierung „Globale Wurzeln“ als Hauptorganisator zum Boykott Israels auf. Auf Transparenten war von israelischem Faschismus zu lesen und auf den T-Shirts der Ordner stand „Burn, Israel, Burn“.

Diese Antiimperialisten bekämpfen nicht den Imperialismus als globales, warenförmiges System von Unrecht und Ausbeutung, sondern die USA und Israel als angebliche Horte des Bösen. Der Hauptfeind steht nicht im eigenen Land und sie scheuen nicht das Bündnis mit dem Feind, auch wenn dieser ein ausgemachter Massenmörder wie Saddam Hussein ist. Diese ressentimentgeladene Weltanschauung ist geprägt

²⁰ Broder 1986, S. 115.

von Antisemitismus, Nationalismus, plumper Schwarz-Weiß-Malerei, Verschwörungstheorien, Lobpreisungen vormoderner Lebensformen, Gewaltverherrlichung und einem finsternen Kult des Todes. Es verwundert wenig, dass bereits ein offener Zuspruch von neonazistischer Seite für derartige Positionen zu vernehmen war.

Das großzügige Hinwegsehen über die große Zahl von Diktaturen in der Dritten Welt und die unkritische Verklärung der gesamten Bewohner dieser Länder beruht bei verschiedenen in diese politische Richtung eingebundenen Frauen einerseits darauf, dass der Opferstatus ihnen die Identifizierung mit allen anderen Opfern dieser Welt als eine moralische Verpflichtung auferlegt, andererseits liegt diesem Gedankengang ein unrealistisches, verklärtes Bild der Romantik zugrunde: das des „edlen Wilden“. Der ehrliche wilde Krieger von heute scheint die Erlösung aus dem eher langweiligen Cyberdasein zu versprechen. Selbst die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf die USA konnten nur vorübergehend dieses Bild ins Wanken bringen. Extreme Fanatiker sind jedoch keine „edlen Wilden“, sondern kaltblütige Mörder.

Über den Umgang mit Vorurteilen

Keine feministische Richtung ist gänzlich frei von Ausgrenzungstendenzen und Antisemitismus. Viele in Deutschland und Österreich lebende Frauen glauben immer noch, sie würden ohne Vorurteile leben und wirken. Und dabei gibt es leider nur wenige Frauen, die sich bewusst sind, wie dünn das Eis der Zivilisation ist, auf dem sie tatsächlich stehen. Sollte nicht das Verhältnis zu jüdischen Menschen zum Gradmesser für soziale Reife eines Kollektives werden? Feministinnen versäumten es, diese Erkenntnis in ihre Ansprüche einzubeziehen. Es mag als mangelnde Sensibilität den „Anderen“ gegenüber ausgelegt werden, wenn eine Feministin wie Heide Göttner-Abendroth behauptet, dass

die von ihr als „Altes Testament“ bezeichnete Bibel letztlich nur der „Verbreitung zynischer Ideologien“ diene.²¹

Vielleicht wäre es von nachhaltigerem Erfolg für den Feminismus, mehr Frauen dazu aufzufordern, sich ehrlich mit den eigenen Vorurteilen auseinander zu setzen, als sich selbst von jeglichem Antijudaismus und Antisemitismus freizusprechen.

Schuldgefühle werden in die entlegensten Winkel der menschlichen Seele verdrängt, aber sie werden verbal und nonverbal an die nachfolgenden Generationen weitergegeben. Für lange Zeit ließ der Mord am europäischen Judentum die Deutschen zu einen Pariavolk werden und das Land zu einem Symbol menschlicher Verfehlung. Aus dieser unangenehmen Position ist es sehr schwer, einen Ausweg zu finden. Eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus ist durch den zeitlichen Abstand erst in jüngster Vergangenheit möglich geworden. Dies ist nicht verwunderlich, denn die Zeitspanne, die zwischen dem Dritten Reich, der „Entnazifizierung“, und dem so genannten Kalten Krieg lag, war für Aufarbeitung und Trauer zu kurz. Die 1950er Jahre waren ein breites Feld des deutschen und österreichischen Kollektivs, die Kunst des Verdrängens zu perfektionieren. Es gelang, sich in kleinbürgerlichen Idyllen bequem einzurichten. Identität begründete sich auf Äußerlichkeiten und der Durchsetzung von moralinsauren Wertvorstellungen. Begreiflicherweise entwickelte sich bei jüngeren Menschen der Wunsch, ihren Lebensstil dem der Amerikaner, den Siegern, möglichst anzugleichen. Aber mit dem Heranwachsen der im und nach dem Dritten Reich geborenen Generation wuchs die ideologische Verwirrung, zu der auch der Ost-West-Konflikt beitrug. Konfrontiert mit Großeltern und Eltern, die sich über die Vergangenheit ausschwiegen oder diese erklärten, war es schwierig einen eigenen Standpunkt zu finden.

²¹ Heide Göttner-Abendroth: Die Göttin und ihr Heros, München 1983, S. 83.

Dies alles ist aber heute keine Entschuldigung mehr für die Frauenbewegung, sie hatte in den Jahren ihrer Existenz genug Zeit und Wissen, ihre fragwürdigen Opferansprüche, ihre unreflektierten Angleichungen an Geschichtsverzerrungen und die Verwandlung des Antisemitismus in Antizionismus zu erkennen und sich davon zu distanzieren. Es ist für eine jüdische Frau unmöglich, sich ohne Selbstverleugnung feministischen Gruppierungen in Deutschland und Österreich anzuschließen.

Es wäre für die Aufrechterhaltung der Frauenbewegung wünschenswert, dass es ihr durch Erarbeitung eines neuen Ansatzes gelingt, Glaubwürdigkeit für alle Menschen zu erreichen. In Zeiten, in denen wieder eine Polarisierung extremer politischer Formierungen einsetzt und der Sozialstaat ins Wanken gerät, sollten alle Kräfte gemeinsam dazu beitragen, dass die Demokratie in Europa erhalten wird.

Thomas Haury

Von der linken Kritik des Zionismus zum antisemitischen Antizionismus von links

Hinter der Kritik an Israel und dem Zionismus steht all zu oft ein latenter bis offen sich artikulierender Antisemitismus – die Bandbreite reicht von Jürgen Möllemann über „linke“ und antiimperialistische Positionen bis hin zum islamistischen Fundamentalismus. Auf Kritik wird häufig trotzig-auftrumpfend reagiert: „Man wird Israel doch wohl noch kritisieren dürfen?!“ Auch wenn diese rhetorische Frage nur der Abschottung vor Kritik und Reflexion dient, verweist sie doch auch auf einen entscheidenden Punkt: Worin genau liegt der qualitative Unterschied zwischen diskutabler Kritik israelischer Politik und einem Antizionismus, der als antisemitisch bezeichnet werden muss?

Ein Blick auf die Geschichte der Kritik des Zionismus (bzw. Israels) vermag hier zur Klarheit beizutragen, gerade auch was die Ausprägungen und Ursachen des antisemitischen Antizionismus von links angeht. Denn die Kritik des Zionismus ist eben so alt wie der Zionismus selbst, und gerade die sozialdemokratische und später die kommunistische Linke kritisierten den Zionismus mitunter heftigst – allerdings aus unterschiedlichsten Motiven und entsprechend differenten Ausprägungen. Im folgenden werden daher, nach einer kurzen Skizze, was historisch

und inhaltlich unter Zionismus zu verstehen ist, exemplarisch vier linke Positionen zum Zionismus bzw. zu Israel dargestellt: die Kritik der Sozialdemokratie bis 1914, wie sie der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Russland und Karl Kautsky formulierten, die Zionismus-Kritik der Kommunistischen Internationale zwischen 1919 und 1939, die antiisraelische Propaganda der DDR sowie der Antizionismus der Neuen Linken in der Bundesrepublik nach 1967 und seine Ausläufer bis heute.

Der moderne europäische Antisemitismus und die Entstehung des Zionismus

Als Zionismus wird die soziale und politische Bewegung zur Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina bezeichnet. Im Jahr 1896 erschien die grundlegende Schrift des politischen Zionismus: *Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage* des Wiener Journalisten Theodor Herzl. Herzl, ein assimiliertes österreichisches Jüde, trat als Jurastudent einer schlagenden deutschnationalen Burschenschaft bei und war ein Bewunderer Preußens und Kaiser Wilhelms II. Auch soll er sich zeitweise mit dem Gedanken einer Konversion zum Christentum getragen haben.

Dies sollte sich alsbald ändern: 1894 weilte Theodor Herzl als Korrespondent der angesehenen liberalen Wiener Zeitung *Neue Freie Presse* in Paris, um über den Prozess gegen den Armeehauptmann Alfred Dreyfus zu berichten. Dreyfus, ein aus dem Elsass stammender jüdischer Offizier im Generalstab der französischen Armee, wurde beschuldigt, Spionage für das Deutsche Reich betrieben zu haben. Kaum jemand, auch Herzl nicht, zweifelte an seiner Schuld (erst 1897 wurde der wahre Verräter im Generalstab, ein nichtjüdischer Franzose, entdeckt). Kaum war der Verdacht gegen Dreyfus bekannt geworden, kam es landesweit zu heftigen antisemitischen Ausbrüchen in der Presse, auf der Straße und im Parlament. Ein Kriegsgericht verurteilte Dreyfus – teilweise aufgrund von, wie sich Jahre später herausstellen sollte, gefälschten Beweismitteln – wegen Hochverrats zu lebenslänglicher Verbannung auf die Teufelsinsel. Zuvor wurde Dreyfus noch in einem erniedrigenden öffentlich vollzogenen Ri-

tual, bei dem auch Herzl anwesend war, degradiert: Ihm wurden die Epauletten abgeschnitten und sein Säbel zerbrochen, während die hierbei anwesende Menge schrie: „A mort les juifs!“

Angeichts dieser heftigen Eruption des modernen Antisemitismus im europäischen Kernland von Aufklärung und Emanzipation (1895 feierte zudem der antisemitische Agitator Karl Lueger seinen ersten Wahlerfolg in Wien) vermochte Herzl nicht mehr an die Assimilation zu glauben und verfasste seine programmatische Schrift *Der Judenstaat*, dessen Errichtung er fortan seine gesamte Energie widmete. Doch nicht nur der Schutz vor Antisemitismus war Herzls Ziel. Geprägt vom Zeitalter des europäischen Nationalismus erhoffte er sich durch den Aufbau eines eigenen Nationalstaats und einer eigenen Nationalökonomie mit Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden, ebenso auch die Gewinnung von Selbstachtung sowie eine „Stärkung des jüdischen Volksgefühls und Volksbewußtseins“. Eben dies meinte Herzl mit der in seinem Untertitel angekündigten „modernen Lösung der Judenfrage“: eine jüdische Nation. Die in Palästina lebende Bevölkerung spielte, hier war der Zionismus geprägt von dem seinerzeit herrschenden Eurozentrismus, so gut wie keine Rolle.

Die bedrohliche Erfahrung des aus dem Nationalismus entspringenden modernen Antisemitismus war die Ursache für die Entstehung und die Resonanz des Zionismus. Heute erscheint Herzls Prognose von 1896 als überaus hellsichtig: „Wir sind ein Volk – der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu [...]“. „Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. Man lässt es nicht zu. Vergebens sind wir treue und an manchen Orten sogar überschwängliche Patrioten [...]. In unseren Vaterländern, in denen wir ja auch schon seit Jahrhunderten wohnen, werden wir als Fremdlinge ausgeschrien [...]. Wer der Fremde im Lande ist, das kann die Mehrheit entscheiden; es ist eine Machtfrage, wie Alles im Völkerverkehre. Wir sind ein Volk – der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu ... Wir sind also vergebens überall brave Pat-

rioten [...]. Wenn man uns in Ruhe ließe ... Aber ich glaube, man wird uns nicht in Ruhe lassen.“¹

In zahlreichen Staaten bildeten sich alsbald zionistische Landesverbände, bereits 1897 fand in Basel der erste Kongress der zionistischen Bewegung statt, der in seinem *Baseler Programm* feierlich das Ziel der „Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“ proklamierte. Unter den bereits stark assimilierten Juden in Westeuropa fand der Zionismus allerdings nur wenig Resonanz. In Osteuropa dagegen fielen Herzls Ideen auf fruchtbaren Boden: Hier lebten nahezu 75 Prozent der Juden der Welt nicht nur in größter Armut, sondern sie litten sowohl unter der rechtlichen Diskriminierung von Seiten des Zarenstaates als auch unter dem Antisemitismus der Bevölkerung, der immer wieder in Wellen blutiger Pogrome kulminierte.

Gegner hatte der Zionismus von Anfang an. Dass die Antisemiten der Idee eines jüdischen Staates feindselig gegenüberstanden (obwohl sie ja den Juden die Fähigkeit zur Staatsbildung grundsätzlich absprachen), verwundert wenig. Alfred Rosenberg veröffentlichte 1938 ein ganzes Buch: *Der staatsfeindliche Zionismus*. Hier charakterisierte er den Zionismus als nichts anderes als „ein Mittel für ehrgeizige Spekulanten, sich ein neues Aufmarschgebiet für Weltbewucherung zu schaffen.“²

Auf die heftigste Kritik stieß der Zionismus seinerzeit allerdings nicht bei der Rechten, sondern vor allem unter den Juden selbst: Die orthodox-religiösen Juden lehnten den politischen Zionismus ab, da er die Messias-hoffnung und die Verheißung auf Rückkehr in das Land Israel radikal säkularisierte. Aber auch die überwiegende Mehrheit der assimilierten westeuropäischen Juden hielt nichts von Herzls Ideen: Nicht nur waren sie wenig davon angetan, in Wüste und Wildnis einen Judenstaat aufzubauen. Vor allem fühlten sie sich als Deutsche, Franzosen usw., die Konservativen unter ihnen gar dezidiert als Patrioten ihres jeweiligen Heimatlandes, und

¹ Theodor Herzl: *Der Judenstaat*, Osnabrück 1968, S. 26 u. 11f.

² Alfred Rosenberg: *Der staatsfeindliche Zionismus*, München 1938, S. 86.

warnten davor, die zionistische Propaganda von einem eigenständigen jüdischen „Volk“ und dessen Sammlung in einem Judenstaat arbeite nicht nur der Assimilation entgegen, sondern den Antisemiten und der von ihnen geforderten Ausgrenzung und Austreibung der Juden geradezu in die Hände. Allenfalls drei bis vier Prozent der westeuropäischen Juden hingen dem Zionismus an. Herzl hatte ursprünglich den ersten Kongress der Zionistischen Bewegung in München veranstalten wollen. Wegen der heftigen innerjüdischen Kritik, unter anderem von der Münchner israelitischen Gemeinde wie auch vom Vorstand des Rabbiner-Verbandes Deutschlands, wurde der Kongress jedoch in die Schweiz verlegt.

Die Kritik des Zionismus seitens der Sozialdemokratie

Doch nicht nur jüdischen Konservative und Liberale, sondern insbesondere auch jüdische Sozialdemokraten waren vehemente Kritiker des Zionismus. Die Führung der SPD äußerte sich überhaupt nicht zum Zionismus: Er war für sie seinerzeit innen- wie außenpolitisch schlichtweg irrelevant. Im theoretischen Organ der SPD allerdings, der von Karl Kautsky herausgegebenen *Die Neue Zeit*, wurde der Zionismus seit den 1890er Jahren diskutiert und kritisiert. Autoren waren vor allem jüdische Genossen aus dem Zarenreich: Sie mussten sich mit dem Zionismus auseinandersetzen, da dieser zunehmend zu einer ernsthaften Konkurrenz der jüdischen sozialdemokratischen Organisation, dem 1897 gegründeten Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland (kurz „Bund“ genannt) anwuchs. Nachdem Theodor Herzls Bemühungen anfangs keine größere Resonanz im ostjüdischen Proletariat gefunden hatten, begannen sich sozialistisch-zionistische Gruppen zu bilden, die zusammen bald eben so viele Mitglieder zählten wie der sozialdemokratische Bund.

Der Bund kämpfte zusammen mit der russischen Sozialdemokratie für eine Ende des Zarismus. Dies bringe den Juden die rechtliche Gleichstellung und beende die staatliche Aufstachelung zum Antisemitismus. Darüber hinaus werde die Modernisierung Russlands eine sukzessive

Abnahme des Antisemitismus nach sich ziehen, der im Sozialismus dann endgültig verschwinden werde.

Die Arbeiterzionisten dagegen glaubten nicht an ein Verschwinden des Antisemitismus und kritisierten den „seichten Optimismus“ des Bundes, der sich von der rechtlichen Emanzipation das „nahe Paradies auf Erden“ verspreche. Doch am „sozioökonomischen Ghetto“ der Juden und am Antisemitismus werde auch diese nichts ändern.³ Allein ein jüdischer Nationalstaat auf der Grundlage einer eigenen Volkswirtschaft könne die soziale Lage der Juden verbessern, die „anormale“ Berufsstruktur des jüdischen Volkes beseitigen und „der jüdischen Volkspersönlichkeit Würde und Selbstbewußtsein“ verleihen.⁴ Hier könne man dann im Kampf gegen die eigene Bourgeoisie einen sozialistischen jüdischen Staat aufbauen.

1914 veröffentlichte Karl Kautsky sein Buch *Rasse und Judentum*, in dem er die bisher in der *Neuen Zeit* vorgebrachten Argumente zusammenfasste und den Zionismus umfassend kritisierte. Diese Schrift des seinerzeit wichtigsten Theoretikers der SPD und der gesamten Zweiten Internationale kann als der programmatische Text der sozialistischen Bewegung zum Zionismus gelesen werden. Kautsky, der die Bedrückung der Juden in Russland durch Armut, Diskriminierung und Antisemitismus immer betonte, sieht im Zionismus eine zwar falsche, aber überaus verständliche Reaktionsweise auf den Antisemitismus. Allerdings erkennt Kautsky, wie alle Sozialisten, den Antisemitismus als mittelalterliches Relikt in einer noch rückständigen Gesellschaft, das schon im Kapitalismus sukzessive abnehmen und im Sozialismus endgültig verschwinden werde. Nicht die Flucht nach Palästina, sondern die Teilnahme am proletarischen Kampf für Demokratie und Sozialismus sei daher für die Juden der richtige Weg.

³ Vgl. Maxim Anin: Probleme jüdischen Arbeiterlebens, in: Sozialistische Monatshefte, 1909/1, S. 231; ders.: Ist die Assimilation der Juden möglich?, in: Sozialistische Monatshefte, 1908/2, S. 618.

⁴ Vgl. Leon Chasanowitsch: Ziele und der des sozialistischen Zionismus, in: Sozialistische Monatshefte, 1914/ 2, S. 965.

Weiterhin kritisiert er, der Zionismus arbeite der gesellschaftlichen Entwicklung entgegen, die doch schon seit Jahrzehnten die Assimilation der Juden auf die Tagesordnung gesetzt habe, ein Prozess, den der Sozialismus nach seinem weltweiten Sieg dann mit einem Verschmelzen aller Völker abschließen werde. Schließlich sei der Zionismus anzulehnen als eine nationalistische Ideologie, die den falschen Schein einer klassenübergreifenden „nationalen Gemeinschaft“ der Juden behaupte, das jüdische Proletariat dadurch vom Klassenkampf abhalte und so den Kampf der Sozialdemokratie schwäche.⁵

Neben diesen der sozialistischen Ideologie entspringenden Kritikpunkten führt Kautsky auch pragmatisch-politische Argumente an: Das zionistische Vorhaben sei eine „undurchführbare Utopie“,⁶ denn ein jüdischer Staat in Palästina würde weder alle Juden der Welt anziehen, noch könne das karge Land all diesen eine ökonomische Existenz bieten. Auch könnten die Juden als typische Stadtmenschen nicht wieder zu Bauern gemacht werden, weshalb alsbald viele wieder aus Palästina emigrieren würden.

Aufgrund dieser objektiven Hindernisse greife der Zionismus zunehmend auf nationalistische und gar rassistische Propaganda zurück. Nicht nur würden die „zionistischen Patrioten“⁷ gegen die historische Tendenz die Erhaltung des Judentums verfechten und den Assimilationsprozess bekämpfen; sondern sie propagierten darüber hinaus, die Juden bildeten ein andersgeartetes „Volk“, eine „Nation“ oder gar eine „Rasse“, die „rein“ erhalten werden müsse, und verfolge das Ziel der

⁵ Auch der *Vorwärts* vom 29. Dezember 1909 kennzeichnete den Zionismus in Russland als „eine Bewegung des wirklichen jüdischen Volkes“, erwähnte anerkennend den „Opfermut“ der Zionisten, lehnte den Zionismus aber trotzdem als eine der „nationalistischen Ideologien, die in der zweiten Hälfte dieses (des 19.; Anm. d. Verf.) Jahrhunderts alle Völker ergriffen haben“, ab, ohne aber zu vergessen, dass dieser „erst im Kampfe und in der Abwehr des Antisemitismus das geworden“ sei.

⁶ Karl Kautsky: *Rasse und Judentum*, Stuttgart 1914, S. 91.

⁷ Ebd., S. 8.

„nationalen“ Absonderung der Juden.⁸ Somit werde die zionistische Bewegung „nur das antisemitische Empfinden der Volksmassen verstärken, indem sie die Abschließung des Judentums von der übrigen Bevölkerung vermehrt und es noch mehr als bisher zu einem fremden Volksstamm stempelt, der seinen eigenen Anschauungen nach auf dem russischen Boden nichts zu suchen hat.“⁹

In der Neuauflage von 1921 nennt Kautsky ein weiteres Argument, das in der bisherigen Diskussion kaum eine Rolle gespielt hatte: „Bei den zionistischen Berechnungen wird die arabische Bevölkerung meist völlig ignoriert oder als ein Umstand behandelt, um den man sich nicht viel zu kümmern braucht. Nur gelegentlich erinnert man sich der Tatsache, dass Palästina bereits ein besiedeltes Land ist. Dann nimmt man einfach an, dass seine bisherigen Bewohner verdrängt werden, um den zuziehenden Juden Platz zu machen.“¹⁰ Der Zionismus verleugne das Recht der arabischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung, das von den Zionisten reklamierte „historische Recht“ auf Palästina besäßen aber allein jene, die seit Jahrhunderten dort wohnten und arbeiteten.¹¹

Die arabische Bevölkerung dränge bereits jetzt auf Selbstbestimmung gegenüber den Kolonialmächten und lehne die jüdische Siedlungstätigkeit ab. Daher müsse die jüdische Kolonisation untergehen, sobald die englisch-französische Vorherrschaft über Vorderasien zusammenbreche. Somit bewirke die Politik des Zionismus nichts anderes, als dass die Juden mit „den größten Opfern der Beteiligten aus Gebieten, in de-

⁸ Beispielsweise der gemäßigte Zionist Arthur Ruppin schrieb: „Der intellektuelle Hochstand der Juden als auszeichnendes Rassemerkmal [...] rechtfertigt den Wunsch, diesen hochgezüchteten Menschentypus [...] als besondere Gemeinschaft unvermischt zu erhalten, weil nur auf diese Weise die volle Erhaltung des Rassencharakters möglich ist“ Vgl. ders.: *Die Juden der Gegenwart*, Köln/Leipzig 1911, S. 229.

⁹ Karl Kautsky: *Das Massaker von Kischeneff und die Judenfrage*, in: *Die Neue Zeit*, 1902/03/Bd. 2, S. 308.

¹⁰ Karl Kautsky: *Rasse und Judentum*, 2. Aufl., Stuttgart 1921, S. 93.

¹¹ Vgl. ebd., S. 92f.

nen die Judenpogrome ihrem Ende entgegengehen, in Gebiete transportiert (werden), in denen solche Pogrome mit größter Macht einsetzen werden, wenn das zionistische Programm auch nur einigermaßen zur Ausführung kommt.”¹²

Unabhängig davon, wie weit man Kautskys Argumentation inhaltlich folgen will, kann festgehalten werden: Seine Zionismus-Kritik richtete sich gegen den real existierenden Zionismus als nationalistische Ideologie und Bewegung, die das Ziel einer Staatsgründung in Palästina verfolgt. Er war immer ein Opponent der zionistischen Bewegung, aber er war ein Opponent, der Mitgefühl für das Elend des jüdischen Volkes zeigte und den Antisemitismus als Entstehungsursache des Zionismus nie vergaß. Als es 1929 in mehreren Städten in Palästina zu Pogromen und Massakern an Juden kam, äußerte Kautsky im *Vorwärts* sein Bedauern, dass sich seine Befürchtungen als realistisch erwiesen hätten und argumentierte erneut, dass das zionistische Projekt am Widerstand der arabischen Bevölkerung scheitern müsse. Gleichzeitig bekräftigte er: „Sein Ziel ist uns äußerst sympathisch: Dem gequälten Judentum eine Heimstätte zu schaffen, in der es frei über sich verfügt, gesichert gegen jede Misshandlung.“¹³

Kautsky lehnte den real existierenden Zionismus ab, weil er das Ziel des Zionismus für ökonomisch unmöglich und politisch fatal hielt, weil er in der Assimilation und nicht in der Gründung eines tendenziell nationalistischen und kolonisatorischen Staates die Zukunft der Juden und in der internationalen Klassensolidarität und dem Sozialismus die Lösung aller Probleme sehen wollte. Dagegen ist in seiner Zionismuskritik nichts zu finden, was als antisemitisch zu bewerten wäre, noch fungiert der Zionismus bei ihm – wie später in der Linken – als eine Metapher für das Böse, die nichts mehr mit dem realen Zionismus zu tun hat.

¹² Ebd., S. 95.

¹³ Karl Kautsky: Die Aussichten des Zionismus, in: *Vorwärts* v. 4.10. u. 6.10.1929.

Die Kommunistische Internationale im Palästinakonflikt

Die 1919 gegründete Kommunistische Internationale (KI) war die erste politische Organisation, die die weltpolitische Bedeutung der antikolonialen Befreiungskämpfe erkannte und diese unterstützte – sowohl aus ihrer prinzipiellen politischen Einstellung heraus als auch aus dem machtpolitischen Kalkül, die imperialistischen Staaten zu schwächen. Im Rahmen dieser Politik war Palästina im Vergleich zu Indien oder dem Kaukasus relativ unwichtig; soweit die KI überhaupt auf den Zionismus einging, vertrat sie anfangs eine auf Kautsky fußende Kritik.

So propagierte die 1923 gegründete, überaus kleine Palästinensische Kommunistische Partei (PKP), die anfangs nur aus jüdischen Genossen bestand, zum einen den antikolonialen Kampf der palästinensischen Bevölkerung, über dessen Schwierigkeiten in einer noch halb feudalen, religiös-traditional geprägten Gesellschaft sie sich klar war. Zum anderen agitierte die PKP gegen den Zionismus, der, entstanden als Reaktion auf den Antisemitismus, nunmehr dem britischen Imperialismus diene und die arabische Bevölkerung unterdrücke. Und so versuchte die PKP die arabischen und die jüdischen „Werk tätigen“ gleichermaßen zu überzeugen, sowohl zusammen den antikolonialen Kampf gegen britischen Imperialismus und Zionismus als auch den Klassenkampf in ihren jeweiligen Gesellschaften zu führen.

Unausweichlichkeit und Tragik des Konflikts waren der PKP schmerzlich bewusst: „Verwirklichung des Zionismus heißt Bodenkauf [...] Die Vertreibung der Araber von der Scholle, die auf jeden großen Bodenkauf folgt, ist einer der tragischsten Momente in der Geschichte der ‚Besiedlung des Landes‘.“¹⁴ In bewegendem Worten appellierte sie: „Jeder jüdische Arbeiter sollte sich folgendes Bild vor Augen führen: Araber packen ihre wenigen Habseligkeiten, hängen sie sich über die Schulter und verlassen ihr Land; ein paar Meter von den Fellachen ent-

¹⁴ J. B.: Zionistischer Terror in Palästina. In: Inprekorr v. 6.1.1925, S. 53.

fernt, tanzen die ‚neuen Kolonisten‘ eine fröhliche ‚Hora‘! [...] Keine [...] Argumente [...] können den zionistischen Raub rechtfertigen.“¹⁵

Und hilflos proklamierte die PKP: „Unsere Perspektive liegt nicht in der nationalen Feindschaft, sondern in der internationalen Solidarität! [...] Schuldig sind die Zionistische Organisation [...], die Effendis und die Regierung. [...] Lang lebe die Solidarität der jüdischen und arabischen Arbeiter! Es lebe der Klassenkampf gegen die eigene und fremde Bourgeoisie!“¹⁶ Der Preis dieser klassenkämpferischen Position war hoch: Die PKP wurde von zionistischer Seite heftig bekämpft, ihre Mitglieder wurden verprügelt und teilweise verhaftet. In der jüdisch-zionistischen Bevölkerung blieb sie marginal, in der traditionellen palästinensischen Bevölkerung völlig einflusslos.

Ende August 1929 brachen infolge religiös-nationaler Auseinandersetzungen um die Klagemauer, die vor allem durch Aufrufe des Großmuftis von Jerusalem, Amin Al-Husayni, zum „heiligen Krieg“ gegen die Juden, aber auch durch Gegenprovokationen der extrem nationalistisch-zionistischen Revisionistenpartei angeheizt worden waren, landesweite Bürgerkriegsunruhen der arabischen Bevölkerung aus, die sich anfangs vor allem in Pogromen gegen die alteingesessenen orientalischen Juden entluden. Der Aufstand wurde von der britischen Armee blutig niedergeschlagen. Auch die PKP hielt fest: „Die unter finsterklerikaler, feudaler und bürgerlicher Führung stehenden fanatischen Massen mohammedanischer Bauern und Beduinen überfielen sengend und mordend vor allem die unbewehrten armen jüdischen Siedlungen, jüdische Synagogen und Schulen, wo furchtbare Blutbäder angerichtet wurden.“¹⁷ Die PKP hatte zwar beispielsweise in Jerusalem Aufrufe „Mordet euch nicht gegenseitig! Arabische und jüdische Arbeiter, wendet euch gegen den gemeinsamen Feind, den britischen Imperialis-

¹⁵ Zit. n. Mario Offenberg: *Kommunismus in Palästina*. Meisenheim 1975, S. 337f.

¹⁶ Zit. n. ebd., S. 339f.

¹⁷ J. B.: *Das Blutbad im „Heiligen Lande“*, in: *Inprekorr* v. 6.9.1929, S. 2092.

mus!“¹⁸ geklebt, doch keinen „Einfluß auf die Massenbewegung, die stündlich wuchs und von blindem religiösen Fanatismus getragen wurde, gewinnen“ können.¹⁹ Mit ihrer internationalistischen und klassenkämpferischen Position stand sie einflusslos zwischen allen Fronten.

Die KI dagegen hatte bereits eine deutlich andere Weltsicht: Ihr außenpolitisches Hauptziel war die Schwächung des britischen Imperialismus und auf ideologischer Ebene bildete der Antiimperialismus die manichäisch-binäre Schablone, mit der sie weltweit alle Konflikte als Ausdruck des Kampes Gut gegen Böse, „Völker“ versus „Imperialismus“ deutete. Dies führte zu einer völlig apologetischen Parteinahme der KI für den „anti-imperialistischen Aufstand“ in Palästina. Eine „Resolution des Politsekretariats des Exekutivkomitees der KI (EKKI) zur Aufstandsbewegung in Arabistan“²⁰ vom 16. Oktober 1929 dekretierte ungeachtet des Anlasses des Aufstandes, seiner anfänglich pogromistischen Form und seiner reaktionären Führung: „Der sozialökonomische Hauptinhalt der Revolution ist der Sturz des Imperialismus“, die Aufstandsbewegung werde „zweifelsohne [...] in die sozialistische Revolution umschlagen.“ Der Zionismus mit all seinen Strömungen wurde verschwörungstheoretisch vollständig dem Imperialismus zugeordnet: „Die zionistische Kolonisatorenbourgeoisie und ihre Lakaien spielten die Rolle direkter Agenten des englischen Imperialismus“, die Revisionisten hätten „Hand in Hand mit den englischen Behörden“ den Aufstand provoziert, und auch „der ‚linke‘ Flügel des Zionismus [...] stellte sich auf die Seite des englischen Imperialismus“. Zu den „jüdischen Werktätigen“ finden sich in der Resolution des EKKI bezeichnenderweise keinerlei Ausführungen.

Die PKP wurde vom EKKI heftig kritisiert: Sie habe ihre ganze bisherige Arbeit auf die jüdischen Arbeiter anstatt auf die arabischen Arbeiter- und Bauernmassen konzentriert, „die revolutionären Möglichkeiten in Ara-

¹⁸ Ebd., S. 2093.

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Resolution des Politsekretariats des EKKI zur Aufstandsbewegung in Arabistan (16.10.1929), in: Inprekorr v. 31.1.1930, S. 258ff.; alle folgenden Zitate hieraus.

bistan“ unterschätzt und „nicht gemerkt, dass der religiöse nationale Konflikt in eine allgemein nationale, antiimperialistische Bauernaktion umschlägt“. Auch fehle es an „Elastizität der Taktik gegenüber dem arabischen Nationalreformismus“. Diese sträflichen Fehler lägen darin begründet, dass die PKP „sich aus vorwiegend jüdischen Elementen zusammensetzt“. Auch die Beurteilung des Aufstandes als ein Pogrom sei ein Beweis des „zionistischen und imperialistischen Einflusses“. Das EKKI forderte daher „Ausmerzungen derartiger Einstellungen“ durch eine „Arabisierung der Partei von oben bis unten“. Die EKKI-Resolution wurde selbstverständlich zur autoritativen Richtschnur der weiteren Politik der PKP. PKP-Mitglieder, die sich weigerten, die Pogrome als Zeichen der antiimperialistischen „Radikalisierung der Massen“ in Palästina zu sehen, wurden zu „rechten Opportunisten“ erklärt und wegen „kleinbürgerlichem Poale-Zionismus“ ausgeschlossen. Ende 1930 stellten erstmals arabische Genossen die Mehrheit in den Leitungsgremien.

Als April 1936 bis Anfang 1939 ein neuerlicher Aufstand in Palästina ausbrach, der diesmal sowohl pogromistische, aber auch antikoloniale Züge trug, geriet die PKP durch ihre fast distanzlose Parteinahme für die Aufstandsbewegung in bedenkliche Nähe zu den mit dem deutschen Nationalsozialismus liebäugelnden arabischen Nationalisten. Weiterhin forderte die PKP trotz aller Verfolgung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland einen Einwanderungsstopp für Juden nach Palästina und erklärte nach Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes die britische Armee zum Hauptfeind (dies auch noch, als Rommels Truppen bereits bis nach Ägypten vordrangen). Die der antibritischen Machtpolitik der Sowjetunion folgende einseitige Parteinahme für das „arabische Volk“ unter der Ideologie des „Antiimperialismus“ führte 1943 schließlich zur ihrer endgültigen Spaltung in eine arabische und eine jüdische Partei.

Die administrative Absetzung der jüdisch-bolschewistischen Kader und die Arabisierung der PKP wurde keineswegs nur zur Verbesserung der Agitationschancen bei der umworbenen arabischen Bevölkerung, die zwischen Juden und Zionisten nicht unterschied, durchgesetzt. Sie zeigt vor allem, dass innerhalb der kommunistischen Bewegung unter dem Banner des

Antiimperialismus die „Nationalitäten“ als einheitliche Gruppen konstruiert und unterschiedlichen Klassen zugeordnet wurden: Die manichäisch-binäre Weltsicht der KI konstruierte auf der einen Seite ein homogenes palästinensisch-arabisches „Volk“ als genuin antiimperialistisches und revolutionäres Kollektivsubjekt. Ihm gegenüber standen, miteinander verschworen, der Imperialismus und sein Büttel, der Zionismus. Dieser wurde infolge des einseitig positiven und nationalistischen Bezugs auf die „arabischen Arbeiter und Bauern“ immer stereotyper verurteilt als eine „von anglo-jüdischen Geldmagnaten geleitete Bewegung, in deren Gefolgschaft sich beträchtliche Massen betrogener jüdischer Kleinbürger“ befänden.²¹ „Werktätige Juden“ durften in diesem Schema nicht vorkommen. Alle jüdischen Einwanderer – einschließlich der jüdischen Kommunisten in der PKP – wurden dem imperialistisch-bourgeois-kleinbürgerlichen Zionismus zugeschlagen.

Realer sozialistischer Antisemitismus

Gerade im Kontrast zu Kautskys Zionismuskritik wird deutlich, dass die antiisraelische Propaganda der DDR einen völlig anderen Charakter trug. Sie folgte der von Grund auf fragwürdigen Position der KI aus der Zwischenkriegszeit, lud diese mit neuen Inhalten auf und äußerte sich deshalb in wesentlich verschärfter Form: als antisemitischer Antizionismus, den die DDR bis Mitte der 1980er Jahre betrieb.

Dass die DDR sich auf der „arabischen Seite“ positionierte, entsprach der welt- und deutschlandpolitischen Lage: Da Israel sich alsbald auf den „Westen“ orientierte, suchte die Sowjetunion auf der Gegenseite Fuß zu fassen. Dieser Vorgabe folgte die DDR bereitwillig, wurde doch Israel gerade von der BRD finanziell, politisch und militärisch unterstützt. Aber die Form und der Inhalt der DDR-Propaganda gegen Israel waren nicht von der weltpolitischen Lage vorgezeichnet, sondern la-

²¹ Vgl. J. B.: „Der Zionismus ist Bankrott“, in: Inprekorr v. 29.8.1930, S. 1818.

gen in den ideologischen Grundprämissen der SED begründet: dem marxistisch-leninistischen Antiimperialismus.

Dieser war in seinen Grundzügen bereits von Lenin in seiner Imperialismustheorie entwickelt worden und wurde unter Stalin verschärft, schematisiert und dogmatisiert. Dieser Antiimperialismus war durch spezifische Grundzüge gekennzeichnet:²² Ein allumfassender Manichäismus interpretierte die gesamte weltpolitische Lage als weltgeschichtlich vorgezeichneten Kampf zwischen dem genuin Guten und dem wesentlich Bösen: Sozialismus stand gegen Kapitalismus, die Sowjetunion und die kommunistischen Staaten gegen die USA und ihre Vasallen, in der so genannten Dritten Welt kämpften „Völker“ gegen den „Hauptfeind aller Völker“,²³ den US-Imperialismus, für ihre Befreiung von Fremdherrschaft und Ausbeutung.

Offensichtlich ist zweitens auch die Tendenz zur Personifizierung und zum verschwörungstheoretischen Denken im antiimperialistischen Weltbild: Eine kleine Clique von bösen „Herrschenden“, vor allem „Finanzkapitalisten“ und „Wall-Street“, bestimme im Westen die gesamte Wirtschaft und Politik, und beherrsche – unterstützt von der gleichgeschalteten „bürgerlichen Presse“ – die „Völker“. Ebenso wurde auch die Lage in der Dritten Welt als umfassende Verschwörung der „Imperialisten“ erklärt.

Drittens ist das antiimperialistische Weltbild offen nationalistisch: Den „Imperialisten“ gegenüber standen allerorten ganze „Völker“ – jene der Volksrepubliken, aber auch des Westens und insbesondere die der Dritten Welt. „Völker“ waren der positiv besetzte Bezugspunkt. Sie wurden als homogene Einheiten behauptet, die ein objektives kollektives Interesse besäßen: den Kampf für die Befreiung von imperialistischer „Völker ausbeutung“.²⁴

²² Zur ausführlichen Analyse der Leninschen Weltsicht vgl. Thomas Haury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.

²³ Vgl. Neues Deutschland v. 26.5.1967.

²⁴ Vgl. Albert Norden: An der Seite der arabischen Völker, in: Ders.: In Aktion für das sozialistische Vaterland, Berlin 1969, S. 402.

Von seinen Grundstrukturen her weist das antiimperialistische Weltbild damit erhebliche Nähen zu den Strukturen des antisemitischen Weltbildes auf. Zwar kommen im Antiimperialismus „Juden“ überhaupt nicht vor, aber die strukturellen Grundmerkmale des Antisemitismus – Manichäismus, Entscheidungskampf und Erlösung, Personifizierung, Verschwörungstheorie, Nationalismus und die Entgegensetzung von guten konkreten Völkern und abstraktem Imperialismus bzw. bösen Finanzkapitalisten – sind im Antiimperialismus enthalten. Wurde der Nahostkonflikt nach diesem Schema gedeutet, mussten diese strukturellen Nähen zwangsläufig zu inhaltlichem Antisemitismus führen.

Das Gute im Nahen Osten wurde dann natürlich vom palästinensischen „Volk“, das um seine Unabhängigkeit und Selbstbestimmung kämpft, verkörpert sowie von den „fortschrittlichen arabischen Staaten“, die von der DDR-Propaganda als Oasen der Freiheit und als reine Friedensengel dargestellt wurden. Von all den Äußerungen der arabischen Staatsführer und PLO-Vertreter, dass sie den Staat Israel zerstören und die Juden ins Meer treiben wollten, erfuhr der DDR-Leser keine Silbe.

Auf der Gegenseite des guten kämpfenden Volkes hatte das abstrakte imperialistische Böse zu stehen. Hier aber knirschte das antiimperialistische Schema, denn in Israel reklamierte ebenfalls ein „Volk“, die Juden, Selbstbestimmung und einen eigenen Staat. Also behalf sich die DDR-Propaganda mit Auslassungen bis hin zur Lüge. Konsequenter sprach man nur vom „Aggressorstaat Israel“, während der Begriff „israelisches“ oder gar „jüdisches Volk“ möglichst vermieden wurde; eher sprach man von einer „israelischen Bevölkerung“. 1967 verkündete Parteiagitator Albert Norden hierzu: „Der Staat Israel ist nicht der Staat der Juden, die in ihrer übergroßen Mehrheit außerhalb Israels leben und gar nicht in Israel leben wollen. Der Staat Israel wird dominiert von einer Gruppe wildgewordener Eroberungspolitiker.“²⁵ Und die *Junge Welt*

²⁵ Ebd., S. 401.

wusste schon 1965: „Von der Legende, Israel sei ein demokratischer Volksstaat der Juden, (ist) nichts mehr übriggeblieben.“²⁶

Das Böse im Nahen Osten, der „Aggressor Israel“ oder kurz der „Aggressorstaat“,²⁷ musste seinem ganzem Wesen nach aggressiv, expansionistisch und imperialistisch sein: Nichts war von Antisemitismus und Auschwitz als Ursachen der Entstehung Israels zu hören. Vielmehr sei Israel vom Imperialismus als dessen „Brückenkopf“²⁸ im Nahen Osten geschaffen worden. Diese „künstliche Staatengebilde“ sei damit nichts weiter als ein „imperialistischer Stützpunkt“, der als „Hauptwerkzeug des Weltimperialismus im Kampf gegen die Befreiungsbewegung der arabischen Völker“ diene.²⁹ Dass aber gerade die Sowjetunion 1947 vor der UN maßgeblich die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina verfochten hatte und das Überleben des jungen jüdischen Staates im ersten Nahostkrieg 1948/49 durch umfassende Waffenlieferungen inklusive Flugzeuge aus der Tschechoslowakei sicherte, wurde in fast allen DDR-Publikationen tunlichst verschwiegen. Statt dessen konnte man hierzu lesen: „Ihre vielfältigen Verbindungen zu den westeuropäischen Staaten ermöglichten es den Israelis, Waffen aller Art, einschließlich einer kompletten Luftstreitmacht [...] nach Palästina zu überführen.“³⁰

Jegliche Gräuelmeldung der arabischen Nachrichtenagenturen wurde kolportiert. So berichtete das *Neue Deutschland* 1973, die Israelis hätten über Syrien und Ägypten als Füllfederhalter, Uhren, Spielzeug und

²⁶ Junge Welt 1965, zit. n.: SBZ-Archiv 1965, S. 147.

²⁷ Vgl. Neues Deutschland v. 12.11.1967.

²⁸ SED-Bezirksleitung Suhl/Ideologische Kommission (Hg.): Israel – ein Stützpunkt imperialistischer Mächte, Suhl 1965, S. 2.

²⁹ Vgl. Walter Mohrmann: Antisemitismus, Berlin 1972, S. 185; Peter Florin: Zur Außenpolitik der souveränen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1967, S. 64; Ludwig Herms: Zum historischen Hintergrund der israelischen Aggression, in: Deutschen Außenpolitik, 19. Jg. (1974), S. 159.

³⁰ Herms 1974, S. 157.

Schokolade getarnte Explosionskörper abgeworfen.³¹ Und das Böse war nicht nur im Nahen Osten allein: Die *Stimme der DDR* beschuldigte 1973 Israel, „in der ganzen Welt einen geheimen Krieg zu führen“.³²

Auch die im antiimperialistischen Weltbild enthaltene Personifizierung und Verschwörungstheorie kam bei der Zurechtdeutung der Lage im Nahen Osten zum Einsatz: Immer wieder prangerte die DDR eine internationale „Verschwörung der Imperialisten, Zionisten“ an.³³ Und es passierte, was passieren musste, als Imperialismus und Zionismus in einen verschwörungstheoretischen Topf geworfen wurden: Zu den Finanzkapitalisten gesellten sich „zionistische“ und damit „jüdische“ Finanzkapitalisten und die „israelische Finanzoligarchie“,³⁴ zum „Weltimperialismus“³⁵ der „internationale Zionismus“³⁶ und alle zusammen bildeten ein weltweites „imperialistisch-zionistisches Komplott“³⁷ gegen die arabischen Völker.

Wurde das schon in seinen Grundstrukturen dem Antisemitismus nahe anti-imperialistische Weltbild auf den Nahostkonflikt angewandt, so resultierten hieraus zwangsläufig Vokabeln und Argumentationsmuster, wie sie vom Antisemitismus her bekannt sind. Imperialismus und Zionismus verschmolzen miteinander, und so konnte dann das *Kleine politische Wörterbuch* der DDR seine Leser informieren: Zionismus ist „das weitverzweigte Organisationssystem [...] der jüdischen Bourgeoisie“.³⁸

³¹ Vgl. Peter Dittmar: DDR und Israel, in: Deutschland-Archiv, 1977, S. 1138.

³² Zit. n. ebd., S. 739.

³³ Vgl. Wolfgang Bator/Angelika Bator: Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956-1982, Berlin 1984, S. 291.

³⁴ Asien Afrika Lateinamerika, 1968, S. 241.

³⁵ Norden 1969, S. 398.

³⁶ Bator/Bator 1984, S. 210.

³⁷ Ebd., S. 5.

³⁸ Vgl. Kleines politisches Wörterbuch, 1977, S. 1042.

In anderen Schriften war die Rede von „jüdischen Großkapitalisten im Ausland“.³⁹ Dieses „zionistische Finanzkapital“⁴⁰ verfüge nicht nur über gehörigen Einfluss bei der amerikanischen Regierung sondern auch noch über eine weltweite „zionistische Propagandamaschine“.⁴¹

Neue Linke/West: Antiimperialismus at its best

Augenfälligstes Beispiel für die Entstehung des antisemitischen Antizionismus aus dem antiimperialistischen Weltbild heraus ist die so genannte Neue Linke Westdeutschlands. Denn hier gab es (abgesehen von der DKP) keinen Einfluss Moskaus, im Gegenteil: Trotzlisten und Maoisten, aber auch die Autonomen definierten sich meist explizit in Abgrenzung zur „sozialimperialistischen“ oder „bürokratischen“ Sowjetunion. Doch der Antizionismus der Linken unterschied sich in seinen Grundzügen durch nichts von jenem der DDR.

Auch ist auffällig: So zerstritten die maoistischen, trotzkistischen und marxistisch-leninistischen K-Parteien, die „Gruppen des bewaffneten Kampfes“, Antiimperialisten und Autonome mitunter auch waren: Antizionismus bildete in den 1970er und 1980er Jahren einen selbstverständlichen Bestandteil des linken Weltbildes. Kritik am Antizionismus aus der Neuen Linken heraus gab es lange Zeit so gut wie keine, seine antisemitische Ausrichtung fiel kaum einem Neuen Linken auf.

Die Ursache all dieser Kongruenzen war der Antiimperialismus: In diesem Weltbild waren sich alle Gruppen der Neuen Linken untereinander wie auch mit der DDR einig. Aus eben diesem Grund finden auch heute Sekten wie Linksruck, wie auch Teile der Anti-Globalisierungsbewegung immer wieder zum Antizionismus.

³⁹ Horizont, H. 8/1969, S. 24.

⁴⁰ Horizont, H. 4/1971, S. 20.

⁴¹ Berliner Rundfunk, zit. n. Dittmar 1977, S. 739.

Für die Neue Linke war der Antiimperialismus mit seinem klaren Feindbild der wichtigste Anker für die ansonsten haltlose „revolutionäre Identität“, nachdem 1968 jedoch die Niederlagen der APO offensichtlich geworden waren: Die Notstandsgesetze wurden verabschiedet, der Pariser Mai war nach wenigen Tagen vorüber, die Anti-Springer-Kampagne scheiterte und auch die proletarischen Massen wollten sich nicht agitieren lassen. Die überschäumenden jugendlich-revolutionären Hoffnungen auf baldige und grundlegende Veränderungen der hiesigen Gesellschaft wurden von der Realität bitter enttäuscht.

Ohne Halt in der eigenen Gesellschaft begab sich die gefährdete „revolutionäre Identität“ auf globale Wanderschaft und wurde in der so genannten Dritten Welt fündig. Dort schienen die Verhältnisse klar und „der klare Trennungsstrich zwischen sich und dem Feind“ (ein seinerzeit beliebtes Mao-Zitat) noch einfach zu ziehen zu sein: auf der einen Seite der Imperialismus unter der Dominanz der USA, auf der anderen „Volksmassen“, die richtig revolutionär zu sein schienen. Wegen ihres zu Hause nicht stillbaren revolutionären Bedürfnisses identifizierte sich die Neue Linke nunmehr völlig unkritisch mit allen möglichen Befreiungsbewegungen, darunter nicht zuletzt die PLO. Und wie die SED, so führten die strukturellen Nähen des antiimperialistischen Weltbildes auch die Neue Linke bruchlos zum antisemitischen Antizionismus.

Allerdings: Die Neue Linke/West war in ihrem Antizionismus deutlich radikaler als die DDR. Denn die DDR wusste durchaus realpolitisch zu denken und stellte aus diesem Grund nie das Existenzrecht Israels in Frage (auch wenn sie keine Bedenken hatte, mit arabischen Staaten und der PLO zu pak-tieren, die Israel am liebsten von der Landkarte getilgt hätten). Die Neue Linke/West dagegen trieb infolge ihres großen Projektions- und Identifikationsbedürfnisses die Logik des antiimperialistischen Antizionismus zu ihrem End- und Tiefpunkt: Sie forderte unverblümt die Vernichtung Israels und dünkte sich hierbei schrecklich revolutionär und radikal zu sein.

Ab 1969 wurde der Palästina-Konflikt nur noch als ein Bestandteil des Kampfes der unterdrückten Völker der Dritten Welt gegen den Imperialismus wahrgenommen. So schwärmte etwa Dieter Kunzelmann im Ber-

liner Untergrundblatt *Agit* 883 über die Lage im Nahen Osten: „Hier ist alles sehr einfach, der Feind ist deutlich, seine Waffen sind sichtbar, Solidarität braucht nicht gefordert zu werden, sie entsteht von selbst.“⁴²

Die Al Fatah wurde zum revolutionären Subjekt per se stilisiert und ein blinder „Hurra-Palästinensismus“ bejubelte alle noch so terroristischen Aktionen palästinensischer Gruppierungen. Als beispielsweise 1972 ein Kommando des Schwarzen September die israelische Olympiamannschaft als Geisel nahm – bei einem missglückten Befreiungsversuch durch die Polizei kam es zu zahlreichen Toten –, schwärmte die RAF voller Begeisterung über „das ungeheuer hohe Niveau von marxistischer Theorie und revolutionärer Praxis“, die der Schwarze September mit seiner beispielhaften „antiimperialistischen, antifaschistischen und internationalistischen“ Aktion bewiesen habe.⁴³

Logischerweise gilt den heutigen Anti-Imperialisten eine palästinensische Selbstmordattentäterin als Heldin und Märtyrerin, „die für ihr Volk lebte und starb“. Generell bildete das absolut positiv besetzte „Volk“ in der national-revolutionären antizionistischen Propaganda eine Lieblingsvokabel: „Wir unterstützen rückhaltlos die gerechte Sache des palästinensischen Volkes. Es ist unser fester Wunsch, dass sich die palästinensischen Kämpfer [...] fest auf die Volksmassen stützen, [...] auf [...] die Kraft ihrer arabischen Brudervölker vertrauen und im langanhaltenden Volkskrieg ausharren.“⁴⁴

Israel dagegen wurde zum puren, mit dem Imperialismus verschmolzenen Bösen phantasiert, zum „zionistischen Aggressorstaat“,⁴⁵ zum „Brückenkopf des Imperialismus“,⁴⁶ zum „Garten des Bösen“,⁴⁷ zum

⁴² Zit. n. Martin W. Klope: Israel und die deutsche Linke, Frankfurt 1990, S. 105.

⁴³ Zit. n. Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 151 u. 159.

⁴⁴ Rote Fahne v. 18.5.1974.

⁴⁵ Flugblatt Berliner Maoisten, 1973, zit. n. Klope 1990, S. 91.

⁴⁶ SDS 1967, zit. n. Klope 1990, S. 77.

⁴⁷ Marwan Elias: Zionismus und deutsche Argumentation. In: Irland-Info, H. 17-18/1983, S. 93.

Staat, der „ein einziges Kontinuum des Verbrechens gegen die Menschlichkeit ist“.⁴⁸ Auch der Zionismus fungierte als Metapher für das Böse schlechthin: Der Zionismus „wehrt sich vehement gegen ein friedliches Zusammenleben der Völker“.⁴⁹ Die „durch keine Vernunft und Menschlichkeit gebundene Ungeheuerlichkeit zionistischer Aggressionen“⁵⁰ machten den Zionismus nicht nur zum „unversöhnlichen und unreformierbaren Feind der Palästinenser, er ist auch unser Feind, er ist der Feind aller Menschen“.⁵¹

Dass Israel, und nicht etwa Gaddafi, Saddam Hussein oder die Hamas das absolut Böse sein muss, weiß auch der Antizionist des dritten Jahrtausends. Werner Pirker informiert die Leser der *Jungen Welt* regelmäßig darüber, dass Israel „die treibende Kraft der ständigen Reproduktion der Barbarei in der Nahost-Region“ ist.⁵² Die Hamas dagegen wird, beispielsweise von Linksruck, als „Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus“ gefeiert.⁵³ Auf der großen Palästina-Solidaritätsdemonstration in Berlin im April 2002 war ein Transparent zu sehen, auf dem der Kopf von Sharon aus der Mitte des Davidsterns herauschaut, versehen mit roten Teufelshörnern, spitzen behaarten Teufelsohren und Vampirzähnen, von denen das Blut herunter tropft.⁵⁴ Die Dämonisierung Israels zum absolut Bösen ist ein unverzichtbares Moment des Antizionismus.

⁴⁸ Karam Khella: Der Imperialismus sitzt in den Köpfen der Linken, in: Redaktion „Arbeiterkampf“ (Hg.): Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina, Hamburg 1988, S. 19.

⁴⁹ Nahostgruppe Freiburg: Flugblatt, 1988.

⁵⁰ Elias 1983, S. 94.

⁵¹ Autonome Nahostgruppe Hamburg: Warum wir an der Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes festhalten werden!, in: Deutsche Linke 1988, S. 2.

⁵² Vgl. Junge Welt v. 22.2.2003.

⁵³ Vgl. http://www.sozialismus-von-unten.de/archiv/argumente_nr1/krieg-gegen-irak.htm.

⁵⁴ Vgl. <http://www.krasse-zeiten.de/foto.php?dir=pali020413>.

Deshalb durfte Israel auch bei der Neuen Linken kein Volk haben, sonst wäre das für die „revolutionäre Identität“ notwendige Feindbild verloren gegangen. Israel sei nur „ein künstliches Gebilde“,⁵⁵ das der Zionismus versuche als „Heimstätte aller Juden zu tarnen“,⁵⁶ und die Juden seien sowieso nur ein „angebliches Volk“,⁵⁷ „das niemals existiert hat“.⁵⁸

Ist die Lage derart gezeichnet, liegt die Schlussfolgerung auf der Hand. Der Kommunistische Bund (KB) 1973: „Der Konflikt im Nahen Osten kann nicht anders gelöst werden als durch die Zerschlagung des zionistischen Staates.“⁵⁹ Oder der SDS Frankfurt 1970: „Nieder mit dem chauvinistisch-rassistischen Staatengebilde Israel.“⁶⁰

Seinen Wunsch, Israel möge endlich von der Landkarte getilgt werden, bekundet der Antizionismus bis heute. Die *Junge Welt* verkündet, Israel sei „als Staat ohne Nation“, als „Staat aus der Retorte“ entstanden und die „Künstlichkeit seiner Existenz evident“.⁶¹ Die Internationale Trotzistische Opposition forderte 2002 die „Zerstörung des zionistischen Staates Israel, der von seiner Natur aus ein künstliches Gebilde ist“,⁶² die Demonstrationsparole von Linksruck lautet kurz und bündig: „Israel out of Palestine!“⁶³

Bruchlos gelangten so auch die Neuen Linken über die antisemitischen Strukturen des Antiimperialismus zu inhaltlich antisemitischem Antizionismus. Sie schrieben von der „zionistischen Weltbewegung“⁶⁴ und

⁵⁵ Arbeiterkampf, Januar 1975, zit. n. Henryk M. Broder: Der ewige Antisemit, Frankfurt a.M. 1986, S. 42.

⁵⁶ Nahostgruppe Freiburg: Flugblatt, 1988.

⁵⁷ Rote Presse Korrespondenz v. 18.10.1973, zit. n. Broder 1986, S. 35.

⁵⁸ Palästina-Nachrichten, Nr. 7, zit. n. Henryk M. Broder: Antizionismus – Antisemitismus von links?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte v. 12.6.1976, S. 36.

⁵⁹ Arbeiterkampf, Oktober 1973, zit. n. Broder 1976, S. 43.

⁶⁰ SDS Frankfurt 1970, zit. n. Klope 1990, S. 80.

⁶¹ Vgl. Junge Welt v. 24.2.2002.

⁶² Vgl. <http://www.okf-sued.org/sites/nahost/mk14trot.html>.

⁶³ Vgl. <http://www.linksruck.de/material/spruch.htm>.

⁶⁴ Al Karamah, H. 3/1986, S. 18.

von den „zionistischen Multimillionären, die [...] sich immer wieder zu privaten Konferenzen (treffen), um Israels Aggression zu unterstützen“. ⁶⁵ Antizionistischer Standard ist bis heute auch die immer wiederkehrende Klage über die „Beherrschung der Weltöffentlichkeit durch die zionistische Propaganda“, deren „organisierte Demagogie [...] in der Lage war, jede kritische Äußerung gegen den zionistischen Staat Israel zum Schweigen zu bringen“. ⁶⁶ Die linken Antizionisten der 1970er und 1980er Jahre schrieben unbefangen über das „jüdische Kapital“ und propagierten den Kampf gegen den „internationalen Zionismus“ bzw. den „Weltzionismus“. ⁶⁷

In Israel sah man nichts anderes als ein „mit geraubtem Land und geschnorrtem Geld errichtetes künstliches Gebilde“ ⁶⁸ mit einem „parasitären Charakter“ ⁶⁹ und phantasierte unbeschwert über dessen unersättliche Herrschsucht. Werde „Groß-Israel vom Nil bis zum Euphrat“ reichen? ⁷⁰ Oder ist Israels „seit Jahrzehnten erklärtes Ziel [...] die biblisch-jüdische Ausdehnung seines Einflusses auf den ganzen nahen Osten [...] Plus Zaire und Südafrika, Mittel- und Lateinamerika in der weiteren Perspektive“? ⁷¹ Und im Jahr 2002 verkündete ein Transparent auf einer Demonstration der Wiener Antiimperialistischen Koordination: „Das Ziel zionistischer Politik? – Weltherrschaft?“ ⁷²

⁶⁵ Antiimperialistisches Informationsbulletin, April 1971, zit. n. Broder 1976, S. 43.

⁶⁶ Al Karamah, H. 3/1986, S. 18.

⁶⁷ Palästina-Komitee Bonn 1971; KB 1973; Berliner Maoisten 1971, alles zit. n. Kloke 1990, S. 108.

⁶⁸ Arbeiterkampf, Januar 1975, zit. n. Broder 1986, S. 42.

⁶⁹ Konkret v. 28.6.1973, zit. n. Broder 1986, S. 42.

⁷⁰ Zit. n. Kloke 1990, S. 139.

⁷¹ Zit. n. ebd.

⁷² Vgl. <http://xover.htu.tuwien.ac.at/abc/natrevo.html>.

Antizionismus im Kampf um die Entlastung des „deutschen Volkes“

Allerdings standen die SED und die Neue Linke, mochten sie noch so revolutionär den „imperialistischen Brückenkopf“ verurteilen, vor einem Dilemma: Es war mit ihrem „antifaschistischen Gewissen“ nur schwer zu vereinbaren, gerade gegen Israel, das sich als Staat der Überlebenden der Shoah versteht, derart die Trommel zu rühren.

Daher mussten der Antisemitismus und die Vernichtung der Juden verdrängt und wegtheoretisiert werden. Hier leistete ihre ökonomistische „Faschismustheorie“ beste Dienste: In Ost wie West verniedlichte die Linke den Nationalsozialismus mittels der Dimitroffschen Definition zu einer Diktatur „der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ mit Hitler als ihrer Marionette, deren Hauptziel in der Verhinderung der drohenden proletarischen Revolution bestanden habe. Die zuhauf publizierten linken „Faschismusanalysen“ widmeten sich ausführlich der Unterdrückung des Proletariats im Dritten Reich und jeder noch so kleinen Aktion des „Arbeiterwiderstandes“ – Antisemitismus dagegen wurde allenfalls am Rande als Propaganda der Herrschenden zur Ablenkung der antikapitalistischen Wut der Massen, Auschwitz als ein Beleg für die Grausamkeit „faschistischer“ Herrschaft erwähnt, während die Beherrschung der revolutionären deutschen Arbeiterklasse das eigentliche Ziel gewesen sei.

Auf jede Erinnerung an Auschwitz, womöglich noch in Bezug auf Israel, reagierten deutsche Linke äußerst empfindlich. In der 1979 im deutschen Fernsehen mit großem Publikumserfolg ausgestrahlten US-Fernsehserie *Holocaust*, die die Judenvernichtung verpackt in eine Familiengeschichte thematisierte, wollte der KBW nichts als „zionistische Propaganda“ sehen.⁷³ Das Nahostkomitee Heidelberg warnte vor diesem „hinterhältigen Legitimationsversuch für den imperialistischen

⁷³ Vgl. Kommunistische Volkszeitung v. 29.1.1979.

Brückenkopf Israel“⁷⁴ – die imperialistisch-zionistische Verschwörung reichte bis nach Hollywood.

Allerdings rührte diese Abwehr von Auschwitz keineswegs nur aus dem Willen, sich den Antizionismus nicht durch die Erinnerung an Auschwitz verderben zu lassen: Die SED wie die Neue Linke sehnten sich nach einem „deutschen Volk“, das mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun haben sollte: deutscher Nationalismus von links.

So bestritt die DDR jedwede historische Verantwortung mit einer Vehemenz, die zeigt, dass hier ein empfindlicher Nerv getroffen worden war: Es sei „unzulässig, sachlich falsch und moralisch verwerflich, das heutige Problem des Staates Israel, das von seinem gegenwärtigen Charakter als imperialistischer Stützpunkt bestimmt wird, mit irgendwelchen Gedanken und Gefühlen der Sühne [...] zu vermengen“.⁷⁵ Die Faschismustheorie eignete sich auch bestens zur Entlastung des „deutschen Volkes“. War der „Faschismus“ zu einer Veranstaltung der Finanzkapitalisten erklärt, konnte die SED behaupten, Hitler habe „den Namen der deutschen Nation geschändet“, während „das deutsche Volk [...] von faschistischen Machthabern versklavt“ war.⁷⁶ Mit Antisemitismus und Vernichtung hatte das „Volk“ nichts zu tun: „Es gibt keinen Antisemitismus schlechthin, sondern immer nur als [...] Herrschaftsmethode der herrschenden Klasse.“⁷⁷ „Die Ausrottungs- und Versklavungspolitik des Hitlerfaschismus war [...] das Resultat [...] der Herrschaft des deutschen Finanzkapitals.“⁷⁸ Mit dem Argument, mit der Aufhebung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse habe die DDR den Faschismus „mit seinen Wurzeln ausgerottet“ zog die SED einen di-

⁷⁴ Zit. n. Klope 1990, S. 95.

⁷⁵ Berliner Zeitung 1965, zit. n. SBZ-Archiv 1965, S. 147.

⁷⁶ Vgl. Alexander Abusch: Stalin und die Schicksalsfragen der deutschen Nation, Berlin 1949, S. 87.

⁷⁷ Wolfgang Heise: Antisemitismus und Antikommunismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1961, S. 1426.

⁷⁸ Ebd., S. 1423.

cken roten Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit und behauptete eine noch radikalere Stunde Null als die westdeutsche Legende.

Nicht anders theoretisierte sich die Neue Linke/West einen Nationalsozialismus ohne Deutsche herbei. Die damals links majorisierte Evangelische Studentengemeinde erklärte Mitte der 70er Jahre: „Das erste Opfer des Faschismus war das deutsche Volk selber.“⁷⁹ Die KPD verkündete zur gleichen Zeit, dass die deutsche Monopolbourgeoisie „bis zum Schluß das Mark aus den Knochen des eigenen Volkes [...] saugte“.⁸⁰ Und im Jahr 2000 adelte die Linksruck-Sekte das deutsche Volk zum kollektiven antifaschistischen Widerstandskämpfer: „Nicht ‚die‘ Deutschen haben die Juden vergast, sondern die SS. Schuldig an diesem Verbrechen sind die Funktionsträger des Nazistaates und all jene, die von ihm profitiert haben. Die Vorstellung einer Kollektivschuld des deutschen Volkes an den Nazi-verbrechen verhöhnt jene Millionen, die Widerstand leisteten.“⁸¹

Waren die Deutschen (und insbesondere das deutsche Proletariat) zu Opfern des Faschismus erklärt, folgte die Forderung nach dem Schlussstrich auf dem Fuß. Revolutionär, in antifaschistischer Tradition stehend und nachgeboren – was hatte man mit der Vergangenheit zu schaffen? „Die junge Generation in der Bundesrepublik [...] fühlt sich für die Nazi-verbrechen an den europäischen Juden nicht verantwortlich“, verkündete die Palästinasolidarität 1973.⁸² Und der KB sekundierte 1975: „Vergangenheitsbewältigung ist ein Begriff, den die Arbeiterklasse nicht nötig hat. Sie hat doch die Leiden des Faschismus und des Krieges am grausamsten und am krassesten am eigenen Leibe verspürt.“⁸³

⁷⁹ Zit. n. Kloke 1990, S. 93.

⁸⁰ KPD 1975, zit. n. Andrea Ludwig: Neue oder Deutsche Linke?, Opladen 1995, S. 56.

⁸¹ <http://www.linksruck.de/nahost/artikel/121antisemitismus.htm>.

⁸² Zit. n. Kloke 1990, S. 107.

⁸³ Arbeiterkampf, zit. n. Ludwig 1995, S. 57.

Zur weiteren Entlastung begab man sich darüber hinaus auf die Suche nach Tätern, die ebenso schlimm waren wie die Deutschen. Mit Hilfe der Faschismustheorie identifizierte die deutsch-deutsche Linke den Faschismus nicht allein in Mussolinis Italien oder Francos Spanien, sondern umstandslos auch in Militärdiktaturen wie in Griechenland, Chile oder in der Türkei. Darüber hinaus konnte jeder kapitalistische zum krypto-faschistischen Staat erklärt werden. Insbesondere die USA wurde penetrant als faschistisch gebrandmarkt: „USA – internationale Völkermordzentrale!“ und „SS, SA – USA!“ lauteten die gängigen Demonstrationssparolen.

Am effektivsten ist diese Projektion nach dem Motto „Andere sind genau so schlimme Täter“ allerdings, wenn die Juden als die Faschisten von heute vorgeführt werden können. Denn an Israel gerichtet erbringt der Faschismusvorwurf einen doppelten Mehrwert: Nicht nur werden die Deutschen als Täter entlastet, sondern gleichzeitig werden die Juden, die Opfer schlechthin, zu ebenso schlimmen Tätern erklärt. Bei der geradezu obsessiven Gleichsetzung von Israel mit dem Nationalsozialismus leisteten SED und Neue Linke wirkliche deutsch-deutsche Pionierarbeit.

Das *Neue Deutschland* titelte zum Sechs-Tage-Krieg „Das ist Völkermord“.⁸⁴ „Die israelische Wehrmacht“ habe „einen Blitzkrieg vom Zaun gebrochen“ und ein „Massenpogrom gegen die arabische Welt“ verübt.⁸⁵ Ulbricht erklärte, „der Aggressor Israel“ wolle „ein Vierteljahrhundert nach dem zweiten Weltkrieg [...] ein ‚Protektorat Sinai‘ oder ein ‚Generalgouvernement Jordanien‘“ errichten.⁸⁶

⁸⁴ Neues Deutschland v. 15.6.1967.

⁸⁵ Vgl. Norden 1969, S. 398f.

⁸⁶ Vgl. Bator/Bator 1984, S. 119.

Auf der anderen Seite der Mauer behauptete der SDS Heidelberg, die israelische Regierung wolle „mit den arabischen Völkern ebenso verfahren [...] wie die Nazis mit den Völkern Polens und der UdSSR“.⁸⁷ Die KPD bezeichnete die Zionisten als „die Nazis unserer Tage“, die Palästina „araberfrei“ machen wollten.⁸⁸ Die RAF schrieb vom „Moshe-Dayan-Faschismus – diesem Himmler Israels“, der „seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden“.⁸⁹

Deutsch-deutscher Gleichklang herrschte auch 1982 nach den Massakern in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatilah. Das *Neue Deutschland* titelte „Israel betreibt die Endlösung der Palästinafrage“,⁹⁰ das *Antimperialistische Informationsbulletin* schrieb vom „Holocaust an den Palästinensern“ und die *taž* von der „Endlösung der Palästinenserfrage“.⁹¹

Kein anderes Bedürfnis äußert sich auch auf den gegenwärtigen Palästina-Solidaritätsdemonstrationen, wo sich etwa im Frühjahr 2002 in Berlin zuhauf Losungen fanden wie: „Stoppt Sharons Endlösung“, „Stoppt den israelischen Holocaust in Palästina“, „Der Geist von Auschwitz schwebt über Palästina“, oder geradezu poetisch: „Der Tod ist ein Meister aus Israel“.⁹²

Die Genugtuung, die Juden als Täter vorführen zu können, um das eigene Kollektiv zu entlasten, zeigte sich in West und Ost. SED-Agitator Norden freute sich 1970, „der Mord an den Arabern durch Israel (ist) [...] ebenso verdammenswert wie der Mord an den Juden durch Hitler“.⁹³ Und westdeutsche Linke stellten erleichtert fest: „So sind sie uns perverserweise ähnlich geworden.“⁹⁴ Die Zeitschrift *Al Karamah* behauptete in den späten 1980er Jahren gar völlig unverfroren, „die fa-

⁸⁷ Flugblatt „Rote Kommentare“ v. 20.2.1970.

⁸⁸ Rote Fahne v. 28.2.1973, zit. n. Broder 1976, S.42.

⁸⁹ Zit. n. Rote Armee Fraktion 1997, S. 173.

⁹⁰ Zit. n. Bernd Siegler: Auferstanden aus Ruinen ..., Berlin 1991, S. 128.

⁹¹ Zit. n. Kloke 1990, S. 140.

⁹² Vgl. <http://www.krasse-zeiten.de/foto.php?dir=pali020413>.

⁹³ Zit. n. Dittmar 1977, S. 739.

⁹⁴ Elias 1983, S. 92.

schistischen Vernichtungsmaßnahmen des zionistischen Siedlerstaates“ würden „die Maßnahmen des deutschen Faschismus bei weitem übertreffen.“⁹⁵ In der Konsequenz solcher Projektionen liegt nicht nur die Entlastung der Deutschen durch Belastung der Juden: Erklärt man die Juden/Israelis zu den Nazis von heute und die Palästinenser zu den „Juden der Juden“,⁹⁶ ist dies eine Aufforderung, mit bestem linkem Gewissen im antifaschistischen Kampf gegen den Staat der Juden die deutsche Vergangenheit zu bekämpfen.

Dem „bewaffneten Kampf“ blieb es vorbehalten, die links-nationalistische Abwehr der deutschen Vergangenheit mittels des Anti-imperialismus in die „militante Praxis“ umzusetzen: in Bomben gegen Juden. Am 9. November 1969 – das Datum war bewusst gewählt – verübten die Schwarzen Ratten/Tupamaros Westberlin, eine Vorläufergruppe der Bewegung 2. Juni, einen ersten „antizionistischen“ Anschlag und verkündeten stolz in ihrem Bekennerschreiben: „Am 31. Jahrestag der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit ‚Schalom und Napalm‘ und ‚El Fath‘ beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert. [...] Der wahre Antifaschismus ist die klare und einfache Solidarisierung mit den kämpfenden Fedayin. [...] Aus dem vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.“⁹⁷

Deutscher Antizionismus nach Auschwitz

Kautsky kritisierte den real existierenden Zionismus. Er erwartete eine Abnahme des Antisemitismus, lehnte den Zionismus als Nationalismus ab und verfocht die Assimilation, hielt die Gründung eines jüdischen

⁹⁵ Al Karamah, H. 7/1988, S. 3 u. H. 8/1988, S. 3.

⁹⁶ Irland-Info, H. 17-18/1983, S. 104.

⁹⁷ Zit. n. Bommi Baumann: Wie alles anfang, Frankfurt a.M. 1976, S. 68f.

Staates in Palästina für nicht durchführbar und glaubte an den Sozialismus als die Lösung aller Probleme. Wie immer man im einzelnen dazu stehen mag: Kautskys Zionismuskritik war diskutabel und nicht antisemitisch – allerdings nur in ihrer Epoche.

Wer Kautskys Argumente heute weiter vorbringt als sei Auschwitz nicht geschehen (und als wäre Israel nicht seit über 50 Jahren ein real existierender Staat), argumentiert nicht einfach nur auf dem Stand von vor 100 Jahren: Die Zäsur Auschwitz derart zu verdrängen und zu negieren, selbst wenn es um Juden, Israel oder Zionismus geht, zeugt nicht einfach nur von Ignoranz, sondern ist als starkes Indiz für Antisemitismus von links zu werten. Denn eine derartige Zionismuskritik ist wegen ihrer falschen Ideologietheorie, ihrer Unterschätzung der Anziehungskraft und des Gewaltpotenzials von Nationalismus und Antisemitismus wie auch ihres Fortschrittsoptimismus angesichts des millionenfachen Mordes an den europäischen Juden von ihren Grundprämissen her obsolet. Angesichts von Auschwitz und des weltweit grassierenden Antisemitismus müsste es die Basis jeder Rede über Israel sein, des Antisemitismus und der Vernichtung eingedenk Israels Existenzrecht prinzipiell zu verfechten.

In der antizionistischen Propaganda der Linken nach 1945 wurden allerdings keineswegs nur die Argumente Kautskys vorgebracht. Schon bei der Kommunistischen Internationale hatte sich infolge des antiimperialistischen Weltbildes deutliche Veränderungen in der Haltung zu Zionismus und Palästinakonflikt abgezeichnet, die dann die SED zu einer deutlich antisemitisch konnotierten antiisraelischen Propaganda führten. Die Neue Linke der BRD ging noch darüber hinaus und produzierte aufgrund ihrer Identifikationsbedürfnisse einen antisemitischen Antizionismus in idealtypischer Reinkultur.

Die Basis dieses linken Antizionismus bildete der Antiimperialismus. Dieses Weltbild muss als strukturell antisemitisch und offen nationalistisch bezeichnet werden: Es ist geprägt von Manichäismus, Personifizierung und Verschwörungstheorie, der Entgegensetzung gute „Völker“ versus böses Finanzkapital sowie national-revolutionären Identifi-

kationsbedürfnissen. Wird mit diesem Weltbild der Nahostkonflikt gedeutet, so muss sich die strukturelle Ähnlichkeit zum Antisemitismus zur einer inhaltlichen konkretisieren.

Die penetrante Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus allerdings wurde nicht nur betrieben, um nach Auschwitz den antizionistischen Furor gegen den Judenstaat „moralisch“ rechtfertigen zu können. Vielmehr gewährt diese Gleichsetzung in Deutschland noch einen spezifischen Extraprofit, der den zweiten Antrieb des deutsch-deutschen Antizionismus bildete: Indem die Juden endlich einmal als faschistische Täter vorgeführt werden können, wird das eigene Kollektiv entlastet. Die beim Thema Israel bei der deutschen Linken in Ost wie West geradezu zwanghaft sich einstellende Faschismusassoziation offenbart ein aggressiv sich artikulierendes Bedürfnis nach „deutscher Normalität“, nach einem Schlussstrich, nach Entlastung von der deutschen Vergangenheit – veritabler sekundärer Antisemitismus von links.

Aus diesen Gründen treffen sich auch Linke und Rechte auf keinem Gebiet so deutlich, wie in ihrer Israelfeindschaft. „Internationale Solidarität im Kampf der Palästinenser gegen Zionismus“ steht auf der Homepage des Nationalen Widerstandes Ruhr, „Palästina – das Volk muss siegen“, findet sich auf der Homepage der Jungen Nationaldemokraten. Dies zeigt einmal mehr, wie kurz dieser Weg vom „Antiimperialismus der dummen Kerle“⁹⁸ zum Antisemitismus ist.

⁹⁸ Isaac Deutscher: Die ungelöste Judenfrage, Berlin 1977, S. 103. Deutscher befürchtete diesen „Antiimperialismus der dummen Kerls“ fälschlicherweise nur bei den Arabern.

Die Autor(inn)en

Wolfgang Benz

Jg. 1941, Prof. Dr., Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin. Letzte Buchveröffentlichungen: Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer (Hg.), München 2003; Bilder vom Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus, München 2001; Geschichte des Dritten Reiches, München 2000.

Werner Bergmann

Jg. 1950, Prof. Dr., Professor am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Letzte Buchveröffentlichungen: Geschichte des Antisemitismus, München 2002; Exclusionary Violence. Antisemitic Riots in Modern German History (hg. zus. m. Christhard Hoffmann u. Helmut W. Smith), Ann Arbor 2002. Weitere Informationen unter <http://www.tu-berlin.de/zfa>

Thomas Haury

Jg. 1959, Dr., Tätigkeit an verschiedenen Bildungseinrichtungen. Letzte Veröffentlichungen: Von der Demokratie zum Dollarimperialismus. Linke Amerikabilder bei Karl Marx, der KPD der Weimarer Republik und der frühen SED, in: Michael Hahn (Hg.): Nichts gegen Amerika. Linker Antiamerikanismus und seine Geschichte, Hamburg 2003; Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus, Hamburg 2002.

Gudrun Hentges

Jg. 1964, Dr., Wissenschaftliche Assistentin am Seminar für Sozialwissenschaften (Abt. für Politikwissenschaft) der Universität zu Köln. Letzte Buchveröffentlichungen: Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 2. akt. u. überarb. Aufl., Opladen 2003 (hg. zus. m. Christoph Butterwegge); Politische Bildung und Globalisierung, Opladen 2002 (hg. zus. m. Christoph Butterwegge); Schattenseiten der Aufklärung. Die Darstellung von Juden und „Wilden“ in philosophischen Schriften des 18. und 19. Jahrhunderts, Schwalbach/Ts. 1999.

Charlotte Kohn

Jg. 1948, freischaffende bildende Künstlerin und Lehrbeauftragte an verschiedenen Kunstschulen. Letzte Buchveröffentlichungen: Wie ein Monster entsteht, Bodenheim 1998 (hg. zus. m. Kirstin Breitenfellner); Auschwitz – Versuche einer Annäherung, Wien 1996 (hg. zus. m. Michael Ley); Der feministische „Sündenfall“? Antisemitische Vorurteile in der Frauenbewegung (hg. zus. m. Ilse Korotin), Wien 1994. Weitere Informationen unter <http://members.e-media.at/charlotte>

Samuel Salzborn

Jg. 1977, Dipl.-Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Giessen. Letzte Buchveröffentlichungen: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein (zus. mit Christoph Butterwegge u.a.), Opladen 2002; Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Hannover 2001. Weitere Informationen unter <http://www.salzborn.de>

Gerhard Scheit

Jg. 1959, Dr., freier Autor und Publizist, Herausgeber von Bd. 2 und 6 der neuen Ausgabe der Werke Jean Améry's (Stuttgart 2002 ff.). Letzte Buchveröffentlichungen: Feindbild Gustav Mahler. Zur antisemitischen Abwehr der Moderne, Wien 2002 (zus. m. Wilhelm Svoboda); Die Meister der Krise, Freiburg 2001; Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus, Freiburg 1999.

Michael Klundt/Samuel Salzborn/

Marc Schwietering/Gerd Wiegel

Erinnern, verdrängen, vergessen

Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert

180 Seiten, 10 Euro, ISBN 3-00-010741-X

Aus dem Inhalt

Samuel Salzborn

Opfer, Tabu, Kollektivschuld. Über Motive deutscher Obsession

Samuel Salzborn & Marc Schwietering

Antizivilisatorische Affektmobilisierung. Zur Normalisierung
des sekundären Antisemitismus

Michael Klundt

„Normalisierung“ und „historische Anthropologie“. Ge-
schichtspolitische Kontroversen um die alte und neue
Wehrmachtsausstellung

Gerd Wiegel

Globalisierte Erinnerung? Die Universalisierung der NS-
Erinnerung und ihre geschichtspolitische Funktion

Marc Schwietering

Konkretionen des Erinnerns. Der Wandel des Gedenkens an
historischen Stätten der NS-Verbrechen

Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation e.V.

Das NETZWERK FÜR POLITISCHE BILDUNG, KULTUR UND KOMMUNIKATION E.V. hat sich eine kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Problemen des Autoritarismus und Ethnozentrismus zur Aufgabe gemacht. Der Verein will im Rahmen der politischen Bildungsarbeit über Vorurteile aufklären und Feindbilder hinterfragen und damit einen Beitrag zur politischen Bildung sowie zur Förderung und Stärkung einer demokratischen politischen Kultur in der Bundesrepublik leisten. Der Verein ist politisch und konfessionell neutral und hat seinen Sitz in Giessen.

Zu den Tätigkeitsfeldern des NETZWERKES FÜR POLITISCHE BILDUNG, KULTUR UND KOMMUNIKATION E.V. gehört unter anderem die Organisation von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, die Durchführung von Tagungen und Seminaren, die Erstellung und Verbreitung von Arbeitsmaterialien zur politischen Bildung, die Initiierung, Durchführung und Unterstützung von Forschungsprojekten sowie die Öffentlichkeitsarbeit über Medien und eigene Publikationen.

Das NETZWERK FÜR POLITISCHE BILDUNG, KULTUR UND KOMMUNIKATION E.V. kooperiert im Rahmen seiner Tätigkeiten mit zahlreichen anderen Organisationen und Institutionen.

www.nbkk.de

